



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Panzerabwehrgraben**
Ein archäologisches Projekt in Ladelund
- **Rückblick**
Vom Gegeneinander zum Füreinander
- **Rückkehr**
Der Idstedt-Löwe in Flensburg
- **Zusammenarbeit und Rückschläge**
Neue Gedanken eines Grenzgängers
- **Minderheiten und Nationalstaaten**
Herausforderung für Europas Volksgruppen

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT

Seite

Willi Kramer

Die Öffnung des Panzerabwehrgrabens bei Ladelund.

Was hinter den Dingen steht 167

Heinrich Schultz

Vom Gegeneinander zum Füreinander.

Ein persönlicher Rückblick 175

Joachim Pohl

„Flügelschlag der Geschichte“.

Die Einweihung des Ildstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof

in Flensburg am 10. September 2011 183

Gerret Liebing Schlaber

Selbstverständliche Zusammenarbeit und unerwartete

Rückschläge. Zwischenbilanzen, Beobachtungen und

Gedanken eines Grenzgängers zur aktuellen Lage der Region 189

Hans Heinrich Hansen

„Sind Gleichbehandlung und Gleichberechtigung Luxus?“

Begrüßungsrede des Präsidenten der Föderation Europäischer

Volksgruppen beim diesjährigen Jahreskongress 213

Umschau 219

Buchbesprechungen 244

Mitarbeiter/innen dieses Heftes 247

Abbildungsnachweis 248

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Ove Jensen, M.A., Lollfuß 6 · 24837 Schleswig
- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: mittelstaedt-design@web.de · www.mittelstaedt-media-design.de

Druck:

Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ISSN 1867-1853

Die Öffnung des Panzerabwehrgrabens bei Ladelund

Was hinter den Dingen steht

von WILLI KRAMER

Seit 2010 begleiten die Grenzfriedenshefte publizistisch ein groß angelegtes Projekt, in dessen Mittelpunkt der von den Häftlingen des KZ Ladelund 1944 unter mörderischen Bedingungen ausgehobene Panzerabwehrgraben entlang der deutsch-dänischen Grenze steht. Nach einem Aufsatz des Historikers Dr. Jörn-Peter Leppien über die geschichtlichen Hintergründe (GFH 3/2010, S. 203-236) informierte der Kunsthistoriker Dr. Uwe Hauptenthal über eine im November 2010 enthüllte monumentale Stele des Bildhauers Ansgar Nierhoff am ehemaligen Panzerabwehrgraben (GFH 2/2011, S. 117-126). Im vorliegenden Beitrag berichtet der Archäologe Dr. Willi Kramer vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein über eine wissenschaftliche Grabung, bei der unter seiner Leitung im Mai 2011 bei Nierhoffs Stele eine Teilstrecke des militärischen Bauwerkes – mit teils überraschenden Ergebnissen – freigelegt wurde. Darüber hinaus geht es Willi Kramer darum, das archäologische Arbeitsergebnis zur ungesühnten Schuld der Befehlsgeber und der Täter sowie zu der Stele Angar Nierhoffs als „Mahnmal, Landmarke und Sühnezeichen“ in Beziehung zu setzen.

Die Redaktion

Was hinter den Dingen steht

Der „Führererlass“ oder „Führerbefehl“ vom 28.8.1944, „Befehl über Ausbau der deutschen Bucht“, übertrug die ausführende Verantwortung für den geplanten Bau des „Friesenwalls“ und der „Riegelstellungen“ dem Hamburger Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Karl Kaufmann (1900-1969). Auch anderen Gauleitern waren in den letzten Augustwochen des Jahres 1944 riesige Stellungsbauprojekte übertragen worden. Aber nur im Machtbereich von Gauleiter Kaufmann hatte man Häftlinge eines Konzentrationslagers eingesetzt, und das ist nicht nur bemerkenswert, sondern das, was hinter den Dingen steht. Detlev Garbe, der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, hat es formuliert: Hinter den Dingen steht die „enge Verflechtung zwischen Stadt (Hamburg) und KZ (Fuhlsbüttel und Neuengamme), die in der Geschichte der Konzentrationslager

beispiellos ist“. Hamburg war die einzige deutsche Großstadt mit einem Konzentrationslager im Stadtgebiet; überdies bestanden in der Stadt selbst nicht weniger als 17 große Außenlager.

In der Hansestadt war seit dem Jahre 1940 bis Kriegsende der in Kiel geborene Dr. Otto Wolff (1907-1992) als Gauwirtschaftsberater tätig. In den Jahren zuvor hatte er als Hauptsachbearbeiter die sogenannte „Arisierung“, die Konfiszierung jüdischen Vermögens in Hamburg, betrieben. Als vom Gauleiter eingesetzter Gauwirtschaftsberater stand er in ministerieller Funktion der Hamburger Wirtschaft vor; zugleich war er Genehmigungsinstanz für „Arisierungsverträge“. Seit 1943 leitete er darüber hinaus den Kriegswirtschaftsstab, der u. a. die Verteilung von Zwangsarbeitern und Häftlingen in der Rüstungswirtschaft steuerte. In dieser Aufgabe arbeitete er eng mit Max Pauly, dem Kommandanten des Konzentrationslagers Neuengamme, zusammen. Wolff hatte den SS-Rang eines Standartenführers, was einem Obersten des Heeres entsprach; er stand damit ranggleich zum Neuengammer Lagerkommandanten.

Es sind zwar keine schriftlichen Belege bekannt, doch kann kein Zweifel daran bestehen, wer die Überstellung von bis zu 9000 Neuengammer Häftlingen in die „Friesenwall-Lager“ Husum-Schwesing (26.9.1944-29.12.1944), Ladelund (1.11.-16.12.1944), Aurich-Engerhufe (21.10.-22.12.1944), Meppen-Versen (16.11.1944-25.3.1945), Meppen-Dalum (Nov.1944-25.3.1945) und Wedel (17.10.-20.11.1944) in Gang gesetzt hat: Gauleiter Karl Kaufmann forderte die Häftlinge an und Dr. Otto Wolff setzte die Anforderung bei der Lager-SS durch. Diese beiden führenden Nationalsozialisten der Hansestadt Hamburg standen am Anfang einer Befehlskette, die schließlich zum Tod von zwischen 1700 und 2100 Häftlingen beim Bau von Panzergräben des „Friesenwalles“, der „Riegelstellungen“ und der „Ems-Rhein-Stellung“ führte. Letztlich sind es Kaufmann und Wolff, die für dieses furchtbare Verbrechen verantwortlich waren.

Karl Kaufmann und Otto Wolff sind nie zur Rechenschaft gezogen worden. Beide waren gerade drei Jahre in Internierungshaft, nämlich jene Zeit, in der Hamburgs Bevölkerung hungerte und fror; sie kamen rechtzeitig zur Währungsreform im Jahre 1948 wieder frei. Im Jahre 1955 meldete Wolff eine Dr. Otto Wolff Versicherungen KG an mit Sitz im Villenviertel Winterhude, wo Wolff ein „arisiertes“ Haus besaß. Eine zweite solcherart im Jahre 1942 von ihm angeeignete Immobilie lag in der Elbchaussee. Im Jahr 1959 trat Karl Kaufmann der Wolffschen Firma als Seniorchef bei, ohne dass es in der Hansestadt Protest gegeben hätte. Immerhin handelte es sich um stadtbekanntes alte Nazis, der eine ein Ex-Gauleiter, der andere ein Ex-Wirtschaftsführer und SS-Standartenführer.

Für das Geschäft waren die alten Beziehungen sicher nützlich, denn jenes Geflecht von Banken, Maklern, Rechtsanwälten, Behörden, Parteiorganisationen, Handelskammern und Versicherungen, das die „Arisierung“ realisiert hatte, war

im Nachkriegshamburg immer noch aktiv; beispielhaft belegen dies die rekonstruierten Vorgänge um das Anwesen „Rothenbaumchaussee 19“ in Vor- und Nachkriegszeit. Dass die 1948 in Hamburg gegründete HIAG, die sogenannte „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS“, ihre monatlichen Treffen von 1975 bis 2006 mit bis zu 300 Teilnehmern ausgerechnet im Restaurant der Handwerkskammer Hamburg hat abhalten können, bestätigt den eingangs zitierten Satz von Detlev Garbe. Die Firmenadresse „Dr. Otto Wolff“ war also nicht aus Eitelkeit erfolgt, sondern bewusst als Werbeträger eingesetzt. Das Geschäft der Versicherungsvermittlung zielt nämlich nicht auf den privaten Versicherungsnehmer ab, sondern auf mittelständische Betriebe und den gewerblichen Haus- und Grundbesitz.

Der Ex-Gauleiter Karl Kaufmann erhielt im Jahre 1961 sein wie auch immer erworbenes Vermögen zurück; er starb im Jahre 1969 als finanziell gutsituierter Geschäftsmann. Otto Wolff führte die Dr. Otto Wolff Versicherungsvermittlung GmbH weiter und verkaufte sie im Jahre 1976 an die Götte-Gruppe, eine im Versicherungsgeschäft tätige Familienfirma. Wolff lebte dann noch in gutem Wohlstand unbehelligt bis zu seinem Tod im Jahre 1992. Die Dr. Otto Wolff Versicherungsvermittlungen GmbH besteht als Teil der Götte-Gruppe weiter. Sie ist in Hamburg-Winterhude noch mit einem Zweigsitz vertreten; der Hauptsitz befindet sich seit einigen Jahren bei der Götte-Zentrale in Köln. Der Name dieses herausragenden Nazi-Verbrechers ist also weiterhin im hamburgischen Wirtschaftsleben präsent, und dies mit einem nie in Frage gestellten akademischen Titel der Universität Hamburg.

Das Verbrechen an den beim Stellungsbau eingesetzten Häftlingen war auch auf der Täterebene ungesühnt geblieben. SS Untersturmführer Hans Hermann Griem (1902-1971), Lagerkommandant von Husum-Schwesing, Ladelund und Meppen-Dalum, ein mehrfach bezeugter Mörder, lebte unter seinem richtigen Namen in Hamburg-Bergedorf, nur fünf Kilometer von Neuengamme entfernt. Erst im Jahre 1969 kamen gerichtliche Voruntersuchungen in Gang, im Jahre 1971 verstarb er aber noch vor Beginn des Prozesses.

Die ungesühnte Schuld der Befehlsgeber und Täter belastet das Gedenken und Erinnern an das Konzentrationslager Ladelund und seine Opfer. Der Künstler Ansgar Nierhoff hatte dies offenbar erkannt, als er im Jahre 2009 „Das Mal“ konzipiert hatte. „Mahnmal, Landmarke und Sühnzeichen“ sollte es sein. Der im Jahre 2010 verstorbene Bildhauer wollte die 7,5 Meter hohe Stahlstele unmittelbar an der Stelle des ehemaligen Panzergrabens sehen, und sie sollte mit einem geöffneten Teilstück dieses Grabens verbunden werden. Der Aufbau der Stele war im Spätjahr 2010 vollzogen worden, und sie beeindruckte vom ersten Augenblick an. Im Mai des Jahres 2011 folgte dann auch die vorgesehene Öffnung eines dreißig Meter langen Teilstücks des Panzerabwehrgrabens.

Die archäologische Öffnung des Grabens

Weil das Konzept überzeugte, hat das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein die Aufgabe des „Öffnens“ gerne übernommen. Der Verlauf des Panzerabwehrgrabens auf dem durch die Kirchengemeinde Ladelund angekauften Grundstück war allerdings nur ungefähr bekannt. Üblicherweise wird bei der archäologischen Suche mit dem Bagger ein sogenannter „Suchschnitt“ angelegt. Dies ist ein mit einer breiten und zahnlosen Baggerschaufel rechtwinklig zum vermuteten Verlauf angelegter Graben, der mit flacher Sohle bis auf den Übergang zwischen Humus und tieferem Boden angelegt wird. An der Stelle, an der ein früherer Bodeneingriff stattgefunden hat, zeigt sich auf der Grabensohle eine dunkle Verfärbung, die beim ehemaligen Verfüllen des Grabens entstanden ist. Hier ist der helle Sand des Untergrundes mit humosem, also dunklerem Boden der Oberfläche vermischt.

Bei der Suche ergab sich eine Überraschung: Der Panzerabwehrgraben wurde nicht, wie eigentlich erwartet, im nördlichen Grundstücksteil gefunden, sondern zehn Meter südlich des vermuteten Verlaufs. Im weiteren Verfahren wurde die Oberfläche des Grabens freigelegt, wobei sorgfältig darauf geachtet wurde, dass die obere Öffnung nicht über die tatsächlich festgestellte Verfüllung hinausreichte



Abb. 1 Freilegung der Grabenoberfläche – erkennbar an einer fleckig-sandigen Verfärbung



Abb. 2 Herauspräparieren der Grabenschichten

(Abb. 1). Es zeigte sich nun, dass der Graben an dieser Stelle mit einem Versatz versehen worden war. Aus einem uns nicht bekannten Grund hatten die Planer den parallel zum begleitenden Feldweg geführten Verlauf in einer Grabenkurve um zehn Meter nach Süden versetzt (Abb. 4).

Nachdem die Oberfläche des Grabens freigelegt war, begann das schwierige Herauspräparieren der Grabenschichten (Abb. 2). Glücklicherweise war der Baggerführer der Firma Dirk Petersen GmbH, der 76-jährige Werner Anthonisen, ein Könnner seines Faches, der den Füllboden ausschälte, ohne die originale Grabenwand zu beschädigen.

Um die Füllschichten dokumentieren zu können, wurde auch ein Profil angelegt, ein Schnitt also quer durch den Graben (Abb. 3). Das Profil lässt einen an der Oberfläche knapp fünf Meter breiten Graben erkennen, der mit geschrägten Seitenwänden zu einer nahezu spitzen Sohle zusammenläuft. Die Tiefe des so geformten Spitzgrabens beträgt 2,7 Meter. Bauform und Maße entsprechen mit geringen Abweichungen der Heeresvorschrift für den Bau eines „Panzerabwehr-



Abb. 3 Grabenprofil, Mai 2011

Spitzgrabens“, welche Tiefen von 3 Metern und eine Grabenbreite von 4,5 Meter vorsah.

Das Profil gibt aber auch Aufschluss über die spätere Verfüllung des Grabens. Zunächst geschah etwas, das auch bei vor- und frühgeschichtlichen Wehrgräben etwa des Danewerks beobachtet werden kann: Rasch nach der Erbauung erodierten die Ränder und es kam zu einer Ablagerung an der Sohle; man nennt dies die rapide Verfüllungsphase. In der Zeit zwischen der rapiden Verfüllung, die bereits im Frühjahr 1945 bestanden hatte, und der Zuschüttung des Grabens bald nach 1960 entstand eine überraschend ausgeprägte Vegetationsschicht, die eingewehter Sand noch verstärkte. Auf der Oberfläche der Vegetationsschicht fanden sich größere Mengen an Bier- und Schnapsflaschen sowie an Porzellscherben, die man hier entsorgt hatte. Es folgte die Schicht der aktiven Verfüllung der Zeit bald nach 1960, die an der Oberfläche einen leichten Graben beließ. Im Laufe der Zeit war dann auch diese letzte Spur des Panzerabwehrgrabens durch Beackerung und weiteres Verfüllen verschwunden.

Das Profil wurde nach seiner Dokumentation abgebaut, und es folgten die Feinar-



Abb. 4 Verlegen eines Rollrasens zur Sicherung der Gräbenwände vor Erosion. Im Vordergrund die Stele von Ansgar Nierhoff

beiten an der Grabenwand. Nachdem die Freilegung abgeschlossen war, mussten die hellsandigen Grabenoberflächen noch vor Erosion gesichert werden (Abb. 4). Dies geschah mit Rollrasen, der in der nun einsetzenden und beständigen Regenperiode ausgezeichnet anwuchs.

Ein dokumentierender Bericht über Freilegung und Öffnung von dreißig Metern Panzerabwehrgraben kann nur nüchtern und sachlich ausfallen. Er lässt erahnen, wie ein freigelegter Panzerabwehrgraben ohne „Das Mal“ wirken würde. Was hinter den Dingen steht, schiene nicht hervor. Die Stele ist aber glücklicherweise vorhanden und steht, wie es nun für jeden Besucher erkennbar ist, genau auf dem Panzerabwehrgraben. Die Besucher sehen den massiven Graben, der sich aus dem Mal heraus entwickelt. Sie erfüllen die furchtbare Arbeitsaufgabe, welche den hungernden, frierenden, kranken und geschlagenen Häftlingen aufgezwungen war, die täglich den Tod von Kameraden sehen mussten und für sich selbst die Hoffnung verloren hatten. Und sie erahnen und erfassen das ungeheuerliche Unrecht. „Das Mal“ ist „Mahnmahl, Landmarke und Sühnezeichen“ geworden, wie Ansgar Nierhoff es sich vorgestellt hat.

Literatur:

- Über das Konzentrationslager Ladelund und den Panzerabwehrgraben mit weiterer Literatur: Jörn-Peter Leppien, Sklavenarbeit für den „Endkampf“. Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund, in: Grenzfriedenshefte 3/2010, S. 203-236.
- Über die Stele von Ansgar Nierhoff: Uwe Hauptenthal, „Das Mal“. Ansgar Nierhoffs Stele am ehemaligen Panzerabwehrgraben in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: Grenzfriedenshefte 2/2011, S. 117-126.
- Wolfgang Benz, Barbara Distel, Angelika Königseder (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der Nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 5, Hinzert, Auschwitz, Neuengamme. München 2007, S. 467-470.
- Detlef Garbe, Hamburg und Neuengamme: Eine Stadt und ihr KZ. Verarbeitet, bewältigt, erledigt? Vom Umgang mit der Gedenkkultur. Aus der Vortrags- und Predigtreihe zum Holocaustgedenken, Vox Extra, 6, 2006, S. 4-15, Zitat S. 11.
- Zu den Verhältnissen in Hamburg während der Nachkriegszeit mit weiterführender Literatur: Axel Schildt, Kontinuität und Neuanfang im Zusammenbruch. Zu den politischen, sozialen und kulturellen Ausgangsbedingungen der Nachkriegszeit. In: Monika Estermann, Edgar Lersch (Hrsg.), Buch, Buchhandel, Rundfunk 1945-1949. Mediengeschichtliche Veröffentlichungen 1, Wiesbaden 1997, S. 22.
- Die „Arisierung“ in Hamburg: Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945. Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; Bd. 35, Hamburg 1997.
- Zur Beteiligung von Banken, Maklern und Rechtsanwälten an der „Arisierung“: Frank Bajohr, „Arisierung“ und Restitution. Eine Einschätzung. In: Constantin Goschler, Jürgen Lillteichler (Hrsg.), „Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989. 2002, S. 46 f.
- René Martens: Schlecht versichert, in: Jüdische Allgemeine, 5.2.2009.
- Ders, Ein eitler Schreibtischtäter. In: Die Tageszeitung (TAZ), 5.3.2009.
- Alt- Nazis: Treffen in Kammer-Restaurant. Hamburger Abendblatt, 17.3.2006.
- Dokumentensammlung der GEW Hamburg zum Hausbesitz „Rothenbaumchaussee 19“, in: <http://www.gew-hamburg.de/hlz/Ro19/DocSammlung.htm>

Vom Gegeneinander zum Füreinander

Ein persönlicher Rückblick

von HEINRICH SCHULTZ

Als „Zeichen von Freundschaft und Vertrauen zwischen Dänen und Deutschen“ wurde der Idstedt-Löwe am 10. September 2011 auf dem Alten Friedhof in Flensburg wiedererrichtet. Der dänische Südschleswiger Heinrich Schultz hat als langjähriger Vorsitzender des Sydslesvigsk Forening (1987-2003) großen Anteil an der Entwicklung zum heute gegebenen vertrauensvollen Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen im Grenzland. Im Folgenden drucken wir, in leicht überarbeiteter Form, seine Rede beim diesjährigen Idstedt-Tag am 25. Juli 2011 ab. Es ist bemerkenswert, dass sich Heinrich Schultz in Idstedt nicht mit den kriegerischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts befasst, sondern darlegt, wie er persönlich den Weg vom Gegeneinander zum Füreinander erlebt hat.

Die Redaktion

Die Schlacht von Idstedt jährt sich heute zum 161. Mal. Es ist mit anderen Worten eine sehr lange Tradition, an der Sie wie auch die dänische Minderheit festhalten. Über viele, viele Jahre jeder für sich, aber zum 150-jährigen Jahrestag der Schlacht von Idstedt erstmals gemeinsam von Dänen, dänischer Minderheit und der deutschen Mehrheitsbevölkerung begangen.

Seitdem nehme auch ich jedes Jahr – mit einigen, wenigen Ausnahmen – an diesem Gedenktag hier in Idstedt teil. Und heute darf ich die traditionelle Gedenkrede halten. Es hat mich überrascht, aber auch sehr gefreut, diese Aufgabe erhalten zu haben. Ich hoffe, dass Sie diese Freude nach meiner Darstellung des Verlaufes der Entwicklung der letzten Jahre verstehen werden.

Ich bin Jahrgang 1938, geboren und aufgewachsen in Flensburg, nach einem Jahr in der deutschen Schule in die dänische Schule gewechselt. Mein Vater war dänischer Staatsbürger, daher wir Kinder auch, und wir haben an dieser Staatsbürgerschaft – gemäß den damals geltenden Altersgrenzen – nach dem 22. Lebensjahr festgehalten. Nach den Bestimmungen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen bin ich genaugenommen kein dänischer Südschleswiger, was aber kein Hindernis dafür ist, dass ich mich als solcher fühle.

Meine Schulzeit in Flensburg, mein Aufenthalt auf der Jaruplund Højskole unter der Leitung von Niels Bøgh Andersen und meine Jahre auf dem Lehrerseminar

in Ripen sowie anschließend 18 Monate beim dänischen 7. Regiment bzw. „Kongens Fodregiment“ sind der Hintergrund, mit dem ich 1962 als Lehrer beim Dansk Skoleforening for Sydslesvig angestellt wurde. Nach einer kurzen Vertretung in Lindholm habe ich sieben Jahre an der dänischen Schule in Bredstedt gearbeitet. Mein Schulleiter Sigfred (eigentlich Siegfried) Andresen war ein überzeugter dänischer Südschleswiger und hat nie seinen Traum von einem Dänemark bis zur Eider aufgegeben. Das spürte man jeden Tag in der Schule, und ich, der als junger Lehrer jetzt hinzukam, wurde von dieser Einstellung stark geprägt. Was mich damals aber nicht davon abhielt, bei seltenen Gelegenheiten, wenn ich mit jungen Kollegen einen gemütlichen Abend in der Dienstwohnung hatte, die über der Wohnung meines Schulleiters lag, um Mitternacht die Losung in den abendlichen Garten hinaus zu schmettern: „Danmark til Donau!“

Die tägliche Schularbeit war die Arbeit, für die wir bezahlt wurden. Erwartet wurde jedoch, dass wir nach der Schulzeit in der freiwilligen Arbeit für die verschiedenen Vereine der Minderheit tätig waren. Diese Tätigkeit war damals ganz selbstverständlich für sehr viele Lehrer und Angestellte der dänischen Organisationen. In meiner Zeit in Bredstedt bin ich in die Jugendarbeit hineingeschlittert und dort auch aufgegangen. Mit dem Resultat, dass ich eines Tages Vorsitzender des Sydslesvig danske Ungdomsforeninger (SdU) wurde. Nach 10 Jahren in diesem Ehrenamt (1970-1980) bin ich zu der „erwachsenen“ Organisation, der kulturellen Hauptorganisation, dem Sydslesvigsk Forening (SSF), gewechselt. Nicht „nahtlos“, wie es so schön heißt, aber in den Geschäftsausschuss des SSF kam ich 1983 und wurde 1987 Vorsitzender des Vereins.

Mittlerweile war ich Schulleiter der dänischen Schule in Garding geworden, und ich legte sehr großen Wert darauf, dass es eine dänische Schule war. Während der gesamten Zeit meiner Tätigkeit im Schuldienst und in den verschiedenen Ehrenämtern war es mir sehr wichtig, ein dänischer Südschleswiger zu sein – und das beinhaltete für mich eine Abgrenzung zu der deutschen Mehrheitsbevölkerung. In der Zwischenzeit hatte ich zwar herausgefunden, dass nicht alle Dänen gute und alle Deutschen böse Menschen waren, aber trotzdem war das Leben für mich in der dänischen Volksgruppe mit den sehr intensiven Beziehungen auf Grund von Patenschaftsverbindungen, Freunden und Familie in Dänemark ausreichend. Wir lebten zwar mitten in der deutschen Mehrheitsbevölkerung – aber sie war nicht der wesentliche Teil meines Lebens.

Eine Änderung dieser Einstellung kam langsam, nicht schleichend, wie ich ausdrücklich betonen möchte, sondern eher mit einer wachsenden Einsicht meinerseits. Schon in meiner SdU-Zeit hatte ich mich in der Arbeit der FUEV, der Föderation Union Europäischer Volksgruppen, bzw. in der damaligen Jugendkommission der FUEV engagiert. Diese Arbeit und die jährlichen intensiven Osterseminare gaben mir eine völlig neue Einsicht in das Leben der verschiedenen

Minderheiten in Europa. Am Anfang habe ich noch eine Resolution der Jugendorganisation initiiert und unterschrieben, in der wir für die Rechte der Bretonen in Frankreich eintraten und diese notfalls auch mit der Sprengung von Hochspannungsleitungen nach dem Vorbild einiger Südtiroler Aktivisten durchsetzen wollten. Für diese Resolution bekam ich reichlich Ärger mit meiner Volksgruppe, als ich nach Hause kam, und ich musste sie wieder zurückziehen.

Klüger meinte ich dann geworden zu sein, als ich auf dem großen Volksfest auf den Düppeler Schanzen 1995 anlässlich des 75-jährigen Jahrestages der „Wiedervereinigung Dänemarks mit Sønderjylland“ 1920 als Repräsentant der dänischen Minderheit eine Rede halten durfte. Vor dem Hintergrund der chaotischen Lage im ehemaligen Jugoslawien und der wechselseitigen Gräueltaten zwischen verschiedenen ethnischen Volksgruppen gab ich der Meinung Ausdruck, dass wir uns in unserem Grenzland glücklich schätzen sollten, dass wir mit einer Grenze lebten, die nach einer demokratischen Wahl festgelegt worden ist und die schließlich von beiden Seiten endgültig respektiert werden sollte. Dieses Bekenntnis stieß nicht auf ausnahmslose Freude in meiner Minderheit. Unser damaliger SSW-Vertreter im schleswig-holsteinischen Landtag Karl Otto Meyer – den ich noch heute für seine unermüdliche Arbeit für unsere Volksgruppe bewundere – meinte öffentlich, dass er nicht meiner Ansicht sei.

Das war in den 1990er Jahren. Da befanden wir uns längst in einer Zeit der Annäherung des SSF an unsere deutschen Nachbarn. Wenn ich hier den Südschleswigschen Verein hervorhebe, dann aus dem Grund, dass die dänische Minderheit zahlreiche größere und kleinere, aber in allen Fällen sehr selbständige Vereine hat – und in diesem Fall ist „selbständig“ zu unterstreichen. Und obwohl es auch heute noch den Gemeinsamen Rat (Det sydslesviske Samråd) – gibt, kann man diesen Rat von der Struktur her nicht mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger vergleichen. Der SSF ist seit jeher jene Organisation unserer Minderheit gewesen, die Ansprechpartner des dänischen Parlaments, der dänischen Parteien sowie auch des Landtages in Kiel, der deutschen Parteien und der deutschen Grenzlandorganisationen gewesen ist. Hinzu kommt, dass der SSF seit vielen, vielen Jahren unser Jahrestreffen (Årsmøde) organisiert und in Zusammenarbeit mit unseren anderen Verbänden durchführt.

In der FUEV gehören wir zu den Gründungsmitgliedern, und unsere Vertreter haben auch hier über die Jahre hinweg verantwortungsvolle Posten wahrgenommen. Wir waren daher auch die ersten, denen eine Öffnung hin zu unseren deutschen Nachbarn angetragen wurde. Der erste Grenzland- und Minderheitenbeauftragte des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kurt Hamer z. B. hat sich um diese Öffnung bemüht und gehörte zu den ersten, die sich eine Teilnahme des Ministerpräsidenten am dänischen Jahrestreffen vorstellen konnten. Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund (SHHB) war jene Organisation unter den



Abb. 1 Beim dänischen Jahrestreffen – Årsmøde – 2002 in Flensburg: (v.l.) Der dänische Staatsminister Anders Fogh Rasmussen, der SSF-Vorsitzende Heinrich Schultz, die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein Heide Simonis und die Minderheitenbeauftragte der Landesregierung Renate Schnack

deutschen Grenz- und Kulturverbänden, die das „Sekretariat“ des Landeskuratoriums Schleswig-Holstein-Tag bildete. Und in diesem Zusammenhang wurde der SHHB langsam – mit einigen Verzögerungen – ein geschätzter Mitstreiter für das kulturelle Miteinander in unserem Grenzland. Die Existenz des Stammkomitees von 1864 sowie der Idstedt-Stiftung – der Gastgeber der heutigen Veranstaltung – wurde mir in dieser Zeit mehr und mehr bewusst.

In den späten 80er Jahren des 20. Jahrhunderts und Anfang der 1990er wurde es immer deutlicher, dass die dänische Minderheit sich nicht ewig gegenüber der deutschen Mehrheitsbevölkerung würde abschotten können. Genau in dieser Zeit hatte ich ein sogenanntes Schlüsselerlebnis. Viele von Ihnen kennen vielleicht den dänischen Begriff „Frokost“. Nein, es ist kein Frühstück, vielleicht ein zweites Frühstück, aber es ist eher ein kaltes Mittagessen, weil man diese Mahlzeit sehr oft um die Mittagszeit, wenn nicht sogar erst am frühen Abend einnimmt. Letzteres trifft häufig zu, wenn es um den in Dänemark und in Südschleswig weitverbreiteten Brauch des „Julefrokost“ in der Vorweihnachtszeit geht. Ein solches Julefrokost ist eine beim SSF traditionsreiche Veranstaltung für alle Mitarbeiter, pensionierte wie aktive, sowie Mitglieder des Geschäftsausschusses bzw. des Exekutivausschusses des SSF. Die Dänen sind bekannt da-

für, dass sie lange Zeit an einem gedeckten Tisch sitzen können – und zu einem Julefrokost gilt dies erst recht. Es kann hierfür einen Zusammenhang mit den traditionellen Gerichten und den hierzu gehörenden Getränken geben, welche das Julefrokost ausmachen. Faktum ist, dass zu den Fischgerichten und den später angebotenen verschiedenen Käsesorten Aquavit serviert wird. Nach einem solchen Julefrokost hatte ich mich mit einer tüchtigen ehemaligen Kollegin im Börsen-Keller in Flensburg verabredet. Ich hatte das genannte Julefrokost rechtzeitig verlassen und war etwas früher am Treffpunkt. Hier fiel mir eine kleine Gruppe von jungen Leuten auf, die dänisch und deutsch sprachen. Eigentlich nichts Ungewöhnliches in Flensburg und Südschleswig. Das Ungewöhnliche war für mich, dass es Schüler von unserer Duborg-Skolen und Schüler der Goethe-Schule waren, die sich friedlich miteinander – und übrigens auch mit einem Lehrer der Goethe-Schule unterhielten. Jetzt zeigte es sich, dass ich das Julefrokost doch nicht rechtzeitig genug verlassen hatte, denn ich echauffierte mich gegenüber den Schülern der Duborg-Skolen darüber, dass sie mit Schülern des ehemaligen Adolf-Hitler-Gymnasiums an einem Tisch saßen. Wie Sie sich vorstellen können, waren die jungen Leute etwas überrascht, aber erstaunlich ruhig. Dies und der Umstand, dass meine Kollegin auftauchte und mich freundlich, aber bestimmt zu einem anderen Lokal begleitete, hätte dazu führen können, dass ich diesen „kleinen“ Zusammenstoß schnell hätte vergessen können. Dem war jedoch nicht so. An einer der folgenden Geschäftsausschusssitzungen, die gewöhnlich im „Flensborghus“ stattfinden, klopfte es mitten in der Sitzung kurz an der Tür und herein rauschte Frau Sonja Lehfeldt – die Ehefrau von Rolf Lehfeldt, der in dieser Runde einigen noch in guter Erinnerung sein wird. Frau Lehfeldt war eine ausgezeichnete Laienschauspielerin und eine tragende Kraft des „Lille Teater“ im „Hjemmet“ in der Marienstraße in Flensburg. Um es kurz zu machen, ich bekam eine Lehrstunde darin, wie ich mich als Vorsitzender des SSF in der Öffentlichkeit zu verhalten hätte. Verärgert war sie im Übrigen auch darüber, dass ich nicht ihre Tochter, eine der Duborg-Schülerinnen, erkannt hätte. Zurück zu dem Begriff Schlüsselerlebnis: Und ich will es auch kurz machen. Während ich mich als alter Herr darüber aufregte, dass sich die Schüler der Goethe-Schule und der Duborg-Skolen nicht nur angeregt unterhalten konnten, sondern sich darüber hinaus in gemeinsamen Arbeitskreisen in der Freizeit trafen und sich weiterbildeten, praktizierten sie – und sie würden bestimmt nicht die einzigen sein – ein unverkrampftes, natürliches und freundschaftliches Zusammenleben miteinander. Gewiss war ich in den Augen dieser Schüler ein alter Herr, aber so alt, dass ich aus dieser Begegnung nicht lernen konnte, wollte ich auf keinen Fall sein.

Jetzt könnte ich Ihnen eine lange Reihe von Geschichten und Erlebnissen vortragen, die es auf diesem Wege vom „Gegeneinander über ein Miteinander zu

einem Füreinander“ gegeben hat. Auch Personen spielen hierbei natürlich eine große Rolle. Eine dieser Personen ist der verstorbene ehemalige Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) Uwe Ronneburger. In der Frage, inwiefern der SSF an dem Schleswig-Holstein-Tag teilnehmen konnte/sollte, war der damalige Geschäftsführer des SHHB, Hans Joachim von Leeßen, nicht sehr hilfreich. Da Herr Ronneburger und ich quasi Nachbarn waren (Tetenbüll liegt nur einige Kilometer von Garding entfernt), trafen wir uns zu einem ersten, sehr guten Gespräch bei einem gemeinsamen Abendessen in der dänischen Schule bei mir zu Hause. Dieses und ein späteres Gespräch auf seinem Staatshof in Tetenbüll – wieder mit einem Essen verbunden – schufen den Anfang für eine gute vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich noch steigerte, als Dr. Willy Diercks Landesgeschäftsführer des SHHB wurde, und die sich noch fortsetzte, als Dr. Carl Ingwer Johannsen die Leitung des Verbandes übernahm. Hervorheben möchte ich auch den ehemaligen Amtsbürgermeister von Sønderjylland, der vor gut einer Woche in Apenrade beigesetzt wurde, Kresten Philip-



Abb. 2
Der Hauptvorsitzende
des Bundes Deutscher
Nordschleswiger Hans
Heinrich Hansen am
8. Juli 1995 als Redner
beim Volksfest auf den
Düppeler Höhen anlässlich
des 75-jährigen Jubiläums
der Volksabstimmung
von 1920

Abb. 3
Der ehemalige Amtsbürgermeister von Sønderjylland
Kresten Philipsen (r.) beim
Oeversee-Marsch am 6.2.2003
– hier mit dem damaligen Kreis-
präsidenten Johannes Petersen



sen. Man kann sich fragen, wieso der dänische Amtsbürgermeister von Sønderjylland einen Einfluss auf die dänische Minderheit in ihrem Verhältnis zur deutschen Mehrheitsbevölkerung haben konnte. Philipsen aber war es, der darauf bestand, dass auch ein Repräsentant der deutschen Minderheit in Dänemark eine Rede bei der großen Veranstaltung auf Düppel 1995 halten durfte, die ich schon erwähnt habe. Die Rede des damaligen Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger Hans Heinrich Hansen bei jener Gelegenheit war bemerkenswert und hat wesentlich dazu beigetragen, dass auch das Verhältnis der beiden Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze sich zusehends entspannte und wir auch persönlich ein sehr freundschaftliches Verhältnis zueinander bekommen haben.

Kresten Philipsens Rede anlässlich der Oeverseefeier 2003 war nicht nur sehr bewegend, sondern auch ein Meilenstein in der guten Entwicklung des Mit- und Füreinanders in unserem Grenzland. Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Bemühungen des Vorsitzenden des Stammkomitees von 1864 Hans Dethleffsen hervorheben, die dänische Minderheit dazu zu bewegen, den Marsch nach Sankelmark/Oeversee gemeinsam zu gehen und zu gestalten. Ein Unterfangen, das Jahre zuvor von unserem damaligen Generalkonsul Troels Fink unsanft zurückgewiesen worden war: „Wir Dänen marschieren nicht“, hatte Troels Fink auf Dethleffsens vorsichtige Frage erwidert, wie er mir später erzählte. Heu-



Abb. 4 Heinrich Schultz (m.) an seinem 70. Geburtstag 2008 mit seinem Nachfolger als SSF-Vorsitzender Dieter Paul Küssner und seiner Ehefrau Wibke Schultz

te ist die Teilnahme des SSF eine Selbstverständlichkeit bei diesem gemeinsamen Gedenken. Zwar war ich am Anfang ziemlich alleine, aber es werden Jahr für Jahr mehr dänische Teilnehmer.

Auch in diesem Fall war es die persönliche Begegnung, hier mit Herrn Dethleffen, die zu diesem Ergebnis geführt hat. Mit anderen Worten: Es gibt sehr viele nette deutsche Mitbürger. Die Gespräche haben nicht nur meinen Horizont erweitert, sondern auch meinen Alltag entschieden geprägt und reicher gemacht. Nun habe ich schon ein paar Namen genannt, die für mich wichtig waren bzw. sind auf meinem Weg vom „Ghetto“ – wenn Sie so wollen – zu einem friedlichen und freundlichen Miteinander. Und auch auf die Gefahr hin, dass ich nicht alle nennen kann, möchte ich dennoch die ehemaligen Minderheitenbeauftragten der Landesregierung Kurt Schulz und Renate Schnack erwähnen. Nicht zu vergessen die Teilnehmer der Reise ins österreichische Graz, die das Stammkomitee alle fünf Jahre organisiert. Ich werde die Teilnehmer dieser Reisegruppe und das Programm immer in bester Erinnerung haben. Deshalb bin ich auch heute zu dieser Gedenkveranstaltung gern gekommen.

„Flügelschlag der Geschichte“

Die Einweihung des Idstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof
in Flensburg am 10. September 2011

von JOACHIM POHL

Am 10. September 2011 wurde die Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg in Anwesenheit zahlreicher deutscher wie dänischer Gäste festlich begangen. Darüber hat der Journalist Joachim Pohl am 12. September 2011 im Flensburger Tageblatt ausführlich berichtet. Er fängt nicht nur die bei dem Ereignis herrschende freudige Stimmung ein, sondern gibt auch die zentralen Inhalte der gehaltenen Reden wieder. Die Fotos zur Veröffentlichung des Textes von Joachim Pohl in den Grenzfriedensheften hat Eiko Wenzel von der Unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Flensburg beigetragen.

Die Redaktion

Großer Bahnhof für den Idstedt-Löwen

Er ist wieder da, und nach den Worten von Oberbürgermeister Simon Faber eine „Bereicherung für Flensburg“: Prinz Joachim von Dänemark begrüßte den Idstedt-Löwen auf seinem alten und neuen Platz und enthüllte eine Bronzetafel an der Stirnseite des Sockels. „Das ist heute ein Festtag“, sagte er in seiner Rede zu den geladenen Gästen und vielen hundert Besuchern auf dem Alten Friedhof. Zu den Festrednern gehörten außerdem der dänische Kulturminister Per Stig Møller, der deutsche Botschafter in Kopenhagen, Michael Zenner, Schleswig-Holsteins Kultusminister Ekkehard Klug und Carl Holst (Regionsrat Sønderjylland-Schleswig). Prinz Joachim ließ sich nach der Löwen-Zeremonie von Museumsdirektor Michael Fuhr durch die Ausstellung „Gut gebrüllt, Löwe!“ führen und sah dort auf einem Bildschirm, wie sein Urgroßvater, König Christian X., im Jahr 1945 den aus Berlin kommenden Idstedt-Löwen in Kopenhagen in Empfang nahm.

„Flügelschlag der Geschichte“ bei Löwen-Zeremonie.

Prinz Joachim enthüllt Bronzetafel und besucht Ausstellung im Museum

„Wenn wir heute hier auf dem Alten Friedhof in Flensburg stehen und uns den Idstedter Löwen anschauen, auf seinem zugleich alten und neuen Platz, dann schreiben wir Geschichte. Und zur selben Zeit erzählen wir eine Geschichte.“ Der dänische Kulturminister Per Stig Møller brachte die Ereignisse vom Sonn-

abend Mittag treffend auf den Punkt. „Heute spüren wir alle den Flügelschlag der Geschichte“, ergänzte später Carl Holst, der Vorsitzende des Regionsrates Sønderjylland-Schleswig.

Viele hundert Interessierte waren gekommen, um zu erleben, wie Prinz Joachim von Dänemark den Idstedt-Löwen einweiht. Enthüllen musste er ihn nicht mehr, das war schon am Donnerstag erledigt worden. Mit einem Ruck zog er eine braune Plane von der Bronzetafel an der Stirnseite des mächtigen Granitsockels, der nach dem Vorbild des Originals neu aus schwedischem Granit gemeißelt worden war.

Etwa zwei Jahre sind seit dem Beschluss der Ratsversammlung, Dänemark um die Rückkehr des Löwen zu bitten, vergangen, und so lange konnte sich die Stadt Gedanken über Form und Feierlichkeit der Einweihung machen. Einer, der sich sichtlich freute über das Ereignis, war Klaus Tscheuschner, der 2009 als Flensburger Oberbürgermeister die Initiative zur Löwen-Rückkehr ergriffen und die Details mit dem dänischen Kulturministerium ausgehandelt hatte. Er gehörte zwar nicht zu den Rednern, wurde aber von seinem Nachfolger Simon Faber lobend erwähnt.

Festliche Musik darf nicht fehlen, wenn auf dem Alten Friedhof Geschichte geschrieben wird. Das Slesvigske Musikkorps zeigte sich der Aufgabe gewachsen, ebenso wie später die Kopenhagener Studentensänger und der St.-Nikolai-Chor in der Bürgerhalle. Die sattgrüne Rasenfläche rund um den Löwen war weiträumig abgesperrt, nur geladene Gäste hatten Zutritt. Alle waren da: Minister, Landtagsabgeordnete, die komplette Führungsebene der Stadt, zwei frühere Oberbürgermeister, Vertreter der Kulturinstitute und der Justiz, viele Vertreter der dänischen Minderheit, Gäste aus Dänemark.

„Das ist ein Festtag!“, sagte Prinz Joachim in akzentfreiem Deutsch. Er erinnerte daran, dass die dänische Regierung immer gesagt habe, der Löwe könne dann nach Flensburg zurückkehren, wenn es die Stadt wünsche. Als Bewohner des Grenzlandes – der Prinz lebt auf Schloss Schackenborg bei Tondern – richte er „einen großen Dank an die Stadt“. Er habe „großen Respekt vor der Entscheidung Flensburgs“, den Löwen zurückzuholen, sagte Kultusminister Ekkehard Klug. Es habe Mut gekostet, den Löwen „aus dem Exil“ zu holen. Nach der Enthüllung der Tafel wurde Joachim von Museumsdirektor Fuhr durch die Ausstellung „Gut gebrüllt, Löwe!“ im Hans-Christiansen-Haus des Museums geführt und tauschte sich mit dem Künstler Jens Lorenzen über das Bild „Mauer“ aus.

„Zeichen von Frieden und Freundschaft“

Für Prinz Joachim von Dänemark war es nur ein Katzensprung von seinem Landsitz an der Westküste nach Flensburg. „Es ist für mich eine große Freude, heute



Abb. 1 Prinz Joachim von Dänemark bei seiner Festrede am Idstedt-Löwen, 10. September 2011, im Hintergrund der Flensburger Stadtpräsident Dr. Christian Dewanger



Abb. 2 Die Gedenktafel an der Stirnseite des Granitsockels

hier in Flensburg auf dem Alten Friedhof zu sein.“ Es geschehe nicht jeden Tag, dass ein Denkmal nach einer so langen Reise zurückkehre. Der Prinz erinnerte daran, dass es der deutsche Reichskanzler Bismarck war, der 1864 dafür gesorgt hatte, dass der Löwe vor weiteren Zerstörungen geschützt und deshalb entfernt wurde. „1945 ging er dann erneut auf Reisen.“

Das Monument sei „Teil eines historischen Zusammenhangs“. Zurück an seinem alten Standort, gedenke er heute der Gefallenen der Schlacht bei Idstedt, die Seite an Seite quasi ihm zu Füßen liegen. Heute sei der Löwe „ein Zeichen von Frieden und Freundschaft“ und ein „Zeugnis einer neuen Zeit, in der wir leben“.

Geste der Versöhnung statt Kriegsdenkmal

Viel Zustimmung und Anerkennung gab es auf dem Alten Friedhof für die Rede von Oberbürgermeister Simon Faber, der ausführlich und differenziert auf die jeweiligen Umstände in der fast 150-jährigen Geschichte des Idstedt-Löwen einging. „Bereits bei seiner ersten Aufstellung auf diesem Friedhof waren die Umstände



Abb. 3 Bei der Einweihungsfeier: (v.l.) Der deutsche Botschafter in Kopenhagen Michael Zenner, der Flensburger Oberbürgermeister Simon Faber, Prinz Joachim von Dänemark, der Flensburger Stadtpräsident Dr. Christian Dewanger

eher kompliziert als entspannt“, so Faber. „Die Schlacht bei Idstedt lag schon zwölf Jahre zurück, und der demonstrative Charakter des dänischen Denkmals passte eher ungeschickt in die 1860er Jahre, in denen die Zeichen auf Sturm und deutsch-dänischen Konflikt standen.“

Bei der Ankunft des Löwen in Kopenhagen 1945 hatte König Christian X. gesagt: „Wenn die Umstände es erlauben, möge der Idstedt-Löwe nach Flensburg zurückkehren.“ Dazu der OB: „In deutschen Kreisen sei diese Formulierung so ausgelegt worden, als wären die Umstände erst dann passend, wenn Flensburg wieder zu Dänemark gehöre.“ Tatsächlich aber, so Faber, hatte sich in Kopenhagen schon lange die Haltung durchgesetzt, dass die Umstände dann richtig seien, wenn der Wunsch aus der Region selbst komme – wie 2009.

Der Löwe sei eine Bereicherung und füge sich wunderbar ein in das Ensemble auf dem Museumsberg – „einerseits dominant, andererseits schön eingebettet in das Grün der Bäume. Eine Attraktion für unsere Stadt, eine weitere Ergänzung der umfassenden Denkmallandschaft im Landesteil Schleswig, ein touristisches Highlight.“

„Die Umstände verwandeln das Kriegesdenkmal in eine starke Geste der Versöhnung, des Miteinanders, das sich nach Kriegen, Grenzkampf und Misstrauen entwickelt hat. Selbstverständlich ist das nicht!“

„Europäisches Vorbild in Sachen Nachbarschaft zweier Völker“

„Der Idstedt-Löwe erzählt die Geschichte von Krieg und Streit zwischen den Völkern, aber auch von guter Nachbarschaft und Versöhnung.“ Der dänische Kulturminister Per Stig Møller zitierte unter anderem Willy Brandt: „Geschichte kennt kein letztes Wort.“ Er hoffe, so der Minister, „dass das letzte Wort in der Geschichte des Löwen gesprochen ist.“ Oder Adenauer: „Die Weltgeschichte ist auch die Summe dessen, was vermeidbar gewesen wäre.“ In der Zeit, an die der Idstedt-Löwe erinnere, „gibt es vieles, von dem wir heute wünschen, dass wir es hätten vermeiden können.“ Das Denkmal des Löwen „zeugt von der Notwendigkeit, die Vergangenheit zu kennen, um die Zukunft gestalten zu können, damit die Fehler und Schrecken der Vergangenheit nie, nie wiederholt werden.“ Møller erwähnte „das musterhafte Zusammenleben der dänischen Minderheit und der deutschen Mehrheitsbevölkerung in der Stadt Flensburg. Ich würde sogar sagen, dass Flensburg heute ein europäisches Vorbild ist, wenn es um die gute Nachbarschaft zwischen zwei Völkern geht.“

„In Stein gehauener Macht- und Herrschaftsanspruch“

Stadtpräsident Dewanger ließ in seiner Rede aufhorchen. „Der Löwe ist ein Monument nationalstaatlichen Strebens, in Stein gehauener territorialer Macht- und Herrschaftsanspruch – eben ein Siegerdenkmal der dänischen Krone.“ Die „Friedens- und Freundschaftsbotschaft“ gehe nicht vom Löwen aus, sondern von dem „Akt seiner Rückkehr und Wiederaufstellung“. Damit zeige sich, „dass wir aus der Geschichte gelernt haben und heute eine tatsächliche Freundschaft leben.“

Selbstverständliche Zusammenarbeit und unerwartete Rückschläge

Zwischenbilanzen, Beobachtungen und Gedanken eines Grenzgängers zur aktuellen Lage der Region

von GERRET LIEBING SCHLABER

„Die Grenze in den Köpfen“ ist seit einigen Jahren ein häufig gebrauchter Begriff, wenn man das deutsch-dänische Verhältnis im Allgemeinen und die Lage im schleswigschen Grenzland im Besonderen untersucht. Vor genau zehn Jahren warf der damals 30-jährige Historiker und Politologe Gerret Liebing Schlaber unter eben dieser Überschrift an dieser Stelle aus der Sicht eines Grenzgängers einige Fragen zur Entwicklung der hüben wie drüben gerne so bezeichneten „Modellregion“ auf.¹ Seither sind in loser Folge weitere „Grenzgänger“-Diskussionsbeiträge erschienen. Im vorliegenden Beitrag zieht der Verfasser erneut Bilanz und wirft Fragen auf, wie es in der Region weitergehen soll. Diskussionen sind selbstverständlich hoch willkommen.

Die Redaktion

Vorbemerkung

Hatte man nach langen Jahren des (Eigen-)Lobs der „Modellregion“ bei gleichzeitiger Zufriedenheit mit dem Erreichten in den ersten Jahren des noch jungen Jahrtausends den Eindruck, dass man von deutscher wie dänischer Seite ernsthaft um neue Fortschritte bemüht war, um beide Landesteile voranzubringen, so ergibt sich am Ende der ersten Dekade ein eher zwiespältiges Bild. Einerseits wird die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg in vielen Bereichen – oft von der breiten Öffentlichkeit nur am Rande bemerkt und von den Beteiligten längst als normal empfunden – immer selbstverständlicher. Andererseits lassen sich auf vielen Feldern Stillstand oder gar Rückschritte verzeichnen, und einige Beschlüsse der jüngsten Zeit haben gerade durch ihre Symbolwirkung unangenehme Folgen für das Mit- und Füreinander gehabt – und nicht zuletzt die „Grenze in den Köpfen“ wieder einmal zu einem hoch aktuellen Thema gemacht. Im folgenden Beitrag sollen sowohl die Erfolge als auch die Probleme der jüngsten Zeit thematisiert werden. Da es sich um persönliche Beobachtungen des Verfassers handelt, kann natürlich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden.

Die nationalen Minderheiten: Vom geduldeten Fremdkörper zum geschätzten Mehrwert ...

Für den Beobachter ergibt sich bei der Rückschau auf die vergangenen zehn Jahre zunächst einmal viel Erfreuliches: Vieles von dem, was grenzüberschreitend manchmal mühsam, manchmal voller Enthusiasmus in Gang gesetzt wurde, hat sich inzwischen so weit etabliert, dass Deutsche wie Dänen es längst als selbstverständlich hinnehmen. So zeigt nicht zuletzt ein Blick in die „Umschau“ der GFH, in der natürlich immer nur ein Teil der gemeinsamen Aktivitäten erwähnt werden kann, was heute in vielen Bereichen zum Alltag gehört. Man denke z. B. an grenzüberschreitende Projekte in den Bereichen Jugend, Kindergärten und Schulen, Sport, Kultur im weitesten Sinne und vieles mehr, aber auch an die praktische Zusammenarbeit etwa in den Bereichen Rettungsdienst, Strahlentherapie, Tourismus, Hochschulen, Wirtschaft im weitesten Sinne uvm. und nun endlich auch Verkehr. Vieles hat sich schon so lange bewährt, dass es nicht mehr wegzudenken ist, anderes ist sicherlich noch ausbaufähig.

Kein Aspekt des deutsch-dänischen Grenzlandes wird derart als Beispiel für den gerne zitierten Modellcharakter der Region herangezogen wie die schon 1955 mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen etablierte Minderheitenordnung. Tatsächlich standen die Anerkennung der Vollwertigkeit der Bürger der jeweils anderen Nationalität, die beiderseitige Anerkennung der Abschlüsse der Minderheitenschulen und nicht zuletzt das Verbot, von behördlicher Seite die Gesinnung eines Bürgers zu hinterfragen, am Anfang dieser Entwicklung, und davon profitieren wir heute noch. Trotz der fortwährenden Annäherung beider Staaten sollte es aber noch einige Zeit dauern, bis weitere große Schritte unternommen wurden, um die beiden schleswigschen Landesteile gemeinsam aus ihrer immer stärker werdenden Randposition zu befreien. Und auch die direkte Zusammenarbeit zwischen Mehrheit und Minderheit hielt sich trotz gegenseitiger Anerkennung und Duldung bis weit in die 1980er Jahre hinein in bescheidenen Grenzen. Erst damals gab es, nicht zuletzt im Zuge eines Generationswechsels bei den politisch Verantwortlichen, neue Impulse zu einer wirklichen Zusammenarbeit – in Sønderjyllands Amt mit dem Amtsbürgermeister Kresten Philipsen, im Bundesland Schleswig-Holstein mit dem Ministerpräsidenten Uwe Barschel und dann verstärkt unter dessen Nachfolger Björn Engholm. Seither werden die Minderheiten nicht mehr nur als „die Anderen“ toleriert, sondern als gleichberechtigt anerkannt und nun auch verstärkt nicht mehr nur aus dem nationalen „Mutterland“, sondern auch aus der eigenen Region gefördert. Der alte Grundsatz „Front und Brücke“ verlagerte seinen Schwerpunkt im Selbstverständnis der Minderheiten immer mehr auf die Brückenfunktion. Seither beteiligen sich die Minderheiten verstärkt auch an Veranstaltungen, die zuvor eindeutige nationale Manifestatio-

nen der jeweils „anderen“ waren – man denke nur an den Schleswig-Holstein-Tag, den Oeversee-Marsch oder die Gedenkfeiern zu den Schlachten von Idstedt (1850) und Düppel (1864). Diese Normalität belegen nicht zuletzt die Beiträge der beiden früheren Vorsitzenden von BDN und SSF in diesem Heft. Gleiches gilt für die Arbeit von SP- bzw. SSW-Vertretern z. B. als Vorsitzende kommunaler Ausschüsse und als besonders markantes Beispiel für die Direktwahl des SSW-Kandidaten Simon Faber zum Oberbürgermeister in Flensburg.

Aber auch im Alltag hat sich etwas getan: Grundlegend geändert hat sich das Ansehen der Zweisprachigkeit: Diese, wie überhaupt die Kompetenz, mehrströmig zu denken, fühlen und handeln, macht die Minderheiten zu „Identitäts-Experten“² und somit in besonderem Maße zu Brückenbauern. Diese Fähigkeiten, die man in dieser Form nur im Leben in einer nationalen Minderheit – und vielleicht noch als Kind einer „Mischehe“ – entwickeln kann, sind nicht nur in der Wirtschaft, sondern überhaupt im Leben einer modernen Gesellschaft unverzichtbar. Da mag es dann zweitrangig erscheinen, ob man die zweite Sprache wirklich perfekt mit allen Feinheiten beherrscht. In jedem Fall ist dies einer der vielen Mehrwerte, die man dem Dasein kultureller und sprachlicher Minderheiten inzwischen auch wissenschaftlich bescheinigt.³ Nicht nur deshalb schicken auch Menschen ohne bisherige Bindung an die Minderheit – oft sind es sogar Zugezogene – ihre Kinder in deren Einrichtungen.⁴

... und zwischen Identitätsfrage und Kostenklemme

Doch neben dieser erfreulichen Entwicklung gibt es natürlich auch einen Alltag, in welchem das Bild meist etwas nüchterner aussieht. Die Minderheitenförderung wird letztlich nach wie vor trotz gewisser rechtlicher Vorgaben als „freiwillige Leistung“ verstanden. Tatsächlich sind die Minderheiteneinrichtungen – auch solche mit klarem öffentlichen Pflichtenaufrag wie z. B. die Schulen – rechtlich gesehen private Institutionen, die letztlich mit anderen als gemeinnützig anerkannten Vereinigungen um öffentliche Zuschüsse konkurrieren müssen.⁵ So wird die in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen ja mit gutem Grund auf die – behördlich unantastbare – persönlich-private Ebene verlegte Frage der kulturellen Gesinnung im öffentlichen Bewusstsein vieler Mehrheitsvertreter, die ihre nationale Dominanz im Alltag als selbstverständlich empfinden, letztlich auf die Stufe eines privaten Hobbys reduziert, das sie für sich als wenig wichtig betrachten.

Nach wie vor – und in Zeiten der Finanzkrise wieder vermehrt – lassen sich im Alltag Stimmen vernehmen, welche die Existenzberechtigung der Minderheiten in Frage stellen. Das gilt nicht nur für den Blick auf die „anderen“ Minderheiten im eigenen Land, sondern auch in Bezug auf die „eigene“ Minderheit im Nachbarland. Bezeichnend war, in welchem Maße unüberschaubare Strukturen bei

den dänischen Staatszuschüssen für die dänischen Südschleswiger zu einer öffentlichen Meinung führten, wonach die Minderheit angeblich geradezu ungehemmt dänische Steuergelder verpulvere.⁶ Solches wird von den Medien nur allzu gerne aufgenommen.

Der aktuelle Trend zur Schaffung größerer Einrichtungen betrifft ebenso die kommunalen und staatlichen Schulen und Kindergärten. Unabhängig davon, ob man diese Entwicklung gutheißt oder nicht, werden sich die Minderheiten diesem Trend nicht dauerhaft entgegenstellen können. Schließt aber eine Schule, verliert ein Dorf ein wesentliches Stück Infrastruktur. Für die Minderheit wiegt der Verlust einer solchen Einrichtung noch schwerer, da sie dann im Alltag überhaupt nicht mehr sichtbar ist. Wenn sie aus dem Ortsbild verschwindet, verschwindet auch das Bewusstsein, dass diese kulturelle Vielfalt existiert. Und es schwinden die Möglichkeiten, seine Kinder überhaupt richtig in der Minderheit aufwachsen zu lassen. Vor der national-kulturellen Gesinnung steht bei jungen Eltern die Frage im Vordergrund, was das Beste für ihr Kind ist und was sie selbst im Alltag überschauen können. Ist der Weg zum nächsten Kindergarten oder zur nächsten Schule zu weit oder wird das Angebot der örtlichen Einrichtung als nicht ausreichend empfunden, wird man seine Kinder woanders hinschicken.

Doch das ist nicht die einzige Gefahr, denn nicht wenige verlassen die Region, aber auch „Daheimgebliebene“ geben ihre Kultur nur begrenzt weiter, wenn der Ehepartner keinen Bezug dazu hat oder wenn man die örtlichen Einrichtungen für zu schwach hält. Der dramatische Rückgang der Sorbischsprecher in der Lausitz aufgrund von Abwanderung mag hier ein warnendes Beispiel sein.⁷ In der Öffentlichkeit werden die Minderheitenschulen und -kindergärten dennoch oftmals als „kleine Luxuseinrichtungen“ wahrgenommen. Die meist gute Ausstattung im Verhältnis zur meist geringen Schülerzahl (vor allem in ländlichen Distrikten) und die finanzielle Unterstützung von beiden Seiten der Grenze täuschen allerdings oft über die strukturellen Nachteile hinweg, welchen die Einrichtungen der Minderheiten ausgesetzt sind. Es ist nicht immer einfach, Fachkräfte zu den oft fern der Zentren gelegenen kleinen Einrichtungen zu locken, und der ökonomische Spielraum ist strukturell bedingt begrenzt. Zudem sind die kleinen Einrichtungen anfällig gegen Schwankungen in den Jahrgängen.

Umso schlimmer ist es, wenn selbst von Spitzenvertretern aus der Politik eben jene alten Klischees hervorgebracht werden, wonach die Minderheiteneinrichtungen gegenüber ihren öffentlichen Pendanten bevorzugt würden. Dieses alte nationale Konkurrenzdenken brachte selbst der inzwischen zurückgetretene Vorsitzende und Spitzenkandidat der Landes-CDU Christian von Boetticher in einem Interview hervor. Die umstrittenen einseitigen Kürzungen für die Minderheitsschulen rechtfertigte er unter anderem damit, dass Schleswig-Holstein angesichts dringender finanzieller Probleme nicht ohne Weiteres mehr Geld in oh-

nehin gut ausgestattete Einrichtungen stecken könne. Zudem könnten sich die öffentlichen Regelschulen benachteiligt fühlen.⁸

Asymmetrie ist aber in der Tat ein gewisses Problem in der „Minderheiten-Modellregion“. Auf die Schieflage bei der Finanzierung werden wir noch einzugehen haben. Auffällig ist aber auch, dass die deutschen Kindergärten und Schulen nördlich der Grenze weniger Personen umfassen als ihre südschleswigsch-dänischen Pendanten. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die deutschen Nordschleswiger zahlenmäßig so viel weniger sind, wie es scheint. Tatsächlich sind die deutschen Einrichtungen einem viel größeren Konkurrenzdruck ausgesetzt, etwa durch Freischulen, spezielle attraktive Ausbildungsgänge wie HF⁹, besondere Deutsch-Angebote¹⁰ und überhaupt die im Vergleich zu Deutschland im Durchschnitt geringere Bereitschaft zu längeren Schulwegen. Zudem mögen klischeehafte Vorstellungen über deutsche Pädagogik und Didaktik selbst deutsche Muttersprachler zögern lassen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die in jüngster Zeit deutlich gestärkte Rolle Flensburgs als natürliches Kraftzentrum der Region beiderseits der Grenze. Als mit Abstand größte Stadt in einem weiten Umkreis hat die Fördestadt (mit ihren Wohnvororten) in den letzten Jahren einen erheblichen Zuzug dänischer Staatsbürger erlebt (darunter natürlich auch nicht wenige deutsche Nordschleswiger). Und wer seine Kinder zweisprachig aufwachsen lassen will – was bekanntlich ein zentrales Charakteristikum der Minderheiten ist –, wird seine Kinder dann in dänische Minderheitenschulen schicken. Es darf aber nicht vergessen werden, dass das Angebot in der Minderheitensprache hüben wie drüben auf den Standardweg vom Kindergarten bis zum normalen Abitur begrenzt ist. Wenn durch öffentliche Einsparungen Angebote der Minderheiten verschwinden, kommen sie nicht wieder. Die letztjährigen Kürzungen sind bei den deutschen Nordschleswigern an die Substanz gegangen¹¹ und haben auch Friesen und dänische Südschleswiger in neue Nöte gebracht. Das ist natürlich das schlimmste Signal, das man politisch setzen kann, wenn man die Vielfalt in der Region erhalten will.

Natürlich müssen Minderheiten auch selbst aktiv viel dafür tun, um attraktiv zu bleiben, und das bedeutet in unserer Informationsgesellschaft der vielen Wahlmöglichkeiten auch offen für Neues zu sein. Man muss sich und seine Angebote und Vorteile (wie eben auch die Zweisprachigkeit, die den meisten „Mehrheitlern“ vorenthalten bleibt) offensiv vermarkten und sich sichtbar machen. Dabei sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Man muss zeigen, dass es hier nicht um ein „Entweder-Oder“, sondern um ein „Sowohl als auch“ geht.¹² Und das hat nichts mit einem Mischmasch oder einer teilweisen Aufgabe der Identität zu tun, sondern ganz im Gegenteil mit der Findung, Erweiterung und damit Stärkung derselben.

Mit einer Rückbesinnung auf das abgrenzend Nationale und der bloßen Verklä-



Abb. 1 Vermarktung von Grenzregionen und Minderheiten: Kindersöckchen mit dem Muster der westfriesischen Fahne

rung der „Mutterlandskultur“ kann man heutzutage kaum mehr jemanden erreichen,¹³ schon gar nicht in der jungen Generation, die dank mannigfaltiger Kontaktmöglichkeiten und Kommunikationswege längst über den Tellerrand hinaus schaut. Ich habe sogar den Eindruck, dass angesichts einer versuchten Renationalisierung in der Kulturpolitik, in Dänemark besonders unter Kulturminister Brian Mikkelsen, eine gewisse Trotzreaktion erfolgt ist. Die junge Generation, und zwar besonders jene automatisch mehrströmig geprägte in den nationalen Minderheiten, denkt heute schon europäischer und globaler, als es den meisten Beobachtern wohl bewusst ist.¹⁴ Wer hier, wie es Heinrich Schultz in diesem Heft aus der Vergangenheit berichtet, aus Angst vor nationaler Vermischung junge Leute vom Kontakt mit anderen jungen Leuten abhalten will, kann sich deren tiefster Verachtung und Geringschätzung sicher sein – und das völlig zu Recht! Nationale Dogmatiker aus dem „Mutterland“, die z. B. jungen Südschleswigern das „wahre Dänentum“ beibringen wollen und sich überhaupt nicht für deren Lebensrealität in einem deutschen Umfeld interessieren, sind nicht mehr gefragt. Die Minderheiten müssen aber auch im öffentlichen Raum sichtbar sein: In Sa-



Abb. 2 Französisches Autokennzeichen aus der Bretagne mit Nennung der Region in französischer und bretonischer Sprache

chen mehrsprachiger Ortstafeln hat sich außer in Teilen Nordfrieslands und in Flensburg immer noch nichts getan. In den meisten sprachlichen Mischgebieten ist dies üblich, und selbst im als zentralistisch verschrieenen Frankreich und in Polen mit seiner gerade in Bezug auf Deutschland schwierigen Geschichte gibt es inzwischen zahlreiche zweisprachige Ortsschilder, auch mit deutschen Bezeichnungen in gleicher Größe. Hier hinkt unsere „Modellregion“, und insbesondere Nordschleswig, dem übrigen Europa meilenweit hinterher. Der Hinweis auf die im Vergleich zur Mehrheit geringe Anzahl der Minderheitsbevölkerung kann kein Argument gegen eine Sichtbarmachung derselben sein.¹⁵

Auch wenn es auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mag: Gerade um möglichst vielen jungen Menschen in einer sich immer schneller wandelnden globalisierten Welt die Möglichkeiten zu geben, selbst eine stabile Identität zu entwickeln und sich mit dieser Region – auch über die Grenzen hinweg – identifizieren zu können, ist es zwingend notwendig, das Element der nationalen Minderheiten und deren Institutionen zu stärken und für alle sichtbar zu machen. Nur dann kann es ein „Sowohl als auch“, eine „Win-win-Situation“ geben. Die meisten Minderheiten- und Grenzverbände orientieren sich ohne Verlust ih-

rer Identität bereits im Sinne eines modernen grenzüberschreitenden Bewusstseins. Der Mehrwert der Minderheiten für eine Region ist wie erwähnt unstrittig, aber noch immer sind sie, wie es der damalige Bundespräsident Horst Köhler [...]ausdrückte „ein noch nicht ganz begriffener Schatz“. ¹⁶ Hier gilt es, vor allem die Mehrheitsbevölkerung besser mit einzubeziehen, damit auch diese den Wert der Minderheiten für ihre Heimat verinnerlicht. Auch hier gibt es schon erfreuliche Ansätze, wenn auch leider bisher eher punktuell.

Neue Vorstellungen nationaler „Leitkulturen“

Die nationale Gesinnung mag bei der Identitätsfindung der jüngeren Generationen also trotz eines umfangreichen Angebots an Orientierungsmarken auch künftig noch eine Rolle spielen. Wird das Nationale aber nur noch ein Merkmal unter vielen möglichen, miteinander verflochtenen Gruppenidentitäten sein? Tatsächlich lassen sich auch heute noch leicht nationale Emotionen schüren und zur Abgrenzung von nicht Dazugehörigen anwenden, wobei die eigene Nation nach wie vor als zentraler Identitätsfaktor über allen anderen propagiert wird. Das gilt auch für Deutschland und Dänemark.

In Deutschland hat es immer wieder Diskussionen zu einer „Leitkultur“ gegeben, und zwar gerade in Hinblick auf die Integration von Mitbürgern aus anderen Kulturkreisen. Vor dem Hintergrund der noch nicht lange zurückliegenden NS-Geschichte, bei der bekanntlich die Überhöhung des Nationalen zum schlimmsten Massenmord und Vernichtungskrieg der Geschichte geführt hat, wird die Debatte in Deutschland jedoch in der Regel schnell gedämpft. Zudem spielen regionale und lokale Identifikationsmuster hier traditionell eine größere Rolle als etwa in Dänemark. Dennoch wurde die NPD in einige Landes- und Kommunalparlamente gewählt. Und in einem der erfolgreichsten Sachbücher der letzten Jahre benutzt der Verfasser, immerhin ein profilierter Bundes- und Landespolitiker, Wirtschaftswissenschaftler und Sozialdemokrat, soziobiologische Argumente auf eine, mild ausgedrückt, bedenkliche Weise. ¹⁷

In Dänemark war die Ausländerpolitik das beherrschende Wahlkampfthema 2001, was die damalige Regierung unter Poul Nyrup Rasmussen trotz großer wirtschaftlicher und sozialpolitischer Erfolge letztlich das Amt kostete: Es folgten zehn Jahre mit einer Regierung, deren zuverlässiger parlamentarischer Mehrheitsbeschaffer eben jene Partei war, die sich wie keine andere eine harte Ausländerpolitik und die Hervorhebung der eigenen Nationalität auf die rotweißen Fahnen geschrieben hatte. Die markige Rhetorik jener Dansk Folkeparti, aber auch eine die nationalen Werte stark betonende Kulturpolitik namentlich unter dem konservativen Minister Brian Mikkelsen hat seither Dänemark auch ein anderes Gesicht gegeben, in welchem auch viele Deutsche die Züge des allseits

beliebten friedlichen, toleranten und offenen Dänemark nur mit Mühe erkennen können. Die einseitig eingeführten neuen Grenzkontrollen brachten für viele das Fass zum Überlaufen¹⁸, und abgesehen natürlich von manchen Übertreibungen sollte man die Kritik in Dänemark ernst nehmen.

Hat dies die Entwicklung im Grenzland oder das deutsch-dänische Verhältnis beeinflusst? Den oben genannten positiven Entwicklungen in der Region hat es bisher keinen Abbruch getan, denn bei den meisten politisch Verantwortlichen vor Ort sind die Zeiten vorbei, in welchen die gesamte jeweils andere Nation für eine als falsch empfundene Politik angeprangert wurde.

Dennoch gibt es nach wie vor latent vorhandene Vorurteile, die sich in einer aufgeheizten Stimmung schnell wieder den Weg bahnen können. Eine erregte Debatte über Integrationspolitik kann auch heute noch schnell auf die autochthonen Minderheiten zurückfallen, so dass deutsche Nordschleswiger, dänische Südschleswiger, Nordfriesen und heimische Sinti und Roma als Einwanderer aufgefasst werden.¹⁹ Wenn auch Hass und Geringschätzung gegenüber den anderen eher selten offen zu Tage treten,²⁰ darf man solche Auswüchse nicht unterschätzen, ihnen aber andererseits auch keinen Raum in den Alltagsgeschäften geben. Es war schon bitter, wie lange die Spitzen der dänischen Regierungsparteien in der Grenzdebatte zögerten, um sich von den antideutschen Tiraden ihrer Mehrheitsbeschaffer zu distanzieren.²¹ Auch seriöse Journalisten schlagen mitunter schnell in die Kerbe nationaler Vorurteile, wenn ihnen eine Maßnahme auf der anderen Seite nicht gefällt.²² Und es ist schon unendlich traurig, wenn man in einem vom wohl renommiertesten dänischen Verlag herausgegebenen Buch mit Sinnsprüchen – laut Verfasser „überraschende, unterhaltende und ewige Wahrheiten“ – unter den Stichworten Tysk/Tysker folgendes serviert bekommt: „All unser Unglück ist deutsch“ und „Der Deutsche ist dem Dänen niemals gut“.²³ Und zwar ohne jedweden ironischen oder gar selbstironischen Unterton oder etwaige Anmerkungen über Entstehung und historische Einordnung dieser Sätze, die im Original genauso plump klingen wie in der Übersetzung!

Aber auch im Grenzland treten bei politischen Meinungsverschiedenheiten nationalistische Misstöne immer wieder unerwartet auf und tragen zur Aufheizung eben dieser Konflikte bei. Bekannte Beispiele aus den vergangenen zwei Jahrzehnten sind die Kontroversen um den Ildstedt-Löwen (1992), um die grenzüberschreitende Region (1997), um die Gültigkeit der SSW-Landtagsmandate (2005), um deutsche Namenszusätze auf nordschleswigschen Ortstafeln (2007) sowie aktuell um deutsche Beiträge und ein eventuelles Denkmal auf den Düpeler Schanzen und nicht zuletzt die unten noch zu erwähnenden großen Kontroversen um die Finanzierung der dänischen Minderheitenschulen und um die einseitige Einführung neuer Grenzkontrollen. In allen genannten Konflikten, die abwechselnd in jeweils einem nationalen Lager entfacht wurden, gab es oft nati-

onalistische Misstöne, die weit über den Konfliktgegenstand hinaus reichten und von groben Vorurteilen und pauschalem Misstrauen gegenüber dem nationalen Gegenpart zeugten.²⁴ Positiv ist allerdings in allen genannten Fällen zu vermerken, dass sich Befürworter und Gegner quer durch die nationalen und kulturellen Gesinnungen gegenüberstehen. Zudem fehlt es niemals an Bemühungen zur Mäßigung, und die sonst gute Zusammenarbeit wird nicht in Frage gestellt. Die Begründung für mitunter aggressive Abgrenzungen ist oft in der Angst vor dem Verlust von Identität zu suchen. Es ist aber einfach ein Missverständnis, dass etwa eine neue gemeinsame deutsch-dänische Erinnerungskultur, Zwei- oder Mehrströmigkeit oder der enge Kontakt mit anderen Kulturen zu einem sinnlosen Mischmasch, zu Gleichmacherei und zur Abwertung der eigenen nationalen Kultur führen würden. Ein Musterbeispiel ist die deutsche Fußballnationalmannschaft, die wie wohl nichts anderes Deutschland vereint und derart national identitätsstiftend wirkt, dass selbst die immer vorsichtig gehandhabte Deutschlandfahne mit neuer Leichtigkeit geschwungen wird. Ein erheblicher Teil der besten deutschen Fußballer hat eben auch nicht-deutsche Wurzeln, und das hat diesem spätestens seit 1954 so identitätsstiftenden Sport und seinen Anhängern nur genutzt.

Auch die gerne beschworene „Familie Dänemark“²⁵ wird durch eine Blutauffrischung keinen Schaden nehmen. Ohnehin kann man diskutieren, ob man nicht Samuel Huntington zustimmen muss, der bereits 1993 nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation einen neuen Zusammenstoß der verschiedenen übergeordneten Kulturkreise der Welt voraussah. Seine Kernthese geht von neun großen Zivilisationen auf der Erde aus, deren Grundwertekanon in einer Zeit immer schnellerer Veränderungen bei der Identitätsfindung des einzelnen Menschen eine immer bedeutendere Rolle spielt, zumal der Mensch zu immer mehr Mobilität gezwungen ist. Für das Nationale bleibt da immer weniger Raum, und Deutschland und Dänemark sieht Huntington fest im westlichen Kulturkreis verankert.²⁶ Diese westliche „Leitkultur“ prägt uns vermutlich schon lange stärker als jede nationale Zugehörigkeit. Sie beinhaltet jedoch auch, dass man seine persönliche Identität frei entwickeln kann. Unter diesen Voraussetzungen muss man Ernest Renan zustimmen, der schon 1882 vermerkte, dass eine Nation eine tägliche Abstimmung ist.²⁷

Es ist ein naiver Irrglaube, dass man mit dem Rückzug ins nationale Kämmerlein und einer verstärkten Sicherung der nationalen Grenzen die problematischen Entwicklungen der fortschreitenden Globalisierung zurückdrehen kann. Dies ist eine ebenso naive Vorstellung wie etwa die Gleichungen „mehr Grenzkontrollen = weniger Kriminalität“, „Zusammenlegung zweier Gebietskörperschaften = Halbierung der Bürokratie“ oder „mehr Straßen = weniger Verkehrsbelastung“. Die heutige postmoderne „online“-Gesellschaft lässt sich jedoch nicht mehr zu-

rückdrehen. Aber leider verführen auch noch in unserer sogenannten Wissens- oder Informationsgesellschaft vermeintlich einfache Lösungen für komplizierte Fragestellungen viele Menschen – davon wird unten noch die Rede sein müssen.

Europa zwischen Selbstverständlichkeit und Sündenbock-Rhetorik

Der Prozess der gegenseitigen Anerkennung über die Staats- und Nationsgrenzen hinweg wäre wohl kaum denkbar ohne die Europäisierung, mit der man bereits Anfang der 1950er Jahre die internationalen Verhältnisse in Europa auf eine neue Grundlage zu stellen begann. Doch bis heute gibt es große Unterschiede in der Wahrnehmung des Projekts Europa, und das hat sich angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrisen noch weiter verschärft.

Die Errungenschaften des vereinten Europas – Frieden und Zusammenarbeit zwischen einstigen Kriegsgegnern, Wohlstand, Freiheit, Rechtssicherheit u.v.a. – nimmt man als selbstverständlich hin und tut gerne so, als ob es sie auch im abgegrenzten Nationalstaat gegeben hätte. Gleichzeitig nimmt man Europa hauptsächlich als bürokratischen Moloch wahr, der immer mehr überflüssige Regeln aufstellt. Und bei der aktuellen Finanzkrise erscheint es vielen so, als ob es diese mit den alten, viel schwächeren nationalen Währungen in einem nicht vereinten Europa nicht gegeben hätte.

Allerdings liegt es auch an den Europapolitikern selbst, das Friedensprojekt angemessen zu vermitteln. Klassisches Beispiel ist die EU-Verfassung, die überall verworfen wurde, wo sie zur Volksabstimmung stand. Hier stellt sich schon die Frage, warum man nicht eine Verfassung entwirft, die sich prinzipiell an der Charta der Menschenrechte und an den erfolgreichen demokratischen Grundgesetzen orientiert – und eine entsprechend übersichtliche Länge hat? Gerade jetzt in Zeiten einer ernsthaften Finanz- und letztlich auch Identitätskrise ist es notwendig, dass die Verantwortlichen in Europa nicht in populistisch-nationale Denkmuster zurückfallen, sondern gleichsam pragmatisch und visionär das schlingernde Schiff Europa auf einen zukunftsfähigen Kurs bringen, auf dem jeder Einzelne auch angesichts der Herausforderungen der Globalisierung einen sicheren Standort haben wird.

Dass Europa in Deutschland geschichtsbedingt eine sehr viel größere Rolle spielt als in Dänemark, zeigt sich symbolhaft schon an den Grenzübergängen: Weht die Deutschlandfahne rund um die Uhr begleitet von einer Schleswig-Holstein- und einer Europafahne, erhebt sich der Danebrog über die vier Fahnen der „nordischen Bruderländer“ nach strengen Regeln nur zwischen Sonnenauf- und -untergang. Weht die Europafahne in Deutschland vielerorts und sogar permanent an einem Eckturm des Herzstücks der deutschen Demokratie, nämlich am Bundestagsgebäude, findet man sie in Dänemark noch nicht einmal an den



Abb. 3 Die Europafahne auf dem Südostturm des Bundestagsgebäudes in Berlin

Grenzübergängen. Statt dessen hebt man gerne die nordische Verbundenheit hervor, mit der es in der Realität allerdings auch nicht immer sehr weit her ist,²⁸ und erklärt die Staatsgrenze auch schon mal zur Grenze zwischen „Europa und dem Norden“, als ob die fünf Länder nicht zu Europa gehören würden.²⁹ Aber auch in Deutschland steckt die Europa-Idee in einer tiefen Krise: Man muss den Politik-Veteranen Joschka Fischer und Helmut Kohl schon Recht geben, wenn sie die Orientierungslosigkeit in der deutschen Europapolitik kritisieren: „Wir leben mehr als andere vom Vertrauen unserer Partner und früheren Feinde in Europa und der Welt – ohne dieses Vertrauen hätte es die deutsche Einheit nicht gegeben, darauf hat Helmut Kohl zu Recht hingewiesen. Dieses Vertrauen sollten wir hüten wie unseren Augapfel. Das Land scheint heute in einem nach innen blickenden Provinzialismus zu erstarren, und das ist riskant. Wir brauchen jetzt den politischen Rahmen für ein starkes Europa. Ich hoffe, dass

die jetzige Generation durch die Krise zu ihrem Glück gezwungen wird“, äußerte der Ex-Außenminister Joschka Fischer jüngst in einem Interview.³⁰ Ohne einen funktionierenden europäischen Rahmen wird es auch in der deutsch-dänischen Grenzregion schwierig werden. Es ist an der Zeit, dass Dänemark endlich seine – 1992 vereinbarten – Vorbehalte zur EU-Zusammenarbeit im Rechts- und Polizeiwesen aufgibt. Und ohne die Interreg-Förderung wären viele grenzüberschreitende Fortschritte überhaupt nicht in Gang gekommen.

Fortschritt und Stagnation in der Grenzregion

Was tut sich derweil konkret in der Grenzregion? Wie eingangs erwähnt, gibt es inzwischen zahllose Projekte und Initiativen, mit denen das wechselseitige Mit- und Füreinander gefördert wird. Vieles läuft jedoch nur punktuell, anderes ist immerhin schon zu einem Teil des Alltags geworden. Als Beispiele unter vielen seien die Rettungsdienste, das schon lange erfolgreiche Angebot der Strahlentherapie in Flensburg für dänische Patienten oder – trotz regelmäßiger Spardrohungen – die grenzüberschreitenden Studiengänge genannt. Selbstverständlich ist schon lange die Zusammenarbeit auf dem einst so kontroversen Feld der Geschichte: Selbst der Düppeltag ist ohne deutsche Beteiligung kaum noch vorstellbar, und die Aufstellung des Idstedt-Löwen in Flensburg hat weitere neue deutsch-dänische Akzente gesetzt – wenn es auch in beiden Fällen noch manchen Misston gegeben hat.

In Sachen grenzüberschreitender Infrastruktur ist das Bild zwiespältig. Auf dem wichtigen Feld Verkehr ist in jüngster Zeit – aber leider wirklich erst in jüngster Zeit – einiges in Bewegung gekommen: So haben Dänemark und Deutschland nach langem Hin und Her eine gemeinsame Verkehrskommission eingerichtet, welche die Bedürfnisse beiderseits der Grenze analysieren und Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse einbringen soll. In der Region Syddanmark setzt man jedoch nach wie vor in erster Linie auf weiteren Straßenbau, wobei grenzüberschreitende Verbindungen eine eher untergeordnete Rolle spielen. Immerhin hat sich auch beim öffentlichen Transport etwas getan: Die im Zweistundentakt verkehrenden DSB-Regionalzüge von Fredericia nach Pattburg werden nun als Intercity-Züge geführt und bis Flensburg durchgebunden. Dort wird in der Regel auch der Anschluss in Richtung Neumünster-Hamburg gewährleistet, doch die Züge nach Kiel fahren wenige Minuten vor der Ankunft des DSB-IC ab – eine Lösung für dieses Problem wird sicherlich eine Aufgabe für die Verkehrskommission sein: Das gilt ebenso für das Dauerproblem des fehlenden Doppelgleises zwischen Pattburg und Tingleff und den planmäßigen Einsatz von Zweisystem-Elektrolokomotiven im grenzüberschreitenden Personenverkehr zwecks Vermeidung langwieriger Lokwechsel in Pattburg, wie es im Güterverkehr bereits

geschieht. Im Güterverkehr auf Schienen gibt es angesichts des weitgehenden Zusammenbruchs desselben in Dänemark jedoch viel Nachholbedarf, wenn man die Autobahnen entlasten will.

Von den inzwischen eingesetzten ICE-Zügen ist Nordschleswig (außer Pattburg) abgekoppelt, und die letzten Bahnhöfe bieten nur noch einen bescheidenen Service.³¹ Im öffentlichen Nahverkehr über die Grenze hinweg warten wir weiter auf ein erweitertes Angebot mit besseren Anschlüssen und die Integration Flensburgs ins dänische Schnellbusnetz. Im Bereich Telekommunikation sind, von wenigen Anbietern abgesehen, Kontakte über die Grenze hinweg immer noch wesentlich teurer, Fernsehen und Rundfunk sind weiterhin kaum grenzüberschreitend ausgerichtet. Bei der Post klafft die Schere zwischen In- und Auslandsporto immer weiter auseinander, allerdings schwindet die Bedeutung dieses Stückes Infrastruktur offenbar immer mehr.

Die Lokalzeitungen achten inzwischen häufiger auf die Geschehnisse jenseits der Grenze, und die Zusammenarbeit beim Projekt „Unter Nachbarn“ hat offenbar auch das Interesse füreinander befördert. Wenn auch hier mitunter Klischees vermittelt werden,³² ist der Grundton gegenüber dem Nachbarland viel freundlicher und offener geworden. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich übrigens auch bei den meisten Grenzverbänden beobachten – wenn auch Grænseforeningen vor allem wegen seiner zeitweiligen Unterstützung stärkerer deutscher Beteiligung in Düppel zuletzt einige Mitglieder verloren hat.

Die Kommunen beiderseits der Grenze sind immer noch miteinander inkompatibel, die Haushaltslage ist meist schwierig. Die bescheidenen Versuche zur Strukturreform in Schleswig-Holstein haben daran ebenso wenig geändert wie die Schaffung riesiger kommunaler Einheiten in Dänemark. Der Einsparungsdruck ist hier gewaltig, und in den kommenden Monaten und Jahren werden zahllose Angebote und Einrichtungen auf der Strecke bleiben. Sollten die Kommunen, die für den überwiegenden Teil der Ausgaben im Sozial-, Schul- und Jugendbereich verantwortlich sind, die staatlichen Vorgaben nicht erfüllen, riskieren sie die Unterstellung ihrer Geschäfte unter staatliche Administration. Das Problem der Ungleichverteilung bleibt ungelöst, und trotzdem glaubt man weiter an eine Effektivierung durch Zentralisierung und erwägt ernsthaft die ersatzlose Abschaffung der fünf Regionen.

Dennoch klappt die Zusammenarbeit vielerorts gut, etwa zwischen deutschen Kreisen und dänischen Kommunen sowie zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den dänischen Regionen. Bemerkenswert ist die Unterstützung der Bewerbung Sonderburgs als Europas Kulturhauptstadt 2017 durch die ganze Region Sønderjylland-Schleswig. Erschweren auch heute noch Verständigungsprobleme und unterschiedliche nationalstaatliche Ordnungen mitunter den grenzüberschreitenden Alltag und ist die „Modellregion“ in manchen Bereichen noch

ein grenz- und minderheitenpolitisches Entwicklungs- oder gar Notstandsgebiet, zeigt doch die Grundtendenz des deutsch-dänischen Miteinanders deutlich in Richtung Fortschritt.

Nicht mehr für möglich gehaltene Rückschritte

Man kann also mit Freude feststellen, dass es in den vergangenen zehn Jahren nicht nur zahlreiche neue gemeinsame Projekte gegeben hat, sondern dass die Zusammenarbeit in vielen Fällen bereits so selbstverständlich ist, dass sie längst zum Alltag gehört. Selbst in einigen bisher vernachlässigten Bereichen gibt es Bewegung. Auch wenn vieles langsamer geht als gewünscht und sich hier und dort noch immer Ressentiments halten, lassen sich die Fortschritte nicht leugnen, die Grenze in den Köpfen scheint immer durchlässiger zu werden.

Umso schwerer wiegen zwei Maßnahmen, die in den vergangenen 12 Monaten lastende Schatten auf das deutsch-dänische Verhältnis gelegt haben, und zwar sowohl im Grenzland als auch auf der zwischenstaatlichen Ebene. Dies gilt



Abb. 4 Anlässlich des 10. Jahrestags der Grenzöffnung von Dansk Folkeparti veröffentlichtes Plakat mit einem sich senkenden Schlagbaum, Parteichefin Pia Kjaersgaard und dem Slogan „Es muss eine Grenze geben“, aufgenommen in Apenrade, 2011

umso mehr, als es sich in beiden Fällen nicht um durch lokale Akteure forcierte Konflikte handelt, die nach relativ kurzer Zeit wieder in den Niederungen medialen Desinteresses verschwanden wie die oben erwähnten Beispiele. Bei den aktuellen Störungen handelt es sich um Parlamentsbeschlüsse der jeweiligen regierenden Mehrheitsfraktionen, und beide Regierungen hielten unerschütterlich an ihren Beschlüssen fest, selbst als sich die verheerenden Folgen für das deutsch-dänische Verhältnis überdeutlich manifestierten. Hinzu kommt, dass beide Beschlüsse die Region aus heiterem Himmel trafen. Die Rede ist von den einseitigen Mittelkürzungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung zuungunsten der dänischen Schülerinnen und Schüler und von der Wiedereinführung permanenter Kontrollen auf der dänischen Seite der Staatsgrenze.

Mögen die praktischen Konsequenzen bei den Grenzkontrollen im Grenzgänger-Alltag nicht so schlimm gewesen sein, war die politische Aussage doch umso verheerender. Die dänische Regierung hatte, um deren Zustimmung zu Sozialreformen zu sichern, ihren nationalpopulistischen Mehrheitsbeschaffern von der Dansk Folkeparti völlig das Feld überlassen, um deren Zustimmung zu Sozialreformen zu sichern. Diese feierten die neuen Kontrollen als Rückkehr in die Zeit vor Schengen und heizten die Angst vor international agierenden Verbrecherbanden weiter an. Völlig versäumt hatte man die Einbeziehung des Außenministeriums, und die sachliche Grundlage für die Pläne war mehr als dürrtig: Weder legte man Zahlen vor, welche den Sinn der Maßnahmen bestätigten, noch diskutierte man überhaupt, welche Methode zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität die wirksamste sei. Auf Kritik von außen reagierte man ablehnend und verständnislos und sah die Missverständnisse ausschließlich bei den Kritikern, nicht aber in der eigenen Informationspolitik, auch als die Lage eskalierte und sich zu einer internationalen Krise entwickelte. Einzelheiten finden sich in der Umschau des vorliegenden Grenzfriedensheftes.

Nicht weniger belastend – und leider noch nicht ausgestanden – ist das Problem der Diskriminierung der dänischen Minderheitenschulen durch das Land. Die einseitige Reduzierung des Schülerzuschusses auf 85 Prozent des Regelschulsatzes wurde allgemein mit Empörung aufgenommen. Der Verweis auf die immer noch bessere Bezuschussung als jene für andere Privatschulen zieht nicht, weil die eigenen Schulen für die Minderheit alternativlos sind und sie allein schon dadurch den öffentlichen Schulen gleichrangig sind. „Die Arbeit des dänischen Schulvereins zu sichern, kann nicht allein Aufgabe des kleinen Bundeslandes Schleswig-Holstein mit seinen drei Minderheiten sein“, wird die Minderheitenbeauftragte Caroline Schwarz bei ihrer Forderung nach Bundesmitteln zitiert.³³ Dabei wird übersehen, dass das Schulwesen Sache der Bundesländer ist und dass das Land erst recht den vollen Satz zahlen müsste, wenn die betroffenen Schüler auf Schulen in kommunaler Trägerschaft gehen würden.

Die erreichbaren Vorteile – kleine Einsparung im Landeshaushalt hier, mögliche Abschreckung einzelner Schmuggler dort – stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zum angerichteten Schaden, vor allem in Bezug auf die Symbolwirksamkeit. Man kann die Sorge nicht verdrängen, dass man das deutsch-dänische Verhältnis für so gut betrachtet, dass man den Nachbarn schon mal nach der Devise „der wird sich schon nicht aufregen“ brüskiert. Interessant ist aber auch, dass keine deutsche Institution so verständig hinsichtlich der Grenzkontrollen war wie die Landesregierung, die sich angesichts ihrer eigenen Verfehlung wohl keine lauten Töne gegenüber Dänemark erlauben mochte.

Besonders bedauerlich ist jedoch, dass beide Regierungen nicht nur die Tragweite ihrer Entscheidung verkannt haben, sondern trotz aller unbestreitbarer Erkenntnisse über die negativen Folgen ihrer Beschlüsse unbeirrt und kompromisslos an diesen festgehalten haben. Hier gilt wohl der Satz des Carl von Clausewitz, wonach die schwerste militärische Übung der Rückzug aus einer unhaltbaren Position ist.

Auch wenn die neuen Grenzkontrollen – nicht durch politische Einsicht ihrer Verfechter, sondern durch einen Regierungswechsel – so schnell wieder verschwanden wie sie eingeführt wurden, sollte die Affäre zur Mahnung dienen, wie leichtfertig auch heute noch mühsam erarbeitete Errungenschaften über Bord geworfen werden können, wenn es der Machterhaltung dient. Auf der anderen Seite soll und wird man nun umso entschlossener vorangehen, um unbelastet und unbefangen die Entwicklung im Grenzland weiter voranzubringen. Denn wenn man beiden Fällen im Grenzland doch noch etwas Gutes abgewinnen kann, dann ist es die Tatsache, dass sich die Fronten nicht an irgendwelchen deutsch-dänischen Abgrenzungen orientieren, sondern dass man sich quer über die Gesinnungsgrenzen solidarisiert. Geradezu demonstrativ hat beispielsweise die dänische Regierung auf die schleswig-holsteinischen Kürzungen mit einer Überprüfung und dann Verwirklichung der Gleichstellung der deutschen Minderheitsschüler reagiert, anstatt Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Auch die Diskriminierung der dänischen Minderheitsschüler wird letztlich fallen müssen. Es ist nicht akzeptabel, dass inzwischen fast zwei Drittel aller Leistungen für die deutsche und die dänische Minderheit von Dänemark aufgebracht werden, hier stehen Bund und Land gleichermaßen in der Verantwortung.

Wie geht es weiter?

Die Entwicklung der letzten Jahre hat zweierlei gezeigt: Die Zusammenarbeit über die Grenze(n) hinweg wird immer selbstverständlicher, es gibt immer mehr alltägliche Kontakte, gegenseitiges Interesse, eine gestiegene Anzahl an Grenzpendlern, ja sogar allmählich ein stärkeres Bewusstsein für die gemeinsame Ver-

antwortung. Allmählich scheint also auch die Grenze in den Köpfen durchlässiger zu werden. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Anlass zur Besorgnis, denn auf manchen wichtigen Feldern tut sich nach wie vor wenig oder es gibt sogar Rückschritte. Manche Lippenbekenntnisse erweisen sich als schnelllebig, wenn es um die Umsetzung in die Wirklichkeit geht. Und überhaupt lässt sich feststellen, dass die Kluft zwischen den Anhängern eher traditionalistischer nationaler Ideale einerseits und jenen eines weiteren Ausbaus grenzüberschreitender und europaweiter Zusammenarbeit wieder tiefer wird.

Umso wichtiger ist es, dass weitere Zeichen gesetzt und Taten vollbracht werden, damit es in der Region weiter vorangeht. Das gilt gleichermaßen für gemeinsame Vorhaben wie auch für Beschlüsse, die ohne Erwartung einer unmittelbaren Gegenleistung der jeweils anderen Seite gefasst werden. Natürlich sollte man es auch nicht übertreiben und gewisse Symbole überstrapazieren, die irgendwann nicht mehr mit Leben gefüllt werden können. Nehmen wir das Beispiel Düppel: Ich frage mich schon, ob die Idee eines Versöhnungsdenkmal etwa mit einem symbolischen Händedruck³⁴ nicht doch zu viel des Guten wäre. Wie wäre es mit einem einfachen Denkmal z. B. in Form einer Stele, die man mit den wichtigsten historischen Informationen und einer einfachen Friedensbotschaft versehen könnte, und gleichartige Objekte könnten an anderen wichtigen Schlachtorten von 1864 beiderseits der heutigen Grenze entstehen, namentlich bei Arnkiel, Oeversee/Sankelmark und Missunde, vielleicht auch bei Schauplätzen des ersten Krieges 1848-50 wie Fredericia, Bau/Flensburger Neustadt, Friedrichstadt und Idstedt. Erst wenn das letzte nationalistische Pathos von diesen Stätten gewichen ist, werden die Toten von 1864 (und 1848-50) endgültig Frieden haben, weil wir erst dann die richtigen Lehren aus dem aus heutiger Sicht so sinnlosen Tod dieser Menschen gezogen haben – und da sind wir angesichts der fortschreitenden Entmystifizierung dieser Stätten auf einem guten Wege.

Vor allem aber darf man den baldigen 150. Jahrestag der Schlacht von Düppel nicht ungenutzt verstreichen lassen. Hier sollten nicht nur regionale Politiker, sondern die Regierungschefinnen beider Staaten ein Zeichen setzen.³⁵ Von deutscher Seite wäre dies auch eine nicht zu unterschätzende Geste, dass man den kleinen Nachbarn im Norden ernst nimmt, denn das ungleiche Größenverhältnis ist auch – und gerade – im zusammenwachsenden Europa noch immer eine Hauptsorge.

Alles Bemühen in der Region kann jedoch leicht wieder konterkariert werden, wenn es nicht gelingt, dem zuletzt arg geschwächten europäischen Geist wieder neues Leben einzuhauchen. „Der Nationalstaat ist nicht am Ende. Wer aber glaubt, die Zukunft allein mit ihm meistern zu können, der lebt in einer vergangenen Zeit. Die wichtigsten Aufgaben kann heute keine Nation mehr allein lösen. Die modernen Systeme denken und funktionieren nicht national. Dies gilt für die



Abb. 5 Kartendarstellung der Region Søndersjylland-Schleswig mit Ortsnamen ausschließlich in der Staatssprache und mit scharfer Abgrenzung zu den Nachbargebieten

Sicherheit und die Ökologie, für die Wirtschaft und die Energie, für den Verkehr und die Kommunikation. Souveränität in unserer Zeit bedeutet Mitwirkung in der Gemeinschaft der Staaten.“³⁶ Diese Worte Richard von Weizsäckers, gesprochen am Tag der Vereinigung zum heutigen deutschen Nationalstaat, sind heute so aktuell wie vor 21 Jahren.

Für die Zukunft unserer Region beiderseits der Grenze, die einmal das Herzogtum Schleswig war, wird das Hauptproblem auch noch auf lange Sicht sein, wie man dieses Gebiet in einer globalisierten Welt attraktiv und lebenswert erhält und entwickelt. Dem demografischen Wandel muss man sich stellen, und auch hier gibt es in der Region schon bemerkenswerte Ansätze.³⁷ Dass der Erhalt der kulturellen Vielfalt und die Aufhebung der Grenze in den Köpfen sowie aller Barrierefunktionen eben jener deutsch-dänischen Grenze dafür von entscheidender Wichtigkeit ist, habe ich oben ausgeführt. Wenn man die Besonderheiten der deutsch-dänischen Region bewahren und den Standort für Wirtschaft und Bewohner attraktiver machen will, muss man grenzüberschreitend an einem Strang ziehen und sich gemeinsam Gehör verschaffen. Dies ist den meisten Verantwortlichen längst bewusst geworden, und es gibt neben einigen Erfolgen viele weitere hoffnungsvolle Ansätze, die in unserer schnelllebigen Zeit ebenso schnell wie nachhaltig zur weiteren Verbesserung der Lage beitragen mögen. Die soeben überstandene Farce um neue Grenzkontrollen und die noch zu überwindende Diskriminierung dänischer Minderheitsschüler stehen aber auch als deutliche Warnsignale dafür, wie viel und wie schnell und unerwartet ein „Handstreich“ von oben so manches mühsam Erreichte und Aufgebaute wieder gefährden kann – nicht nur durch materielle Folgeverluste, sondern vor allem auch durch die Beeinträchtigung des gegenseitigen Vertrauens.

Entscheidend ist und bleibt, dass man alles dafür tut, um das schleswigsche Grenzland als lebenswerte Region zu bewahren und zu erhalten. Das ist die eigentliche Herausforderung, damit das Gebiet nicht im Konkurrenzkampf zwischen Metropolen und aufstrebenden Regionen ins Hintertreffen gerät und am Ende völlig in der Peripherie verschwindet und vor allem von jungen und qualifizierten Kräften verlassen wird. Wirtschaftliche, wissenschaftliche, soziale und kulturelle Förderung müssen dabei Hand in Hand gehen, und man muss die Stärken und Besonderheiten dieser Region noch viel stärker beiderseits der Grenze und darüber hinaus vermarkten. Gerne wird das Land als Brücke zwischen Nord- und Mitteleuropa dargestellt. Nun ist eine Brücke durchaus ein nettes, inzwischen aber auch etwas überstrapaziertes Symbol – und Brücken haben den Nachteil, dass sie aufwändig errichtet und instand gehalten werden müssen und dass man *auf* ihnen selbst nicht viel bauen kann. Wichtiger ist, dass nun auch die letzten Gräben des Nationalismus zugeschüttet werden (zumal die einst künstlich aufgerissenen und verbreiterten). Dann wird man einen festen Grund haben, um ein

solides Fundament für dauerhafte Zusammenarbeit legen zu können. Möge der darauf zu errichtende schleswigsche Flügel des europäischen Hauses in solider deutsch-dänischer Konstruktion dann auch künftig sowohl ein guter Kommunikationsraum als auch eine komfortable Wohnstube sein.

Anmerkungen

- 1 Gerret L. Schlaber: Die Grenze in den Köpfen, in: GFH 3/2001, S. 189 ff. Weitere Beiträge in den GFH 4/2003, S. 263 ff.; 2/2004, S. 111 f. (mit Carsten Porskrog Rasmussen); 1/2005, S. 45 ff.; 4/2005, S. 275 ff.; 3/2006, S. 181 ff.; 3/2008, S. 341 ff.
- 2 Jørgen Kühl im Interview: Jörn-Peter Leppien u. Gerret Liebing Schlaber: Ein neues dänisches Gymnasium für Südschleswig, in: GFH 4/2008, S. 409.
- 3 Martin Kayenburg: Minderheiten – ein Standortfaktor, in: GFH 2/2008, S. 121-126. Zum Thema Mehrfachidentität sei noch auf den bemerkenswerten, noch heute aktuellen Beitrag des damaligen Schweizer Botschafters in Dänemark im GFH 2/1998, S. 101-106 hingewiesen.
- 4 Der Zulauf zu Minderheiteneinrichtungen ist nicht selten aber auch ein Ausdruck des Misstrauens in das öffentliche Bildungssystem. Dass die deutschen Einrichtungen in Nordschleswig einen viel geringeren Zulauf aus der Mehrheitsbevölkerung haben als ihre dänisch-südschleswigschen Pendanten, mag einerseits daran liegen, dass man in Dänemark gegenüber allem Deutschen im allgemeinen und dem deutschen Bildungssystem im besonderen skeptischer ist, als es südlich der Grenze unter umgekehrten Vorzeichen der Fall ist. Andererseits spiegelt sich hierin aber auch die wesentlich höhere Bedeutung privater Schulen in Dänemark als zusätzliche Alternative wider. Beispielsweise reagierten die Bewohner des Dorfes Hølebüll nördlich von Flensburg auf die Schließung ihrer Schule mit der Gründung einer Freischule – im bisherigen Schulgebäude.
- 5 Auch wenn sie offiziell privatrechtlich organisiert sind, ist nicht zuletzt die finanzielle Grundlage der Minderheitenschulen eine öffentlich-rechtliche, und aufgrund ihrer Alternativlosigkeit für die Minderheiten werden sie von diesen auch als öffentliche Schulen empfunden.
- 6 Anke Spoorendonk: L 98 – Sydslesvigløven, in: GFH 2/2010, S. 151 ff. Siehe zudem GFH 1/2009, S. 58 und GFH 4/2009, S. 268.
- 7 Seit Ende der 1980er Jahre ist die Zahl der Sprecher in der Lausitz auf etwa 20.000 halbiert worden! Vgl. Ludwig Elle: Die Lausitzer Sorben 2011, in: Nordfriesland 175, 2011, S. 22.
- 8 „Der Deutsche darf nicht der Dumme sein“, in: Der Nordschleswiger, 14.5.2011.
- 9 Das Højere Forberedelseseksamen ist eine zweijährige, kompakte gymnasiale Ausbildung, die den Weg zu vielen Studiengängen bahnt und dabei weniger aufwändig zu betreiben ist als ein Voll-Abitur (Studentereksamen).
- 10 GFH 2/2011, S. 154.
- 11 Harro Hallmann: Die Finanzierung von Minderheiten am Beispiel der deutschen

- Volksgruppe in Dänemark, in: GFH 1/2011, S. 53 ff.; GFH 3/2010, S. 239.
- 12 www.witaj-sprachzentrum.de
 - 13 Claus Ib Olsen: Jensen og Klein på pilgrimsrejse. Kopenhagen 2008, S. 92.
 - 14 Sampler-Generationen. Interview med Gabriel Bier Gislason, in: Weekendavisen, 23.1.2004, ist ein besonders gutes Beispiel. Ein seinerzeit 14-Jähriger berichtet hier eindrucksvoll, wie er aus verschiedensten Impulsen, Eindrücken und Interessen seine eigene Identität zusammensammelt und findet. Überhaupt ist der Individualismus prägend für die heutige Gesellschaft, in der die Gruppenbindung flexibler und lockerer ist und wo vorgegebene Muster wie die Nationalität nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Man denke nur an heutige soziale Medien und Netzwerke, die sich schon lange nicht mehr an Staats- und Sprachgrenzen orientieren.
 - 15 H.E. Sørensen: Tosprogede vej- og byskilte i Sønderjylland. En kommenteret citatmosaik fra debatten i de sønderjyske medier 2007-2008, in: Sønderjyske Årbøger 2008, S. 232-233. Der Publizist befand, dass deutsche Zusätze auf Ortstafeln „kan næppe være rimeligt over for flertalsbefolkningen, der jo dog udgør over 95 Prozent“ (können kaum angemessen gegenüber einer über 95 Prozent ausmachenden Mehrheitsbevölkerung sein), und empfand den Vorschlag als solchen schon als „et symptom på det mindreværds kompleks, som et meget lille mindretal næsten pr. naturlov må føle over for et talmæssigt stærkt dominerende flertal“ (ein Symptom für den Minderwertigkeitskomplex, den eine sehr kleine Minderheit geradezu naturgemäß gegenüber einer zahlenmäßig stark dominierenden Mehrheit fühlen muss).
 - 16 „Minderheiten ein noch nicht ganz begriffener Schatz“, in: Flensburg Avis, 4.12.2008.
 - 17 Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München¹³ 2010, u.a. S. 349 ff.
 - 18 Ein Grund dafür, dass gerade dieses Thema die allgemeine Sympathie für Dänemark ins Gegenteil verkehren liess, dürfte nicht zuletzt die bittere Erfahrung mit der bisher wohl schlimmsten und undurchlässigsten Grenze der Geschichte sein, nämlich der innerdeutschen Grenze mit der Berliner Mauer bis 1989.
 - 19 Artur Christiansen: Die Reproduktion der dänischen Minderheit im 21. Jahrhundert. Tønning 2008, S. 240. – Weitere Beispiele bei Gerret L. Schlaber: Aushängeschilder oder Provokation?, in: GFH 4/2007, S. 272 und 274.
 - 20 Als Beispiele seien genannt: Danskerhad spøger, in: Flensburg Avis, 11.11.2010. In einem Leserbrief, den die Zeitung nicht bringen wollte, hatte ein nicht anonymer Verfasser aus dem Kreis Schleswig-Flensburg u.a. an die „uns verhassten Minderheitenkämpfer, Schmarotzer und Verführer“ geschrieben: „Unsere Landesregierung sollte alle Zuschüsse einstellen und damit diesen erbärmlichen Sumpf austrocknen. Wir Deutschen brauchen euch nicht, es gibt kein dänisches Kulturerbe, Sitten und Gebräuche oder Geschichte, von denen es Notiz zu nehmen lohnt.“ – Ein Gegenbeispiel fand sich jüngst im Feuilleton „Freden over Dybbøl“ des Haderslebener Hans Jakob Hansen (Flensburg Avis, 20.8.2011). Dieser behauptet, in Verkennung historischer Tatsachen, dass im Laufe der Zeit Dänemark ständig von Süden her angegriffen worden sei, und zwar von verschiedenen Stammesgruppen, dann von deutschen Teilstaaten oder von ganz Deutschland. „Derfor har Tyskland indtil nu altid været vores fjender“ (Deshalb ist Deutschland bisher immer unser Feind gewesen),

folgert Hansen, der auch in heutiger, versöhnlicher Zeit immer wieder „Provokationen von deutscher Seite“ (und nur von dieser) ausmacht: Die Kritik an „Danmarks grænsekontrol“ und die sehr zurückhaltende Antwort der deutschen Pastorin in Hadersleben, Christa Hansen, auf eine Zeitungsanfrage zum Vorschlag deutscher Teilnahme am Lichterfest (s.u. Anm. 25) sind für ihn „et udtryk for det gamle tyske herrefolks ringeagt over for Danmark og danskerne“ (Ausdruck für die alte Geringschätzung des deutschen Herrenvolks gegenüber Dänemark und den Dänen). – Solche Tiraden, die von Unbelehrbarkeit und Unverständnis sowie vom noch immer verbreiteten David-Goliath-Komplex zeugen, brechen sich leider auch heute nicht selten Bahn in den Medien.

- 21 Mehr hierzu in GFH 2/2011, S. 143.
- 22 Als Beispiel genannt sei Poul-Erik Thomsen: Tag ikke fejl af navnet, Leitartikel in Jyd-ske Vestkysten, 15.6.2011.
- 23 Ole Knudsen: Ordsprog fra hele verden. Kopenhagen: Gyldendal 2005, S. 298. Im Original heißt es: „Al vor fortræd er tysk“ bzw. „Tyskeren er danskeren aldrig god.“
- 24 Alle genannten Konflikte wurden in den GFH zum jeweiligen Zeitpunkt thematisiert.
- 25 Als Beispiel genannt sei hier die Kritik der JV-Redakteurin Inger Rogat Møller am Vorschlag, künftig Bundeswehrsoldaten beim Haderslebener Lichterfest zum Gedenken an das Kriegsende 1945 teilnehmen zu lassen: „For vi behøver altså ikke invitere naboerne med til familiefesten. [...] Danmark er et lille land, og lige som mange andre små lande lever vi i skyggen af store lande som Tyskland. Det betyder, at vores identitet og kulturarv er under pres“ (Denn wir müssen also nicht die Nachbarn zum Familienfest einladen. [...] Dänemark ist ein kleines Land, und wie viele andere kleine Länder leben wir im Schatten großer Länder wie Deutschland. Das bedeutet, dass unsere Identität und unser Kulturerbe unter Druck stehen), heißt es in ihrem Kommentar, der jedoch im Übrigen sehr sachlich ist und auf die alten Klischees komplett verzichtet, aber wieder einmal den verbreiteten David-Goliath-Komplex ausdrückt. Zudem steht er im Zusammenhang mit einem sachlichen Bericht über besagte Gedenkfeier und dem Kommentar eines Kollegen, der sich für die Teilnahme deutscher Soldaten ausspricht, in: Skal tyskerne med til Lysfesten næste år?, in: JV (Hadersleben), 6.5.2011.
- 26 Samuel P. Huntington: The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. London: Touchstone 1996. Übersichtskarte S. 26-27. Dem Westen (Nordamerika, Australien, nicht christlich-orthodoxes Europa) ständen demnach je ein christlich-orthodoxer, lateinamerikanischer, afrikanischer, islamischer, chinesischer, hinduistischer, buddhistischer und japanischer Kulturkreis gegenüber. Huntingtons seither viel diskutierte Thesen erschienen erstmals 1993 in der Fachzeitschrift Foreign Affairs, nicht zuletzt als Reaktion auf Francis Fukuyamas nicht minder kontrovers diskutierte These vom „Ende der Geschichte“ in dem Sinne, dass am Ende alle sich der westlichen Demokratie und Marktwirtschaft anpassen werden.
- 27 Zitiert nach Richard von Weizsäcker: Der Weg zur Einheit. Stuttgart 2011, S. 193.
- 28 Abgesehen von der schwierigen sprachlichen Verständigung (erst recht in Bezug auf Island und Finnland) gibt es gerade zwischen Dänemark und Schweden oft Animositäten. Die drei anderen empfinden die beiden früher dominierenden nordischen Kö-

nigreiche mitunter als frühere Kolonialmächte, und nicht zuletzt in der Europapolitik gibt es erhebliche Unterschiede.

- 29 Anette Jensen: Først nordisk, så dansk, in: Grænsen 4/2011, S. 14-15.
- 30 „Ein einziges Debakel“, in: Spiegel-online 29.8.2011.
- 31 Internationale Fahrkarten selbst zu Zielen kurz hinter der Grenze kauft man in Rothenkrug und Woyens am sichersten über das Internet, da der Automat längst nicht alle Ziele anbietet und der Kiosk nur wenige Stunden am Tag geöffnet ist. Direkt am Bahnsteig durchfahrende Güterzüge werden nicht einmal angesagt, was beim Warten auf den nächsten Personenzug durchaus gefährlich werden kann.
- 32 „Die Dänen bauen lieber flach, Deutsche müssen hoch hinaus“, in: Flensburger Tageblatt, 11.12.2010, verantwortet von JV. Hier wurden nicht nur angebliche nationale Prämissen, sondern auch klein- und großstädtische Verhältnisse miteinander verglichen.
- 33 Caroline Schwarz: Bund soll dänische Schulen weiter fördern, in: Flensburger Tageblatt, 23.7.2011.
- 34 Der Vorschlag, die Versöhnung durch einen Händedruck zu versinnbildlichen, erinnert zudem auf fatale Weise an das Parteiemblem der SED.
- 35 Hier sei an den nachhaltigen Erfolg erinnert, den Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Präsident François Mitterand mit ihrem gemeinsamen Auftritt am 22.9.1984 an der Gedenkstätte von Verdun hatten, der verheerendsten Schlacht des Ersten Weltkriegs mit hunderttausenden getöteten deutschen und französischen Soldaten.
- 36 Richard von Weizsäcker: Rede vom 3. Oktober 1990, in: Ders.: Der Weg zur Einheit. Stuttgart 2011, S. 213.
- 37 Dieter Harsen: Masterplan Daseinsvorsorge, in: Nordfriesland 175, 2011, S. 28-29.

„Sind Gleichbehandlung und Gleichberechtigung Luxus?“

Begrüßungsrede des Präsidenten der Föderation Europäischer Volksgruppen beim diesjährigen Jahreskongress

von HANS HEINRICH HANSEN

Die seit einigen Jahren anhaltende weltweite Finanzkrise, die in Europa bei vielen Menschen Zweifel an der derzeitigen Form der europäischen Zusammenarbeit gesät hat, macht auch vor den zahlreichen nationalen Minderheiten nicht halt, denen immerhin etwa jeder siebte EU-Bürger angehört. Beim Jahreskongress der Föderation Europäischer Volksgruppen (FUEV) vom 1. bis 4. Juni 2011 in Eisenstadt, der Hauptstadt des österreichischen Burgenlandes, wo es eine alt-ingesessene kroatische Volksgruppe gibt, zog der Präsident des Zusammenschlusses der allermeisten europäischen Volksgruppen, die in ihrem Staat nicht die Mehrheit bilden, eine kritische Zwischenbilanz zum aktuellen Stand der Dinge in der europäischen Minderheitenpolitik. Dabei ging der frühere Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger auch auf die Lage im deutsch-dänischen Grenzland ein. Im Folgenden geben wir den Wortlaut der Rede ungekürzt wieder.

Die Redaktion

Ich freue mich, Sie alle hier in dem wunderschönen Städtchen Eisenstadt im Burgenland begrüßen zu dürfen. Ich danke den Burgenländer Kroaten für diese Einladung und unserer Mitgliedsorganisation HKD, Hrvatsko Kulturno Drustvo, für den Einsatz, den sie vor Ort geleistet hat, um diesem Kongress den passenden Rahmen zu geben. Dank Ihnen, Herr Dr. Horvath, für die freundlichen Worte zur Begrüßung. Es gibt auf diesem Kongress vielen zu danken – stellvertretend für alle vor und hinter den Kulissen danken wir der Wirtschaftskammer und dem Land Burgenland für die Unterstützung, finanziell wie ideell. Wir werden uns bei Ihnen wohlfühlen, da bin ich sicher.

Mehr als nur eine Finanzkrise

Europa befindet sich seit einigen Jahren in einer Krise, die wir mangels einer besseren Bezeichnung Finanzkrise nennen. In Wahrheit, habe ich das Gefühl,

befinden wir uns schon länger in einer weltweiten Systemkrise und nähern uns vielleicht sogar dem Systemkollaps. Die Politik schwächelt, die Wirtschaft und das Geld scheinen den Weg zu bestimmen. Fortschritt ist nicht mehr das Allheilmittel – wir sind an den Grenzen des Wachstums angelangt, und die Bürger merken zusehends, dass die repräsentative Demokratie ihre Begrenzungen und die Politik auch nicht die rechten Antworten auf drängende Fragen nach der Zukunft hat. Die Bürger zeigen, dass sie mündig geworden sind. In Deutschland demonstrieren sie gegen Atomkraftwerke und überdimensionierte Bauvorhaben. Konservative und Linke gehen zusammen auf die Straße. In einigen arabischen Ländern um das Mittelmeer proben Bürger den Aufstand gegen die Machthaber, die sie jahrzehntelang unter der Knute gehalten haben. Einige meinen, die Welt sei aus den Fugen geraten. Für uns sind das Hoffungszeichen, denn sie zeigen, dass die Bürger die Dinge in ihre eigenen Hände nehmen und sich als gemeinsames Ganzes verstehen. Das wiederum könnte dazu führen, dass die Politik sich endlich Gedanken darüber macht, wie sie ihre eigenen Pläne in den Kopenhagener Kriterien, eine Einbindung der Zivilgesellschaft in die politischen Entscheidungen, umsetzen kann. Ich sehe darin eine Chance, dass eine Nicht-Regierungsorganisation wie die FUEV, die sich über 60 Jahre mit großem Engagement ehrenamtlich für die Interessen der Minderheiten in Europa eingesetzt hat, zukünftig ernster genommen wird.

Gefahren mangelnder Gleichberechtigung

Noch einmal: Man nennt es die Finanzkrise, und diese ist schon schlimm genug, aber es ist weitaus mehr: Es ist eine Werte- und Sinnkrise. Die FUEV ist ein Sammelbecken für verschiedene Kulturen, ist Ausdruck der europäischen Vielfalt, ist selber ein Stück Europa, ist in sich ein Stück Potentialität und Vision. Die FUEV, obwohl sie sich aus nationalen Minderheiten und kleinen und kleinsten Sprachgruppen in Europa zusammensetzt, huldigt keinem Nationalismus, sondern ist in ihrer Substanz weltoffen und liberal. Wir erleben es in meinem Heimatland Dänemark: Nationalismus hat die Tendenz, gewisse Bevölkerungsgruppen auszugrenzen, und meistens trifft das die Schwächsten einer Gesellschaft. Wie fragil die Lage in Krisensituationen ist, kann ich am Beispiel des Minderheitenmodells Deutsch-Dänisches Grenzland beleuchten. Die Stärke dieses Modells war, dass Beschlüsse bezüglich der Minderheiten nach einem Dialog mit Entscheidungsträgern von Mehrheit und Minderheit in Kontaktausschüssen getroffen wurden – und das in der Regel im Konsens. Dies hat sich seit dem Herbst 2010 geändert. Deutschland hat seinen Teil der 1955 von beiden Staaten abgegebenen, in ihrer Substanz gleichlautenden Bonn-Kopenhagener Erklärungen einseitig aufgekündigt. Das bedeutet, dass Dänemark jetzt mehr als 70 Prozent



Abb. 1 FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen bei seiner Eröffnungsrede während des Kongresses im burgenländischen Eisenstadt

der gesamten Ausgaben für die Minderheiten in der Grenzregion finanziert. Dabei geht es noch nicht einmal so sehr und nur um das Geld, sondern es geht in eben solchem Maße um die Gleichbehandlung und damit um einen Wert, der in Vergessenheit zu geraten droht. Sind Gleichbehandlung und Gleichberechtigung Luxus, ist man versucht zu fragen, sind das Werte, die man in Krisenzeiten außer Kraft setzen kann? Oder sind sie nicht vielmehr ein unverzichtbares Fundament einer jeden funktionierenden Gemeinschaft?

Wir erleben schon wieder, wie Minderheiten von Politikern für die eigene Sache instrumentalisiert werden. Dabei wissen wir, dass zufriedene Minderheiten, deren Zufriedenheit bisher jedenfalls nicht nur auf Gleichberechtigung, sondern auch auf Gleichwertigkeit beruht, eine Region stabilisieren. Es trägt nicht nur zur kulturellen Vielfalt bei, es erhöht auch das intellektuelle Niveau der Gesellschaft.

Wie hat der deutsche Politiker Heiner Geissler vor kurzem gesagt, als er zu den Nichtregierungsorganisationen gefragt wurde: Eine Nichtregierungsorganisation muss, um die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Vertretern der Parlamente und Regierungen vertreten zu können, mit den gleichen Mitteln ausgestattet werden wie diese. Das ist Demokratie, und für diese Gleichstellung arbeiten wir. Warum ist dieses für Politiker der Mehrheitsbevölkerung in vielen Staaten so schwer zu verstehen?



Abb. 2
FUEV-Präsident
Hans Heinrich Hansen,
der frühere Hauptvorsitzende
des Bundes Deutscher
Nordschleswiger

Es ist für mich unzweifelhaft, dass die demokratische Struktur der FUEV für ihr Überleben als Minderheitendachorganisation entscheidend gewesen ist und dass unsere Mitgliedsbeiträge eine gewisse Unabhängigkeit sichern. Wenn Zuschüsse allerdings wegfallen, wird es für alle schwierig, und man fragt sich noch mehr: Was habe ich von meiner Mitgliedschaft? Wir wissen also um die Nöte unserer Mitgliederorganisationen. Aber: Wir sind eine Solidargemeinschaft und versuchen, auch diese Herausforderung gemeinsam zu meistern.

Der Status der Föderation Europäischer Volksgruppen

Die FUEV hat das Ziel, dass die Interessen unserer Mitgliedsorganisationen von den Regierungen der Länder wahrgenommen werden. Wir bemühen uns, trotz der vornehmen Zurückhaltung unserer Förderer, diesem Ziel Rechnung zu tragen.

- Wir freuen uns darüber, dass es uns gelungen ist, in den vergangenen drei Jahren neue Gelder für unsere Organisation zu gewinnen, um damit ausgefallene Förderungen fast wieder gutzumachen.
- Wir können mit Genugtuung feststellen, dass wir als Experten immer öfter zu Rate gezogen werden. Das mag die einzelne Mitgliedsorganisation vielleicht nicht so spüren, aber ich hoffe, dass die EU es spürt und uns als Nichtregierungsorganisation nicht nur wahrnimmt, sondern uns auch fördern wird. Vor

wenigen Tagen konnten wir auch dieses Thema bei einem Gespräch mit der Kommissarin für Menschenrechtsfragen bei der EU, Viviane Redding, in Brüssel vertiefen.

- Das Ansehen der FUEV nimmt zu, es zeigt sich immer größeres Interesse an unserer Organisation. So waren wir auf dem Balkan von der EU und dem Europarat, in Kasachstan von der OSZE und in Ungarn anlässlich der Übernahme der EU-Präsidentschaft als Konferenzteilnehmer eingeladen.
- Als besondere Anerkennung empfinden wir, dass Dänemark durch einen gemeinsamen Einsatz von FUEV und dänischer Minderheit die FUEV aufgefordert hat, ein Konzept für ein Kompetenzzentrum und eine Denkwerkstatt für Minderheiten zu erarbeiten.
- Am Rande unseres Kongresses werden Gespräche mit hochrangigen Vertretern im Bereich der Sprachenvielfalt von der NLPD (Network to promote linguistic diversity) des EBLUL (European Bureau for Lesser Used Languages) mit den leitenden Vertretern unseres eigenen FUEV-Sprachennetzwerks RML2future stattfinden.

Freiheit und Dialog

Wir alle wollen Freiheit und Demokratie. Aber die Freiheit, die ich für mich beanspruche, muss ich auch meinen Mitmenschen gewähren, und schon merke ich, dass meine Freiheit Grenzen hat. Demokratie heißt Dialog, Dialog auf Augenhöhe, Auseinandersetzung über die Gestaltung der Gesellschaft.

Wollen wir nicht als Folklore enden, müssen wir auch zu aktuellen Themen Stellung nehmen und Europa mitgestalten wollen. Wir, und damit meine ich uns alle in der FUEV, müssen uns zu politischen Themen wie Immigration, Diskriminierung und der Zukunft Europas verhalten.

Nach der Verhaftung des Schlächters von Srebrenica, Ratko Mladić, wird nun ein lange gesuchter Kriegsverbrecher eine gerechte Strafe bekommen, und die EU sieht nun die wichtigste ihrer Forderungen für eine Aufnahme Serbiens als erfüllt an. Gewalt muss gesühnt werden, weil sie menschenverachtend ist. Doch was wird geleistet, um die Entstehung dieser Gewalt, die Missachtung elementarer Minderheitenrechte und damit der Menschenrechte in den Staaten der EU effektiv zu unterbinden? Könnte man zum Beispiel nicht Mindestforderungen auf diesem Gebiet an Staaten stellen, die die solidarische Hilfe anderer Mitgliedsstaaten für sich beanspruchen, wenn sie selbstverschuldet in Not gekommen sind? Es freut uns, dass Ungarn aus Rumänien mit ihren Abgeordneten hier sind, um eine Initiative zu einer Volksbefragung auf europäischer Ebene vorzustellen.

Wir haben uns entschlossen, uns bei diesem Kongress der Roma-Problematik anzunehmen, nicht nur weil sie die meisten Länder Europas betrifft, sondern

auch weil wir meinen, dass die Roma autochthone nationale Minderheiten in ihren jeweiligen Ländern sind. Sie haben Recht auf den gleichen Schutz, den wir für uns beanspruchen.

Ich weiß, dass dieses Thema bei jedem von uns unterschiedliche Gefühle hervorruft. Ich weiß aber auch, dass der Mensch mit Verstand und auch mit Empathie ausgerüstet ist. Beides brauchen wir, um dieser Minderheit den Weg in die gesellschaftliche Gleichberechtigung zu ebnet und zu ermöglichen. Wir sollten unseren Beitrag dazu leisten, und wir haben dazu auch konkrete Vorschläge ausgearbeitet.

Minderheitenschutz ist mehr als Nichtdiskriminierung. Minderheitenschutz bedeutet:

- Anerkennung der kulturellen Vielfalt
- Schutz der Menschenwürde
- politische Partizipation
- Voraussetzung für Frieden und Sicherheit.

Lassen sie mich meine Einleitung zu unserem Kongress mit einer kleinen Geschichte von Rainer Maria Rilke beenden. Rilke beobachtete in Paris, wie eine Bettlerin jede ihr geschenkte Münze mit gesenktem Blick ohne Dank blitzschnell in ihre Tasche steckte. Einige Tage später ging er selber zur Bettlerin und schenkte ihr eine Rose. Die Frau bedankte sich mit einem Handkuss bei ihm und ging davon. Danach war sie drei Tage nicht auf ihrem Platz. Wovon hat die Frau diese drei Tage gelebt, fragte der Freund Rilkes. Rilke antwortete ihm: Von der Rose. Ich wünsche uns einen lebendigen, lebhaften und würdigen Kongress.

Dänische Grenzkontrollen waren das beherrschende Sommerthema

Die Übereinkunft der dänischen Regierungsparteien (Venstre und Konservative) mit der ihnen seit fast 10 Jahren als parlamentarischer Mehrheitsbeschaffer dienenden rechtspopulistischen Dansk Folkeparti (DF) zur Einführung fester Zollkontrollen an der Staatsgrenze hat seit Anfang Mai für viel Wirbel sowohl im Grenzland als auch im deutsch-dänischen Verhältnis gesorgt. Darüber haben wir in der letzten Ausgabe ausführlich berichtet (GFH 2/2011, S. 133-145). Auch im dritten Viertel des Jahres blieb die Kontroverse ein Dauerthema, doch hat sich durch die Folketingswahlen am 15.9.2011 inzwischen eine neue Situation ergeben.

Beim Redaktionsschluss der Sommerausgabe der Grenzfriedenshefte (23. Juni) hatte man den Eindruck, dass es Staatsminister Lars Løkke Rasmussen gelungen war, wichtige Zusammenarbeitspartner in Brüssel und Berlin davon zu überzeugen, dass sich Dänemark strikt an die Regeln des Schengener Abkommens halten werde (Løkke: Nu er misforståelserne af vejen i grænsesagen, Pol. 24.6.; Schnell durch Schengen, No 25.6.). EU-Kommissarin Cecilia Malmström war dann auch zuversichtlich, dass man zu einer einvernehmlichen Lösung kommen würde, zumal die Regierung zugesichert hatte, dass alle Schritte der Grenzmaßnahmen nach europäischen Übereinkünften geprüft werden sollten (EU-Chefs: Danmark har lyttet, Berlingske 25.6.).

Damit kehrte allerdings keine Ruhe im Konflikt um die Einrichtung neuer Zollkontrollanlagen an den dänischen Außengrenzen ein, denn unmittelbar danach warf der für den Zoll zuständige Steuerminister Peter Christensen Deutschland vor, in der Grenzfrage mit gespaltener Zunge zu sprechen, da man in der Nähe von Saarbrücken eine neue Grenzstation baue, die den geplanten Anlagen in Fröslee, Pattburg oder Krusau gleiche. Die deutsche Botschaft erklärte hierzu, dass jenes Gebäude nichts mit der Einführung irgendeiner Form von permanenten Grenzkontrollen zu tun habe; es handele sich um eine gemeinsame deutsch-französische Polizeistation als Stützpunkt für die gemeinsame Kriminalitätsbekämpfung. Nicht nur die Opposition war über diesen neuen Konfliktbeitrag empört; auch Flensburgs Oberbürgermeister Simon Faber äußerte in Politiken sein Befremden darüber, dass Christensen den Konflikt weiter in die Länge ziehe, und erklärte erneut, dass er andere Maßnahmen als permanente Grenzzollkontrollen als für die Kriminalitätsbekämpfung geeigneter halte (Regeringen lægger sig igen ud med Tyskland i grænsestriden, Pol 25.6.).

Nach wie vor setzten sich viele Teilnehmer der weiterhin heftigen Debatte mit teilweise markigen Worten in Szene. In der angesehenen Tageszeitung Kristeligt Dagblad brachte die Kolumnistin (und Gemeindepastorin an der bekannten Jesuskirche im Kopenhagener

Abkürzungen: Berlingske: Berlingske Tidende, FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung, FLA: Flensburg Avis, FT: Flensburger Tageblatt, JP: Jyllands-Posten, JV: Jydske Vestkysten, KD: Kristeligt Dagblad, No: Der Nordschleswiger, Pol: Politiken

Vorort Valby) Sørine Gotfredsen in einem Beitrag über Nationalgefühl und „die moderne europäische Seele“ in Bezug auf Aussagen des früheren Vorstandsvorsitzenden von Grundfos, Niels Due Jensen, der die Grenzkontrollen scharf kritisiert hatte, einen bemerkenswerten Satz: „Betyder det mon, at det er politisk korrekt passivt at lade sig overrende af kriminelle gæster fra EU's østlige slyngelstater?“ (Bedeutet das also, dass es politisch korrekt ist, sich von kriminellen Gästen aus den östlichen Schurkenstaaten der EU einfach überrennen zu lassen? – Behold Danmark i Europa: Hvordan tilhøre Europa uden at miste sig selv?, KD 18.6.). Ihrer Meinung nach ist die Aufregung der „Supereuropäer“ über die „bescheidenen Zollmaßnahmen“ ein Ausdruck dafür, dass ihre „antinationale Ideologie“ unter starkem Druck stehe. Neben der kritiklosen Übernahme des Schreckensszenarios, wonach Dänemark von ausländischen Kriminellen nur so überrannt wurde, war vor allem die Abfälligkeit gegenüber den noch neuen EU-Mitgliedern bemerkenswert, die Gotfredsen als „Schurkenstaaten“ auf Augenhöhe mit den schlimmsten Diktaturen verunglimpfte. In einer bemerkenswerten Replik verwies der in Berlin lebende dänische Philosoph Peter Tudvad nicht nur auf diese Diffamierung, sondern auch auf die Tatsache, dass gerade Staaten wie Polen, die es nach 1945 viel schwerer hatten als die nördlichen und westlichen Nachbarn, seit 1989 enorme Erfolge aufzuweisen hätten und dass man auch in Dänemark von ihnen lernen könne, „wo man sich offenbar einbildet, seinen Wohlstand allein aus eigener Kraft [und ohne die Hilfe der europäischen Zusammenarbeit] geschaffen zu haben“ (Hvem sagde slyngelstat? Mod nord i Europa bilder man sig åbenbart ind at have skabt sin velstand på egen hånd, KD 24.6.). Doch Gotfredsen stand mit ihrer Rhetorik keineswegs allein, denn auch DF-Chefin Pia Kjærsgaard bezeichnete Bulgarien und Rumänien als „to højkriminelle lande, hvor øst-mafiaen har snart sagt lige så meget indflydelse som landets politikere, og hvor skyderier i gaderne er hverdag, og korruption er et helt almindeligt fænomen“ (zwei hochkriminelle Länder, wo die Ost-Mafia, mit Verlaub gesagt, so viel Einfluss hat wie die Politiker, wo Schießereien auf der Straße zum Alltag gehören und wo Korruption allgegenwärtig ist). Deshalb sei der Traum von einem grenzenlosen Europa „zu einem Alptraum für die europäischen Bevölkerungen“ geworden (Et grænseløst Europa er blevet et mareridt, FIA 7.7.).

Nach wie vor wurden keine brauchbaren Zahlen über den angeblich dramatischen Anstieg der von osteuropäischen Kriminellen begangenen Straftaten in die Diskussion eingebracht. Erst Ende August erschien eine neue Kriminalitätsstatistik, die sogar seit 2007 leicht sinkende Zahlen namentlich bei Gewalt- und Eigentumsdelikten verzeichnet (Statistik-Gefühle, No 31.8.).

Inzwischen hatte die Grenzaffäre sogar weltweit Aufmerksamkeit erregt. Am 24.6.2011 brachte selbst die angesehene New York Times einen Beitrag unter der Überschrift „Denmark Leads Nationalist Challenge to Europe's open Borders“, in welchem vor allem die Rolle der DF erörtert wurde. Die Zeitung beschrieb die Angelegenheit als Demütigung für die Regierung und verwies auf die antieuropäischen Töne und die Sündenbock-Argumentation, wonach allein Ausländern die Schuld an der Kriminalität im Lande gegeben werde. Am gleichen Tag meldete sich Ex-Venstre-Parteichef Uffe Ellemann Jensen wie schon zwei Wochen zuvor mit einer drastischen Kritik zu Wort. Er bedauerte, dass ausgerechnet eines der am besten gegen die Krise geschützten Länder in einer Zeit wesentlicher Herausforderungen für Europa „seltsame Signale“ sende: Ein Land, „som i forvejen har

meldt sig ud af fællesskabet på en række områder, og har krævet undtagelser fra samarbejdet. Et land, hvis borgere insisterer på at kunne købe sommerhuse hos alle de andre, men som ikke selv vil lukke nogen ind. Et land, der ikke er med i den fælles valuta, forsvarssamarbejdet, det retslige samarbejde, politisamarbejdet osv. Og som nu til overflod begynder at kræve nye ordninger til beskyttelse af sine grænser – hvilket får nationalpopulistiske kræfter i resten af Europa til at øjne morgenluft og sige: Sådan en ordening vil vi også have. [...] Hvilket land? Rigtigt gættet: Danmark. Det er det dårligst tænkelige tidspunkt at skabe tvivl om de fælles løsninger – især fordi vi i forvejen opfattes som sære og forkælede af de andre“, ging der langjährige Außenminister hart mit seinen Landsleuten ins Gericht und stellte schließlich ironisch die ketzerische Frage, warum man sich nicht gleich ganz aus der EU herausmelde (Hvad med at melde Danmark ud af EU, Berlingske 24.6.). Auch darüber hinaus gab es fortwährend Kritik aus den eigenen Reihen der Regierungsparteien. Immer mehr Anhänger von Venstre und Konservativen gingen öffentlich auf Distanz zur DF, und nicht nur in Jydske Vestkysten fragte man, was von der einstigen Europapolitik der bürgerlichen Parteien noch übrig geblieben sei und ob es nicht endlich an der Zeit sei, die vier EU-Vorbehalte aufzugeben, damit Dänemark auch in diesen wichtigen Bereichen (darunter gerade die Justiz- und Polizei-Zusammenarbeit) voll mitwirken kann (EU er blevet til et borgerligt stedbarn, JV 25.6.).

Die offizielle Einführung der Kontrollen

Wie in der Woche zuvor geplant, kam es am 1. Juli zur entscheidenden Abstimmung im Folketing. Konnte das für die parlamentarische Mehrheit notwendige 90. Mandat, nämlich jenes des einzigen Abgeordneten der Kristeligt Folkeparti, erst nach einigen Zugeständnissen auf die Regierungsseite gezogen werden, gab es bei der entscheidenden Abstimmung ein angesichts der Bedeutung des Themas bemerkenswertes Ergebnis, nämlich 58:50 zugunsten der Grenzkontrollen – bei 179 Sitzen im Folketing. Formell wurde damit der Entschließungsantrag der Opposition abgelehnt, wonach der Finanzantrag der Regierung zur permanenten Grenzkontrolle abgewiesen werden sollte. Damit ging der Finanzantrag wie von der Regierung ursprünglich geplant als Aktennotiz („aktstykke“) in den Finanzausschuss, welcher die Mittel noch am gleichen Tag bewilligte. Der finanzpolitische Sprecher der Sozialdemokraten Morten Bødskov erklärte umgehend, dass das Vorhaben im Falle eines Regierungswechsels sofort zurückgenommen werde. Steuermminister Peter Christensen betonte hingegen, dass die feste Stationierung 50 neuer Zöllner nur der erste Schritt des Grenzkontrollkonzepts von Regierung und DF sei, welches Anfang 2014 komplett in die Tat umgesetzt werden sein solle (Folketing billigt neue ständige Zollkontrolle – auf Abruf, No 2.7.2011). Interessant war in diesem Zusammenhang die Meldung, dass lediglich 0,1-0,4 Prozent der Grenzpassanten kontrolliert werden sollten, was angeblich nicht einmal jedem tausendsten Grenzgänger entspricht (Nicht einmal jeder Tausendste wird kontrolliert, No 2.7.). Derweil erklärten sämtliche Parteien im schleswig-holsteinischen Landtag ihre Enttäuschung über den Beschluss, den MdB Wolfgang Börnsen als „herben Dämpfer“ für das Verhältnis der beiden befreundeten Staaten und als schweren und ernst zunehmenden Rückschritt für das geeinte Europa wertete (Enttäuschung in Schleswig-Holstein, No 2.7.).

In den Zeitungen des sh:z betonte Frank Jung, Redaktionsleiter bei den Schleswiger

Nachrichten, dass die stürmische Debatte seit dem Grenzbeschluss immerhin dazu geführt habe, dass die Kontrollen bei weitem nicht so schnell und nicht so breit ausgeführt werden könnten, „wie es die Regierung und ihre ultrarechte Mehrheitsbeschafferin dem Wahlvolk zunächst verkauft haben“. Zudem gebe der Vertrag von Schengen nur wenig Spielraum für feste Kontrollen, und an den Vertrag wolle Lars Løkke Rasmussen sich halten. Hart ging Jung mit der DF ins Gericht, unter Verweis auf deren zeitweise schrillen antideutschen und antieuropäischen Töne vor allem auf dem Höhepunkt der Kontroverse im Juni (GFH 2/2011, u. a. S. 142): „Unter internationaler Aufmerksamkeit haben sich die Rechtspopulisten damit nur selbst disqualifiziert. Endlich wurden aller Welt die Augen geöffnet, von welch zwielichtigen Gestalten sich das rechtsliberal-konservative Minderheitskabinett seit zehn Jahren zur Marionette machen lässt. Der Grenz-Irrsinn ist nicht ohne Ironie: Obwohl das Regierungslager damit besonders national agieren wollte, hat es Dänemark in Wirklichkeit einen Bärendienst erwiesen – das Ansehen des Landes ist auf einem Tiefpunkt angelangt.“ (Der Protest war nicht umsonst, FT 2.7.).

Mit dieser Einschätzung lag Jung nicht verkehrt, wenn man die Kommentare der Regierungen der Nachbarländer betrachtet. Bundesaußenminister Guido Westerwelle sah in den neuen Grenzkontrollen eine ernsthafte Gefahr für die europäische Zusammenarbeit (Ulykkesvarsel for Europa, Aufmacher in JP 5.7.), und auch der neue polnische EU-Ratsvorsitzende, Ministerpräsident Donald Tusk, zeigte in seiner Antrittsrede kein Verständnis für die neuen Kontrollen (Ny polsk EU-formand kritiserer Danmark, JP 7.7.). In Schweden gab es ebenfalls weiterhin Kritik, insbesondere aus der Region Schonen, etwa durch deren Vorsitzende Pia Kihult. Die allgemein als konservativ eingestufte größte dänische Tageszeitung Jyllands-Posten hatte bis zum 5. Juli allein in den dänischen Medien 1078 Beiträge zum Thema Grenzkontrolle seit Anfang Mai gezählt (Så kom grænsekontrollen, JP 6.7.), und anlässlich der Einführung sprach ihr Chefredakteur erneut von einer „Grenzfarce“: Dänemark stehe 2011 für die Sommerloch-Unterhaltung in den europäischen Medien, und die Regierung stehe zwischen zwei miteinander unvereinbaren Positionen. Pia Kjærsgaard habe den Staatsminister aufgefordert, Deutschland und Europa mit deutlichen Worten zur Raison zu bringen: „Statsministeren må vælge, om det er Europa eller Dansk Folkeparti, han vil sætte på plads. Må vi høfligt foreslå det sidste?“, schloss der Leitartikel mit deutlichen Worten („Der Staatsminister muss sich entscheiden, ob er Europa oder DF zur Raison bringen will. Dürfen wir in aller Höflichkeit letzteres vorschlagen?“ – Grænsefarce, JP 6.7.).

Als am 5. Juli die neu eingestellten Zöllner ihre Arbeit aufnahmen und die angeblich permanenten Kontrollen begannen, wurde dies zu einem europaweiten Medienereignis. Kurz nach 10 Uhr nahmen die ersten Zollbeamten der Mobilen Gruppe ihre Arbeit auf, einstweilen jedoch nur am Autobahnübergang Ellund-Frøslee, dort aber in Anwesenheit von etwa 50 Reportern aus ganz Europa. Bei den nur dreistündigen stichprobenartigen Kontrollen, die etwa 4 von 1000 Autos betrafen (also jedes 250.), ging am ersten Tag jedoch kein Schmuggler ins Netz (Reporterstau – viel Rummel um wenige Zöllner, FT 6.7.).

Für Aufsehen sorgte am ersten Kontrolltag viel mehr der hessische Europaminister und Stellvertreter des dortigen Ministerpräsidenten Jörg-Uwe Hahn mit der Aussage: „Wenn Dänemark zur Urlaubszeit wieder Grenzkontrollen einführt, kann ich nur dazu raten, auf

der Stelle umzudrehen und lieber in Österreich oder Polen Urlaub zu machen.“ Dafür erntete der FDP-Politiker nicht nur bei seinen deutschen Amtskollegen Unverständnis, die seinen Antrag auf eine Resolution zur Verurteilung der Grenzkontrollen dann auch weitgehend verwarfen. Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jost de Jager wollte sich „aus Gründen der guten Nachbarschaft zu Dänemark [...] gegen solchen Populismus verwehren“. In Dänemark reagierten Gegner wie Befürworter der Grenzkontrollen mit Unverständnis. DF-Mann Søren Espersen nannte Hahns Äußerung die „Aussage eines allein stehenden fanatischen Extremisten“ (Dänische Kontrolle – deutscher Protest, FT 6.7.). Im Übrigen hat es wegen der Kontrollen nur vereinzelte Stornierungen deutscher Dänemark-Urlauber gegeben (Beliebtes Urlaubsland, FT 6.7.), und Umfragen in einigen deutschen Printmedien ergaben durchaus Zustimmung zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen auch in Deutschland (Bild 78 Prozent, Stern 64 Prozent, laut JP 6.7., „Tyske ministre skændes om Danmark“).

Erneute Kritik der EU

Vertreter der EU-Kommission kamen daraufhin zu einem Inspektionsbesuch nach Kopenhagen und an die deutsch-dänische Grenze, fanden dort allerdings keine Kontrollen vor. Die Regierung hat laut Steuerminister Christensen der Kommission auch mitgeteilt, dass am vorgesehenen Tag keine Kontrollen stattfinden würden. Kommissarin Malmström erklärte danach, dass es nach wie vor viele Fragen an Dänemark gebe. Insbesondere fehle ein klarer Nachweis für die Notwendigkeit verschärfter Kontrollen. Und: Eine hinreichende Rechtfertigung für die verstärkten Kontrollen hätten die Experten von den dänischen Behörden nicht erhalten, kritisierte die EU-Binnenkommissarin Cecilia Malmström am Montag. Der Bericht der Brüsseler Kontrollen-Kontrolleure fiel dann auch verheerend aus, demnach verliefen die Maßnahmen bislang chaotisch. „Die Grenzkontrollen hatten keine klaren Anweisungen, wie sie die Kontrollen auszuführen haben“, erklärte die Kommission. Auch die Zahl der Kontrollen und die Ergebnisse würden offenkundig nicht systematisch erfasst (EU-Kommission wettert gegen dänische Grenzkontrollen, Spiegel-online, 18.7.).

Dennoch erklärte die EU-Kommission die neuen Kontrollen nicht unmittelbar als mit europäischem Recht unvereinbar. Malmströms Sprecher Michele Cercone erklärte, dass es nach wie vor Klärungsbedarf gebe und Dänemark weitere Informationen zu liefern habe. Steuerminister Christensen ging daraufhin erneut in die Offensive und warf der EU-Kommission vor, ein Medientheater („mediestunt“) um die Grenzkontrollen zu veranstalten, und forderte sie dazu auf, umgehend eine Klage gegen Dänemark beim Europäischen Gerichtshof einzureichen, um ihre eigene Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen. Jyllands-Posten bezeichnete die neuen Kontrollen derweil als politischen Witz des Jahres. Ferner gab es kritische Stimmen darüber, dass die meisten der kurzfristig eingesetzten Zollkontrolleure lange Wege zu ihrer neuen „Arbeitsstelle“ hätten und dass somit auch hierdurch Ressourcen vergeudet würden (Dänemark legt es auf Klage an, Spiegel-online 20.7.; EU venter med grænsesag mod Danmark, FLA 21.7.).

Die Kontroverse wird langsam schwächer ...

In Dänemark jedoch ließ die öffentliche Aufmerksamkeit bezüglich der Grenzkontrollen

nach dem Folketingsbeschluss und nach dem ziemlich ergebnislosen Besuch der EU-Vertreter merklich nach, zumal die kommenden Folketingswahlen ihren Schatten vorauswarfen. Für spätestens Mitte November musste die Wahl ausgeschrieben werden – die Entscheidung über einen früheren Termin liegt in Dänemark allein beim Staatsminister. Im August verschlechterte sich das Klima zwischen den Konservativen, der kleineren Regierungspartei, und der für die Regierung seit fast 10 Jahren als Mehrheitsbeschaffer fungierenden rechtspopulistischen Dansk Folkeparti drastisch. Am 25. August rief Staatsminister Lars Løkke Rasmussen schließlich den Wahltermin für den 15. September aus. Im Wahlkampf spielte das Thema Grenzkontrolle angesichts vieler drängender innenpolitischer Fragen keine große Rolle, zumal die verschiedenen Parteien ihre bekannten Positionen zu diesem Thema nicht änderten.

Ein deutliches „alternatives Signal aus einer kommenden Kulturhauptstadt“ setzte am 20. Juli in mehreren deutschen und dänischen Zeitungen „eine Auswahl Aktiver hinter Sonderburg als europäische Kulturhauptstadt 2017 stehender Politiker, Kultur- und Wirtschaftstreibende von nördlich und südlich der Grenze“, darunter Museumschef Peter Dragsbo, die SSW-Landtagsfraktionsvorsitzende Anke Spoorendonk, der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Fischer und der Direktor der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg und GFH-Redakteur Matthias Schartl. Unter der Überschrift „Kultur über Grenzen hinweg“, dem Slogan der Bewerbung der Sundstadt als Kulturhauptstadt, beklagten sie vor allem die fatale Symbolik, die in der Einführung neuer fester Kontrollen liege: „Die Grenzübergänge sind für uns nicht das Schloss an der Höhle des Löwen, sondern Brücken zu einem Teil von uns selbst, zu Familie, Freunden, Nachbarn, Kunden und Lieferanten, Partnern, Arbeitskollegen und Mitarbeitern“, heißt es dort unter anderem, und „deshalb ist die Wiederbelebung der Grenze als mehr als die nötige Trennlinie zwischen zwei Demokratien ein Schlag ins Gesicht für uns, die sich gerade jetzt dafür einsetzen, dass ganz ‚Sønderjylland/Schleswig‘ mit Sonderburg als Initiator (aber nicht als einziges Zentrum) europäische Kulturhauptstadt 2017 unter dem Motto ‚Kultur über Grenzen hinweg‘ werden kann.“ Inzwischen hatte sich auch die Gemeinde Harrislee den Unterstützern der Bewerbung Sonderburgs angeschlossen und – mit wenigen Gegenstimmen – auch bei dieser Gelegenheit Kritik an den Grenzkontrollen geäußert (FT 4.7.).

Trotz der Kontroversen sahen die Vertreter der dänischen Regierung nach wie vor keine Probleme mit den Nachbarn. Verkehrsminister Hans Christian Schmidt erklärte, dass die Kontrollen wie vorhergesagt reibungsfrei verliefen und dass es angesichts viel größerer übergeordneter Interessen beider Staaten keine bilateralen Schwierigkeiten gebe; erfreut sei er über verständnisvolle Äußerungen seines schleswig-holsteinischen Amtskollegen Jost de Jager, und der Grund für die Irritationen sei lediglich „mangelhaftes Wissen über unsere Absichten“, erklärte der Minister auf der Linie seiner Regierung (Viel Ärger, aber der Minister sieht keine deutsch-dänischen Probleme, No 6.8.).

Auch andere Befürworter meldeten sich nach wie vor zu Wort. In seiner Grenzland-Chronik in der von der angesehenen regionalen Geschichtsgesellschaft Historisk Samfund for Sønderjylland herausgegebenen Sønderjysk Månedsskrift „dokumentierte“ der Publizist H.E. Sørensen eine von ihm ausgemachte Hysterie, mit der man so sehr wie seit dem Streit um die Mohammed-Karikaturen (GFH 1/2006, S. 65 f.) nicht mehr eine Mücke zu einem Elefanten gemacht habe. Dabei ging er hart mit der deutschen Seite und insbeson-

dere mit der dänischen Minderheit ins Gericht, die angeblich alles nicht richtig verstanden hätten. Dem damaligen deutschen Botschafter warf er vor, selbst die Nazi-Karte zuerst gespielt zu haben und nicht erst Pia Kjærsgaard. Kritische Stimmen aus Dänemark wurden in dieser „Chronik“ fast völlig ausgeblendet, ebenso die europäische Dimension und die Frage der Kommunikation des Beschlusses durch Regierung bzw. DF. Doch auch andere dänische Befürworter äußerten sich nach wie vor in den Medien, und so mancher fragte sich, wo die permanente Kontrolle denn nun bleibe, nachdem in den ersten Wochen nur zu ausgewählten Zeiten Zöllner zu sehen waren. Natürlich meldeten sich ebenso auch Gegner immer wieder zu Wort. Beispielsweise kritisierte Journalisten-Urgestein Frode Kristoffersen, früher lange Jahre Danmarks Radios Korrespondent in Deutschland, die „deprimierend unprofessionelle“ Handhabung des Themas Grenzkontrollen durch die Regierung und bezeichnete die Maßnahme als „Missgeburt“ (Toldkontrol er et misfoster, FIA 6.8.). Im Großen und Ganzen schien es jedoch, als ob man sich in Dänemark schnell an die neue Lage gewöhnt hatte.

... und flammt erneut heftig auf

Anders jedoch in Deutschland: Für neuen Wirbel sorgte Anfang August ein NDR-Bericht, wonach an der Grenze schon bald Schranken und Lichtzeichenanlagen installiert werden sollten. Von der Steuerbehörde wurde diese Meldung umgehend zurückgewiesen (Schranken an der Grenze? Dänische Zollbehörde dementiert, No 8.8), doch eine andere Staatsbehörde, das Straßenverkehrsamt (Vejdirektorat), bestätigte sie eben so schnell: Bereits 2008 hatte das Folketing die Errichtung einer Schrankenanlage am Autobahnübergang Ellund/Frøslee bewilligt. Aus technischen und juristischen Gründen hatte sich diese jedoch verzögert. Zweck der Anlage sollte eine bessere Verkehrssicherung bei zeitweiligen Kontrollen sein, wie sie beispielsweise während der Kopenhagener Klimakonferenz durchgeführt wurden (GFH 1/2010, S. 66). Die Schrankenanlage mit Lichtzeichen soll bei der Einreise nach Dänemark auf deutscher Seite entstehen. Hatte dieses Vorhaben zuvor keine öffentliche Aufmerksamkeit ausgelöst, sorgte es in Verbindung mit der aktuellen Kontroverse für neuen Unmut, zumal Vertreter der Zollbehörde bekundeten, die Anlage selbstverständlich auch in Verbindung mit den permanenten Grenzkontrollen zu nutzen (Dänische Kontrollen mit deutscher Hilfe, FT 9.8.).

Daraufhin brach in Deutschland ein neuer Sturm der Entrüstung aus, der das Thema sogar auf die Titelseite der Bild-Zeitung brachte (Was ist denn da los? Dänemark will Grenzanlagen bauen, 10.8.). Insbesondere der schleswig-holsteinsche SPD-Chef Ralf Stegner machte seinem Unmut mit harten Worten Luft: Die dänische Regierung erfülle mit dieser Maßnahme eine Forderung der Rechtspopulisten, und sie diene dazu, Ressentiments und Vorurteile zu schüren – in einer Zeit, in der Europa auseinanderzudriften drohe. Gemeinsam mit den Grünen stellte die SPD-Fraktion einen Antrag auf Rücknahme der Genehmigung durch die Landesregierung, wobei Stegner auch auf die Gefahr durch die Erfolge rechtspopulistischer Parteien und auf das von einem Rechtsextremisten verübte Massaker in Norwegen verwies (s.u.). Steuerminister Christensen verwies derweil auf das bereits 2008 getroffene Abkommen, und Siegfried Matlok (Der Nordschleswiger) mahnte Stegner zur Mäßigung im Tonfall. Anke Spoorendonk vom SSW forderte die Landesregierung auf, Kopenhagen klarzumachen, dass die neue Anlage nur unterstützt werde, wenn

sie nicht dauerhaften Kontrollen dienen sollte. Verkehrsminister Jost de Jager lehnte die Rücknahme der Genehmigung ab und verwies auf die laufende EU-Untersuchung, mit der Dänemark bislang noch kein Verstoß gegen das Schengener Abkommen nachgewiesen worden sei (Schlagbaum: Stegner empört, Christensen gelassen, No 10.8.; Neue Schranken – gemäßigt, Leitartikel in No. 11.8.; SPD-Antrag im Landtag gegen Grenzkontrolle, No 18.8. Neuer Streit um Grenzkontrollen, FT 25.8., Kæder dansk grænsekontrol sammen med Breivik-attentat, Berlingske 25.8.).

Auf dem Weg zur Folketingswahl

Im Laufe der Wochen wurden die anfangs nur zeitweise und vor allem in Frøslee und Pattburg sichtbaren Kontrolleure auch an den übrigen Grenzübergängen immer präsenter. Wenn auch nach wie vor zahlreiche deutsche Touristen ins Land strömten (Urlaubsland Dänemark beliebt, No 11.8.) und es keine nennenswerten Verkehrsstörungen gab, zumal die Grenzposten ohnehin niemals rund um die Uhr präsent waren, blieben nachhaltige Folgen nicht aus. Anfang September erklärte die deutsch-dänische Handelskammer in Kopenhagen, dass Dänemarks Ansehen als Investitionsstandort in den vergangenen vier Jahren, doch verstärkt seit dem Beschluss zu neuen Grenzkontrollen, in der deutschen Wirtschaft erheblich gelitten habe. Nannte mehr als ein Drittel der Befragten die Grenzdebatte als Beeinträchtigung des Vertrauens in den Standort Dänemark, kritisierten viele aber auch, dass Dänemark in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den Nachbarländern noch teurer geworden sei (Dänemarks Ansehen als Investitions-Standort hat gelitten, No 5.9.).

Inzwischen hatte die Spitzenkandidatin der Oppositionsparteien Helle Thorning-Schmidt die deutsche Minderheit besucht und im Gespräch mit deren Spitzenvertretern im Haus Nordschleswig in Apenrade deutliche Worte der Kritik an den Grenzkontrollen gefunden; insbesondere kritisierte sie, dass die Regierung die Nachbarn mit ihrer Maßnahme regelrecht vor den Kopf gestoßen habe und dass sie bei einer solchen Vereinbarung mit DF „zwei Schritte weiter“ über mögliche Folgen hätte nachdenken müssen. Sie versprach erneut die Rücknahme der am 1.7. in Gang gebrachten Grenzabsprache und den Einsatz der bewilligten Mittel für effektivere unangekündigte Kontrollen (Thorning bei der Minderheit: Wer einen Zaun errichtet, spricht vorher mit Nachbarn, No 1.9.). Zehn Tage später besuchte auch Lars Løkke Rasmussen die deutschen Nordschleswiger, dieses Mal in Hadersleben, und bekräftigte noch einmal die Regierungsposition zu den permanenten Kontrollen.

Zehn Tage vor der Wahl in Dänemark meldete sich die EU-Kommission wieder zu Wort: In Brüssel erwäge man – laut einem zuerst in der FAZ veröffentlichten Beitrag – eine neue Regelung, die es den einzelnen Schengen-Staaten generell verbieten soll, eigenmächtig neue Grenzkontrollen einzurichten. Dies würde laut Kommissarin Cecilia Malmström auch kurzfristige und vorübergehende Begebenheiten betreffen wie etwa die Kontrollen zu Zeiten internationaler Großveranstaltungen. Dagegen erhob sich in Dänemark ein Sturm der Entrüstung. Auch die gegen die permanenten Grenzkontrollen eingestellten Parteien lehnten diesen Vorstoß ab.

Steuerminister Peter Christensen meinte, dass Dänemark gar nicht der Adressat dieser Initiative sei, worin ihm Gerd Battrup vom Institut for Grænseregionsforskning beipflichtete,

denn in Frankreich und Italien gebe es nach wie vor Überlegungen zu mehr Kontrollen, in erster Linie aus Furcht vor Flüchtlingsströmen aus Nordafrika. Kommentator Peter Goll nannte den EU-Vorstoß dann auch ein Wahlgeschenk an die Dansk Folkeparti (Grenzkontrollen: Christiansborg besteht auf Entscheidungshoheit, No 7.9.).

Im Wahlkampf spielte das Thema dennoch keine nennenswerte Rolle. Kurz vor den Wahlen kam DF noch einmal aus der Reserve, nachdem sich viele Befürworter über mangelnde Kontrollen beschwert hatten, und forderte eine Präzisierung und vor allem Einhaltung der Grenzübereinkunft, was durch eine genauere Übereinkunft zwischen Regierung und DF gleich nach den Wahlen festgelegt werden sollte. Tatsächlich gab es im Juli an 67 Prozent aller Tage zwei- bis elfstündige Zollkontrollen an den deutsch-dänischen Landübergängen – deutlich mehr als im Juni (37 Prozent), aber eben auch weit entfernt vom Anspruch permanenter Kontrollen. Nach Anordnung des Steuerministers sollte die Zollbehörde vierteljährlich Bericht über die Grenzkontrollen erstatten, erstmals also Anfang Oktober – und nach den Wahlen. Gegenüber Berlingske Tidende gab ein Sprecher jedoch an, dass es seit Beginn der festen Kontrollen außer zwei Taschen voller Khat (Öresundbrücke) und 1,8 kg Skunk (Pattburg), in beiden Fällen in der Bahn, keine nennenswerten Fänge gegeben habe und dass man noch überhaupt nicht auf osteuropäische Banden oder illegale Einwanderer gestoßen sei. Laut DF-Vize Peter Skaarup ist dies Ausdruck dessen, dass sich diese angesichts der massiven öffentlichen Aufmerksamkeit der Grenzkontrollen nicht trauten (Ny tvivl om grænseaffale, Berlingske 13.9.). Im Grenzgebiet selbst habe man auf dänischer Seite nicht viel von den verstärkten Grenzkontrollen bemerkt, und manche Befürworter zeigten sich verwundert darüber, dass ohnehin weder Pass- noch Ausreisekontrollen vorgenommen werden, wenn man Kriminellen das Handwerk legen will (Et luftkastel for en studehandel, Berlingske 13.9.).

Zwei Tage vor der Folketingswahl meldete sich auch EU-Kommissarin Malmström wieder zu Wort: In der Kommission hatte man wie angekündigt Interpretationen zu den Regeln für Grenzkontrollen ausgearbeitet, wolle jedoch bis zum Freitag mit deren Veröffentlichung warten – vorgeblich, weil dann mehr Journalisten in Brüssel seien, nach Vermutung von Experten jedoch, um mit dem Thema nicht die dänischen Wahlen zu beeinflussen. Dabei ging es in diesem Falle gar nicht um die Frage der permanenten Zollkontrollen, sondern generell um Grenzkontrollmaßnahmen etwa bei internationalen Großveranstaltungen oder anderen Ereignissen. Vertreter der bürgerlichen Parteien und besonders der Dansk Folkeparti forderten jedoch, dass die neuen Anordnungen unverzüglich auf den Tisch gelegt werden sollten. Venstres EU-Parlamentarier Jens Rohde, anfangs einer der heftigsten parteiinternen Kritiker der Grenzübereinkunft seiner Partei mit DF, legte sogar eine Aufkündigung des Schengener Abkommens nahe, falls das nationale Selbstbestimmungsrecht auf Kontrollmaßnahmen in besonderen Fällen eingeschränkt werde (EU: Grenzkontrollen erst nach der Wahl, No 14.9.).

Am Tag vor der Wahl meldeten sich die dänischen Sozialdemokraten aus der Region noch einmal mit einer gemeinsam mit ihren schleswig-holsteinischen Genossen verfassten Erklärung zu Wort. Darin geißelten sie die neuen Grenzkontrollen abermals als für die Region kontraproduktiv und als reine Symbolpolitik, deren Folgen der Landesteil nun zu tragen habe. Staatsminister Lars Løkke Rasmussen verneinte derweil die Frage, ob er die Übereinkunft mit DF bereut habe, erklärte aber sein Bedauern darüber, wie das The-

der rechtsliberalen Folkpartiet gab ihrer Freude darüber Ausdruck, dass die festen dänischen Zollkontrollen „in den Papierkorb“ wanderten. Ebenso zeigte Ohlsson Genugtuung darüber, dass der Einfluss von Dansk Folkeparti künftig begrenzt bleiben werde. Die dänischen Sozialdemokraten betonten wiederholt, dass sie die für die permanenten Kontrollen bereits bewilligten Mittel zwar nicht zurückfahren, diese dafür aber in effektivere unankündigte Kontrollen investieren wollen (Schweden lobt Thorning für Ende permanenter Zollkontrollen, No 24.9.).

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren Zollkontrolleure an der Grenze bei der Einreise nach Dänemark zwar noch regelmäßig zu sehen, doch wird sich an diesem Bild sehr kurzfristig etwas ändern. Es scheint, dass die teils heftigen Wogen, die das deutsch-dänische Verhältnis seit Anfang Mai belastet hatten, nun wieder geglättet sind und dass man auch bei dem wichtigen Thema Kriminalitätsbekämpfung künftig verstärkt gemeinsame Wege beschreiten wird.

Gerret Liebing Schlaber

SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Der Norden wächst auseinander
Flensborg Avis, 28.3.2011

Bei einer Konferenz des Foreningen Norden in der Dansk Centralbibliotek for Syd-slesvig stellten die beteiligten Experten, Merethe Eckhardt (Danmarks Radio), Jørn Lund (Det danske Sprog- og Litteraturselskab), Bente Dahl ((Nordisk Råd), Jørgen Mads Clausen (Danfoss) und Anke Spoonendonk (Foreningen Norden i Sydslesvig) fest, dass die Verständigung zwischen den nah verwandten Sprachen Dänisch, Norwegisch und Schwedisch zusehends schwieriger wird. Selbst bei gemeinsamen nordischen Zusammenkünften wird immer häufiger Englisch als Arbeitssprache verwendet, weil die Verständigung sonst nicht funktionieren würde.

Kunst als Brücke über die Grenze
Flensburger Tageblatt, 9.4.2011

Mit Teilnehmern aus je drei deutschen und

dänischen Schulen wurde auch das siebte grenzüberschreitende Kinderkunstfestival, organisiert vom Flensburger Bildhauer Johannes Caspersen und vom Sonderburger Maler Rick Towle, ein voller Erfolg, dessen Resultate im Landschaftsmuseum Unewatt ausgestellt wurden.

Ein wichtiges Stück
Landesgeschichte
Flensburger Tageblatt, 13.4.2011

Erstmals präsentiert sich die dänische Minderheit in Südschleswig mit ihrer Geschichte in einer Dauerausstellung im Museum am Danewerk. Teile derselben sind dank des Projekts Minderheitenleben in die Sammlung gekommen (GFH 4/2010, S. 265 ff., 2/2011, S. 154). Grenzüberschreitend haben auch das nunmehr hauptamtlich geleitete Industriemuseum Kupfermühle und das zum Museum Sønderjylland gehörende Ziegeleimuseum Cattrinesminde ihre Zusammenarbeit verstärkt.

Das ist gelebte Völkerverständigung
Flensburger Tageblatt, 27.4.2011

Mit einem Konzert auf dem Scheersberg endete die 49. deutsch-skandinavische Musikwoche, an der in diesem Jahr 123 junge Musiker aus zehn Ländern teilnahmen.

Deutsch-dänisches Schulprojekt:
Neugierig auf den Nachbarn
Flensburger Tageblatt, 6.5.2011

Mit einem neuen Austauschprojekt besuchen 70 Schüler für je vier Tage die Familie eines Partnerschülers in nur 15 km Entfernung. Dieser Brückenschlag ist ein gemeinsames Projekt zwischen den achten Klassen der Flensburger Kurt-Tucholsky-Schule und der Kruså Skole.

Grenzüberschreitende
Zusammenarbeit der Universitäten
geht schleppend voran
Flensburg Avis, 23.6.2011

Die Rektorin der Flensburger Universität, Waltraud Wende, fordert die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ihrer Hochschule mit der Syddansk Universität, namentlich um den Austausch von Dozenten und die Teilnahme an Kursen beiderseits der Grenze zu erleichtern. Der Wille sei bei beiden Hochschulen vorhanden, um die grenzüberschreitende Wirksamkeit zu verstärken. Auch die regionale Wirtschaft stützt die Zusammenarbeit immer mehr, und bis 2015 stehen Interreg-Mittel zur Verfügung, um das Projekt Wissensregion Schleswig-Holstein/Syddanmark weiter voranzubringen (Fl.A 24.6.).

Minderheiten zeigen wer sie sind
Flensburg Avis, 24.6.2011

Angehörige von Minderheits-Volksgruppen aus 15 Ländern trafen sich zu einer großen Konferenz in Flensburg und Sonderburg, die vom Institut for Grænseregionsforskning/Syddansk Universitet, dem European Center for Minority Issues (ECMI) und der Universität Flensburg arrangiert wurde.

Insel-Lärm für den
Verkehrsminister
Flensburger Tageblatt, 27.6.2011

Bei seinem Besuch an der Strecke der Hinterlandanbindungen der künftigen festen Fehmarnbelt-Querung traf Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer mit zahlreichen Vertretern der betroffenen Gemeinden zusammen. Zahlreiche Inselbewohner demonstrierten während der Veranstaltung gegen das Projekt, von dem sie erhebliche Nachteile für ihre Heimat fürchten (GFH 4/2010, S. 319).

Sinti und Roma weiterhin
außen vor
Flensburg Avis, 30.6.2011

Gegen den Widerstand der anderen vier Parteigruppen im Landtag stimmte die Mehrheit von CDU und FDP erneut gegen die Aufnahme der Sinti und Roma als zu schützende Minderheit in die Landesverfassung. Begründet wird dies damit, dass man die Landesverfassung nicht mit Absichtserklärungen überfrachten wolle und dass es Sinti und Roma in vielen Teilen Europas gebe (GFH 2/2011, S. 153).

Das letzte Lied in der geschlossenen Schule

Flensburg Avis, 30.6.2011

Mit der traditionsreichen Christian-Paulsen-Skole in Flensburg verschwindet aufgrund der Einsparungen für das Minderheitsschulwesen (GFH 4/2010, S. 285 ff.) eine wichtige dänische Einrichtung südlich der Grenze.

„Wir sind entschlossen, die Grenzregion zu einer Wachstumsregion zu entwickeln“

Flensburger Tageblatt, 6.7.2011

Vor dem Hintergrund der Debatten um die dänischen Grenzkontrollen erklärten Syddanmarks Regionsvorsitzender Carl Holst und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen in einem gemeinsamen Beitrag, dass sie entschlossen wie eh und je die Zusammenarbeit fortsetzen wollen. Dabei betonten sie das bereits Erreichte und neue Vorhaben wie die soeben eingerichtete Kommission, welche die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur in Angriff nehmen soll (GFH 2/2011, S. 152). „Die langjährige Zusammenarbeit über die Grenze hinweg hat uns vor Augen geführt, dass Einigkeit stark macht und dass wir gemeinsam Einfluss auf die ganz großen nationalen Tagesordnungen in Dänemark und Deutschland nehmen können. Und wir haben bewiesen, dass wir selbst Ergebnisse zum Wohle unserer Bürger schaffen können“, so die beiden Politiker.

Deutsche Studierende strömen nach Hadersleben

Flensburg Avis, 7.7.2011

Der internationale Lehramtsstudiengang am University College Syd in Hadersleben erfreut sich eines immer größeren Zuspruchs. Im kommenden Studienjahr werden 46 Ausländer, darunter 28 Deutsche das Studium antreten, in welchem Deutsch oder Englisch von Beginn an Hauptfach ist und in welchem den Studierenden von Beginn an intensive Dänischkurse geboten werden, um später in Dänemark als Lehrkräfte bleiben zu können.

Ausbildung und Arbeit sollen Zusammenarbeit tragen

Flensburg Avis, 7.7.2011

Mit der neuen Dänemark-Strategie (GFH 1/2011, S. 64) will die Landesregierung die Grundlage für den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit allen dänischen Regionen stärken. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen betonte, dass man die Strategie bewusst breit angelegt habe, um vielen Projekten auf allen Ebenen die Möglichkeit zur Entfaltung zu geben. Auch die feste Fehmarnbelt-Querung wird als Chance begriffen und soll nicht gegen die Jütland-Achse ausgespielt werden. Genau dies fürchtet man jedoch nach wie vor im nördlichen Landesteil (FT 5.4.2011).

Kresten Philipsen mit 66 Jahren verstorben

Flensburg Avis, 14.7.2011

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb Kresten Philipsen mit nur 66 Jahren. Der frühere langjährige Amtsbürgermeister von Sønderjyllands Amt (1982-2000)

war eine der profiliertesten Gestalten der Grenzlandpolitik und namentlich auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Er gilt u.a. als einer der „Väter“ der 1997 eingerichteten grenzüberschreitenden Region. Bis 2005 war er Mitglied bei Venstre, verließ die Partei aber aus Protest gegen die bevorstehende Ersetzung der 14 Ämter durch fünf so genannte Regionen (2007). Der Sohn des früheren Arbeitsministers Johan Philipssen galt als bodenständiger, pragmatischer und ergebnisorientierter Vertreter des so genannten „Heimvolkshochschul-Flügels“ (im Gegensatz zum eher primär wirtschaftsliberalen „Handelshochschul-Flügel“) seiner Partei. Als Landwirt bewirtschaftete er den Hof Lundtoftberg zwischen Apenrade und Flensburg.

Neue deutsch-dänische Energie für die USA

Flensburger Tageblatt, 16.7.2011

Die Experten des deutsch-dänischen Interreg-Projekts „Furgy“ zur Förderung der Gewinnung erneuerbarer Energien sollen auf Anfrage aus dem mit Schleswig-Holstein partnerschaftlich verbundenen US-Bundesstaat Maryland (grenzt direkt an Washington D.C., größte und bekannteste Stadt ist Baltimore) diesen beim geplanten Ausbau nachhaltiger Energiegewinnung beraten.

EU-Gelder für das grenzüberschreitende Löschen

Der Nordschleswiger, 16.7.2011

Das bürgernahe Projekt „Bereitschaft ohne Grenzen“ zur Koordination deutsch-dänischer Feuerwehreinheiten wird von der EU mit 900 000 Kronen gefördert.

Dadurch soll im Ernstfall die Wehr aus dem Nachbarland schneller alarmiert werden können.

Willkommen in der Provinz

Der Nordschleswiger, 16.7.2011

Trotz der Dominanz der Studiengänge in den Großstädten verzeichnen vor allem die kleineren Hochschulen in Dänemark, darunter die Filiale der Syddansk Universitet in Sonderburg, eine deutlich gestiegene Anzahl an Studienbewerbern. Trotz der erfreulichen Entwicklungen ist der Arbeitgeberverband Dansk Erhverv darüber besorgt, dass es schon in wenigen Jahren zu wenige Absolventen in Dänemark geben werde.

Dänen kämpfen gegen Grenz-Trick der Rocker

Flensburger Tageblatt, 19.7.2011

Für Wirbel im Grenzland sorgten Berichte, wonach Mitglieder einer verbotenen deutschen Sektion der Bandidos ein ehemaliges Geschäftsgebäude in Pattburg gekauft hätten, um es als Klubhaus zu nutzen. Befürchtet werden neue Auseinandersetzungen, da im nahen Flensburg noch eine ebenfalls verbotene Gruppe der mit den Bandidos verfeindeten Hells Angels existiert, die sich ihrerseits die dänischen Gesetze zu Nutze macht und sich formell einer Gruppe in Århus angeschlossen hat.

Keine Kontrolle auf Märkten

Jydske Vestkysten, 21.7.2011

Bei der dänischen Steuerbehörde fehlt es an Personal, um beispielsweise auf Marktveranstaltungen zu überprüfen, ob dort Raubkopien verkauft und die Bestim-

mungen zur Mehrwertsteuer eingehalten werden. Dieses Problem wird durch die Bereitstellung von Personal für die Grenzkontrollen weiter verschärft.

FUEV vermisst Strategie

Flensburg Avis, 21.7.2011

Bei einem Besuch bei den Lausitzer Sorben erklärte FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen, dass es in Deutschland keine klar erkennbare Strategie in der Minderheitenpolitik gebe. Alle vier anerkannten autochthonen Minderheiten (Südschleswiger Dänen, Friesen, Sinti/Roma und Sorben) leiden unter dem ständigen Gerangel um Finanzmittel und Kompetenzverteilung sowie unter der Kürzung der Förderung für ihre Einrichtungen. Berlin müsse sich deutlich zu den vier Minderheiten bekennen. Siehe hierzu auch den Beitrag von Hansen im vorliegenden GFH.

Massenmord in Norwegen schockiert ganz Europa

Eigener Bericht (gls), 22.7.2011

Die Ermordung von zunächst acht Menschen durch einen Bombenanschlag im Osloer Regierungsviertel und dann von 68 weiteren, in der Mehrzahl jugendlichen Opfern auf der Insel Utøya durch kaltblütige Erschießungen, löste europaweit Fassungslosigkeit aus. Nachdem bekannt wurde, dass der Einzeltäter zeitweise der rechtspopulistischen Partei Fremskridtspartiet angehört hatte und als der Mörder als Tatmotiv Hass gegen Menschen anderer Kulturen und deren vermeintliche Unterstützer – die Mordopfer von Utøya waren Teilnehmer eines mehrtägigen Sommercamps der sozialdemokratischen Jugendorganisation – angegeben hatte, setzten auch in Deutschland und

Dänemark Debatten über die aus dieser Untat zu ziehenden Lehren ein. So brachte eine Facebook-Eintragung den dänischen Integrationsminister Søren Pind an den Rand des Rücktritts. Als dieser u.a. die Proteste gegen die Abholzung eines Waldstücks beim nordwestjütischen Østerild mit dem Massaker verglich („Ekstremismen tager til. Flere og flere mener sig berettiget til at tage sig selv til rette. Optøjerne på Nørrebro. Kirkebesættelse. Østerild. Og ekstremismens hidtil mest sataniske fjæs nu i Norge.“, jp.dk, 26.7.), musste er sich schnell entschuldigen. In Österreich führte ein Facebook-Kommentar mit dem Vergleich des norwegischen Massenmordes mit islamistischen Anschlägen hingegen zum sofortigen Ausschluss des Politikers Werner Königshofer aus der rechtspopulistischen FPÖ (Berlingske.dk, 28.7.). Noch weiter ging die Pastorin und Kolumnistin u.a. von Kristeligt Dagblad und Berlingske Tidende Sørine Gottfredsen, die in einem am 29.7. auf der Homepage von Berlingske Tidende veröffentlichten Beitrag (Lad os bruge Anders Breivik rigtigt) vor allem die Anhänger einer offenen multikulturellen Gesellschaft für den in dem Massenmörder herangewachsenen Hass verantwortlich machte. Dagegen bescheinigte sie den Rechtspopulisten, in der „offenen dänischen Debatte“ den meisten Dampf aus dem Kessel genommen zu haben, in welchem solcher Extremismus kochen könne. Dafür ertete die Theologin einen Sturm harscher Kritik aufgebracht Leser – ohne dass ihre Stellung als Kolumnistin bei den beiden angesehenen Tageszeitungen in Frage gestellt worden wäre. In Deutschland wurde erneut über ein mögliches Verbot der NPD debattiert. „Die Politiker der BRD versuchen, die Anschläge eines Ökobauern in Norwegen für ihre Zwecke auszunutzen“, hieß es dazu in ei-

ner Erklärung des NPD-Präsidiums, in der ein geschmackloser Vergleich mit dem 20. Juli 1944 angestellt wurde (NPD verhöhnt Opfer der Norwegen-Attentate, Spiegelonline 29.9.)

Caroline Schwarz: Bund soll dänische Schulen weiter fördern
Flensburger Tageblatt, 23.7.2011

Schleswig-Holsteins Minderheitenbeauftragte forderte den für die autochthonen Minderheiten in Deutschland zuständigen Staatssekretär Christoph Bergner dazu auf, den für 2011 überraschend bewilligten Bundeszuschuss von 3,5 Mio € zur teilweisen Kompensation der Kürzung der Landesmittel für den Dansk Skoleforening for Sydslesvig auch 2012 zu gewährleisten (GFH 4/2010, S. 285 ff.). Dies ist in den bisherigen Haushaltsplanungen nicht vorgesehen.

Kränze zu Ehren der Toten
Flensborg Avis, 26.7.2011

Am Jahrestag der Schlacht von Idstedt gab es sowohl auf dem Schleswiger Michaeliskirchhof als auch auf dem Alten Friedhof in Flensburg, wo die Vorarbeiten für die Aufstellung des historischen Löwendenkmal in vollem Gange waren, Gedenkveranstaltungen mit Kranzniederlegungen, wobei in den Reden der Charakter eines Bürgerkrieges hervorgehoben wurde.

Danewerk fürchtet Zorn der UNESCO
Flensborg Avis, 27.7.2011

Der Entwurf zu einem neuen Denkmalschutzgesetz für Schleswig-Holstein stieß auf heftige Kritik, da es allzu vage formu-

liert sei. Den besonders strengen Richtlinien der UNESCO komme der Entwurf in keiner Weise nach. Damit bestehe die Gefahr, dass die Lübecker Altstadt auf die Rote Liste des gefährdeten Welterbes gesetzt und die Anerkennung der beiden nächsten Kandidaten, der Rendsburger Kanalbrücke mit ihrer Schwebefähre und des Danewerks, verhindert werde.

Die Masseneinwanderung aus dem Osten blieb aus
Flensborg Avis, 29.7.2011

Seit dem 1. Mai nehmen auch die 2004 hinzugekommenen EU-Länder am gemeinsamen Arbeitsmarkt teil. Lediglich 700 Menschen u. a. aus Polen haben sich seither in Schleswig-Holstein niedergelassen, in ganz Deutschland waren es bis dato 24.000. In Westeuropa hatte man mehr Konkurrenz durch geringere Lohnansprüche der Osteuropäer gefürchtet, in Osteuropa wiederum eine massenhafte Abwanderung gut ausgebildeter junger Leute.

Kunstschiff in Apenrade, Sonderburg, Kollund und Flensburg
Eigener Bericht (gls), 31.7.2011

Mit einem ganzwöchigen Vorhaben im Rahmen des Maritime Art Project wurde Kindern ab 6 Jahren grenzüberschreitend Kreativität, Spaß und Inspiration gebracht, und zwar auf dem 1928 gebauten Küstenfrachter Gesine aus dem Flensburger Museumshafen. Neben verschiedenen Formen der bildenden Kunst konnten die Kinder auch an Musikimprovisationen teilnehmen. Neben den sechs präsenten deutschen und dänischen Künstlern – Johannes Caspersen, Rick Towle, Christiane Limper und das Kopenhagener Jazztrio

Mighty Mouse – waren die Schifffahrts-museen in Apenrade und Flensburg, die gemeinnützige Gesellschaft Historischer Hafen Flensburg und die Initiative Fjordregion Träger des gut besuchten Projekts.

Neuer Sparplan trifft
Lehrerausbildung
Flensburg Avis, 2.8.2011

In einem neuen Sparvorschlag würde die Flensburger Universität in ihrem traditionellen Kerngeschäft, der Lehrerausbildung, entscheidend geschwächt werden, wenn man hier nur noch bis zum Bachelorgrad studieren könnte.

DF will Regionen abschaffen
Flensburg Avis, 4.8.2011

Nach den Konservativen forderte nun auch Dansk Folkeparti die Auflösung der fünf erst 2007 eingerichteten Regionen in Dänemark. Kurz darauf folgte auch die größte Regierungspartei Venstre dieser Linie (Nordschleswiger, 13.8.). Das Gesundheitswesen soll demnach künftig von den drei größten Städten aus koordiniert werden, die übrigen Aufgaben sollen Staat und Kommunen unter sich aufteilen. Im Wahlkampf spielte das Thema allerdings keine Rolle, und die Mehrheit nach der Wahl ist für die Beibehaltung und Stärkung der mittleren Verwaltungsebene.

Der Mann, der den Dänen
Europa zeigte
Der Nordschleswiger, 5.8.2011

Am 9. August beging Frode Kristoffersen, in den 1960er und 1970er Jahren einer der bedeutendsten dänischen Medienkorrespondenten in Deutschland, seinen 80.

Geburtstag. Der in Sonderburg geborene und heute in Apenrade lebende Journalist hat zahlreiche Bücher verfasst und ist ein hervorragender Kenner des deutsch-dänischen Verhältnisses.

Auslandsbehandlung: Venstre gegen
völlige Liberalisierung
Der Nordschleswiger, 9.8.2011

Entgegen der Forderung der Liberal Alliance nach völliger Wahlfreiheit der Patienten bei medizinischer Behandlung auch jenseits der Grenze besteht die Regierung auch nach Umsetzung der EU-Richtlinie nach Behandlungsfreiheit darauf, dass jede Behandlung erst nach Genehmigung durch die kommunale Krankenkasse von dieser bezahlt wird.

Deutsche Einrichtungen werden
benachteiligt
Der Nordschleswiger, 10.8.2011

Eine Übereinkunft zwischen Kommunernes Landsforening und der dänischen Regierung zur Finanzierung von Kinder- und Jugendeinrichtungen trifft vor allem kleine Einrichtungen hart, namentlich auch jene der deutschen Minderheit. Sollten die an die Schulen angekoppelten Freizeitheime zunächst die Möglichkeit einer Privatisierung bekommen, nachdem die Kommunen den Weiterbetrieb in der bisherigen Form nicht mehr aufrecht erhalten wollten, wird genau dies durch die Übereinkunft verhindert. Von bisher erfolgreich betriebenen Institutionen wie dem Apenrader „Kind im Mittelpunkt“, das bereits aufgrund der Einsparungen einen Großteil seiner Mitarbeiter eingebüßt hatte, wird demnach vermutlich lediglich eine „skolefritidsordning“ mit weiter reduziertem Personal und erheblich

gestiegenen Gebühren bei gleichzeitiger Beschränkung auf die jüngsten Schulkinder übrig bleiben.

22 Bürgermeister und Holst machen mobil

Der Nordschleswiger, 15.8.2011

Die Bürgermeister der süddänischen Kommunen und der Regionschef haben sich gegen die Weiterverfolgung von Plänen zu einer Kattegatbrücke von Mitteljütland nach Seeland über Samsø ausgesprochen. Stattdessen fordern sie eine weitere Nord-Süd-Autobahn, eine zusätzliche Verbindung über den Kleinen Belt und mindestens einen Stundentakt auf allen noch bestehenden Eisenbahnlinien.

Lykke Friis: Nie wieder ein 13. August

Der Nordschleswiger, 15.8.2011

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Dänemark wurde des 50. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer gedacht. Im Museum für den Kalten Krieg im Langelandsfort auf der gleichnamigen Insel hielt Klimaministerin Lykke Friis die zentrale Ansprache.

Harte Kritik an Rangliste zur Leistung dänischer Schulen

Der Nordschleswiger, 16.8.2011

Eine vom Unterrichtsministerium erarbeitete Rangliste aller dänischer Volksschulen ertete nach der Veröffentlichung heftige Kritik. Auf der Grundlage der Abschlussnoten des Vorjahres und mit einer kompliziert zu bestimmenden sozialen Korrektur – ein sozial problematisches Umfeld senkt den Anspruch an die erwartete Durchschnittsnote – wurden alle Schulen je nach Abwei-

chung von eben dieser erwarteten Durchschnittsnote in einigen wichtigen Fächern bewertet. Zwar schnitten die meisten deutschen Schulen in Nordschleswig gut ab, doch wurden weder die Zweisprachigkeit noch das Fach Deutsch in irgendeiner Form bei der Berechnung berücksichtigt. Besonders schlecht schnitten die Nachschulen ab – die oft bestimmte fachliche Schwerpunkte setzen und besonders schwer mit anderen Schulen vergleichbar sind. Kommentator Volker Heesch hatte im Nordschleswiger am Folgetag für diese „Leistungsvergleiche mit fragwürdiger sozialer Korrektur“ wenig Verständnis: „Es zeigt sich wieder einmal, dass zentralistischer Aktionismus im Bereich des Bildungswesens keine Lösungen bringt. Wie wäre es damit, auf die örtliche Kompetenz von Schulverwaltungen, Schulleitungen, Lehrkräften, Eltern und Schülern zu setzen, um herauszufinden, wie es um die einzelnen Schulen steht?“

Sydtrafik-Pläne nichts für Nordschleswig

Der Nordschleswiger, 22.8.2011

Der Betreiber der meisten Buslinien in der Region Syddanmark, Sydtrafik, will nach einem neuen Konzept künftig nur noch Orte mit mindestens 5000 Einwohnern zu Endpunkten seiner Linien machen. Dies wird unter anderem von Slesvigsk Parti abgelehnt, da man das Ende vieler Verbindungen und die völlige Abkoppelung vieler Orte vom öffentlichen Personenverkehr befürchtet. Im Westen der Kommune Hadersleben würde dann nur noch die Linie Hadersleben-Woyens-Gramm-Ripen bleiben, während der Verkehr zwischen Orten wie Rödning, Gramm und Toftlund – bis 2007 Zentren eigenständiger Kommunen – eingestellt werden würde.

S-SF: Dänischer Wirtschafts-
Botschafter künftig auch für
Deutschland

Der Nordschleswiger, 30.8.2011

Der sozialdemokratische Folketingsabgeordnete Benny Engelbrecht und sein nordschleswigscher Kollege Jesper Petersen von SF schlagen in einem gemeinsamen Wachstumspaket für Südjylland und Nordschleswig vor, dass Dänemark auch einen Wirtschafts-Botschafter für Deutschland ernennet, wie es die Regierung gerade u. a. für China, Indien und Russland getan hatte. Sie beklagten, dass selbst führende Wirtschaftsvertreter aus der Region kaum Partner in Deutschland kannten. Zudem soll die deutsche Sprache in Dänemark wieder verstärkt erlernt werden. Ferner sprechen sich die beiden Politiker für die Verstärkung der Hochschul-Zusammenarbeit aus und erwägen die Prüfung der Errichtung einer echten Europa-Universität, die dann auch mit EU-Mitteln gefördert werden könnte. Parallel zur neuen Verkehrskommission sollte deshalb eine entsprechende Hochschulkommission eingesetzt werden.

Helle Thorning-Schmidt an
deutsche Volksgruppe:
Ihr werdet nicht vergessen

Der Nordschleswiger, 31.8.2011

Bei ihrem Besuch im Haus Nordschleswig legte die sozialdemokratische Spitzenkandidatin Helle Thorning-Schmidt ein klares Bekenntnis zur deutschen Volksgruppe ab. Sie sei „stolz über die deutsche Minderheit und über die Art und Weise, wie sie sich im dänischen Staat heute wohlfühlt“. Durch die Zusammenarbeit mit ihrer Partei solle der besondere Status der deutschen

Minderheit gesichert werden, denn sie sei ja keine „ausgesetzte Volksgruppe“, sondern habe den Auftrag, ihre kulturelle Eigenart im dänischen Staat zu bewahren. Sie fühle sich verpflichtet, die besonderen Interessen der deutschen Schulen in Nordschleswig in der kommenden Gesetzgebung einer neuen Regierung zu schützen. Sie wisse um die große Bedeutung der deutschen Privatschulen für die deutsche Minderheit, und es sei erfreulich, dass es den Mitgliedern der deutschen Minderheit gelungen sei, eine harmonische Verbindung zwischen der kulturellen Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit mit der dänischen Staatsbürgerschaft und sogar mit einer europäischen Identität zu knüpfen.

Man kann nicht in Englisch
mit Deutschland oder Dänemark
Handel treiben

Der Nordschleswiger, 2.9.2011

Der weltweit 33.000 Mitglieder starke Verein für Deutsche Sprache gründet eine neue Sektion in Dänemark. Dabei soll nicht nur Werbung für das Pflegen bzw. Erlernen der deutschen Sprache gemacht werden, sondern generell zum Erlernen von Nachbarsprachen animiert werden.

Gemeinsame Stimme zur Schlacht
von Düppel

Der Nordschleswiger, 2.9.2011

Die Region Syddanmark will den 150. Jahrestag der Schlacht von Düppel (18.4.2014) deutlich markieren und wird zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe bilden, die sich nicht zuletzt auch mit den grenzüberschreitenden Aspekten auseinandersetzen wird.

Uneinig über deutsche Soldaten beim Düppel-Gedenken

Der Nordschleswiger, 2.9.2011

Die Sonderburger Sektion des Grænseforeningen sperrt sich mehrheitlich nach wie vor gegen die aktive Teilnahme deutscher Soldaten bei den jährlichen Gedenkfeiern an die Schlacht bei Düppel (GFH 2/2011, S. 147). Ebenso wendet man sich vehement gegen Pläne zur Errichtung eines Versöhnungsdenkmal am Schlachtort. Eine Diskussion mit dem Hauptvorstand des mit Abstand größten dänischen Grenzvereins, der seit der Übernahme des Vorsitzes durch Finn Slumstrup mit dem Slogan „für ein offenes Dänentum“ wirbt, führte laut Pressemitteilung zu einem sinnvollen Meinungsaustausch, der fortgesetzt werden soll. Die Sonderburger bewerten dies offenbar anders, denn unmittelbar danach verkündete der örtliche Vereinsvorsitzende, der frühere Grenzland-Radioredakteur Flemming Nielsen, seinen Austritt aus dem Verein.

Maritimes Potenzial in der Grenzregion stärker nutzen

Der Nordschleswiger, 2.9.2011

Anlässlich einer Gesprächsrunde des Wachstumsforums der deutsch-dänischen Grenzregion an der Fachhochschule Flensburg wiesen Spitzenvertreter des deutschen und dänischen Reedereiwesens darauf hin, dass die maritime Wirtschaft beider Länder in ihrer Bedeutung oft unterschätzt werde, obwohl es in Deutschland 400.000 und in Dänemark 100.000 Arbeitsplätze in dieser Branche gebe. Flensburgs Oberbürgermeister Simon Faber verwies zudem auf die Bedeutung der – aus einer Navigationsschule

hervorgegangenen – Flensburger FH als Kompetenzzentrum auf dem Gebiet der maritimen Technik, was gerade nördlich der Grenze viel zu wenig bekannt sei und genutzt werde. Auch Regionschef Carl Holst forderte zu einer verstärkten maritimen Partnerschaft beider Länder auf.

Zusammenarbeit auch nach der Wahl

Der Nordschleswiger, 3.9.2011

Bei einer Podiumsdiskussion im Zuge des Folketingswahlkampfes versicherten Vertreter aller neun im Parlament vertretenen Parteien die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit, und nicht wenige verwiesen stolz auf ihre deutsche Verwandtschaft oder Vorfahren.

Erste Tagung im Dialogforum

Fehmarn-Tunnel, aber Staatsvertrag steht nicht zur Disposition

Der Nordschleswiger, 5.9.2011

Beim ersten Treffen des vom Land initiierten Dialogforums trafen 21 Vertreter von Bürgerinitiativen, Deutscher Bahn, Planungsbehörden, Gewerkschaften, betroffenen Gemeinden und dem Land Schleswig-Holstein in Eutin zusammen, um besonders die Hinterlandanbindung des Fehmarnbelt-Tunnels zu diskutieren. Der Umweltschutzverband BUND hatte das Dialogforum im Vorfeld in einem Offenen Brief an Ministerpräsident Peter Harry Carstensen als Alibiveranstaltung kritisiert, mit der in der Öffentlichkeit der Anschein einer Bürgerbeteiligung erweckt werden solle. Der geplante Straßen- und Eisenbahntunnel zwischen Deutschland und Dänemark ist vor allem im Kreis Ostholstein und auf der Insel Fehmarn umstritten.

Wahlen in Dänemark führen zu Regierungswechsel

Eigener Bericht (gls), 16.9.2011

Bei den Folketingswahlen am 15.9. verloren die bisherigen Regierungsparteien Venstre und Konservative sowie deren parlamentarischer Mehrheitsbeschaffer seit 2001, Dansk Folkeparti, ihre Mehrheit. Zwar blieb Venstre die stärkste Partei (26,7 %, 47 Mandate) und konnte dank leichter Zugewinne (+0,4 %) sogar noch den Abstand auf die Sozialdemokraten (24,9 %, 44 Mandate, -0,6 %) vergrößern, doch endete die Wahl für den Koalitionspartner mit einem Desaster von bisher unbekanntem Ausmaß: Die Konservativen stürzten von 10,4 auf 4,9 % und verloren 10 ihrer bisher 18 Mandate. Damit bildet die traditionsreiche Partei, die noch 1982-1993 mit dem Tonderaner Poul Schlüter den Regierungschef stellte, die kleinste der acht im Folketing vertretenen Fraktionen. Verluste gab es auch – erstmals in der Geschichte der 1995 gegründeten Partei – für die rechtspopulistische Dansk Folkeparti (12,3 %, -1,5 %), die aber mit 22 (-3) Mandaten die drittgrößte Gruppe im Folketing geblieben ist. Die vierte Partei im sog. „blauen“ Block der bürgerlichen Parteien ist die noch junge Liberal Alliance, die sich um 2,2 % auf 5,0 % und 9 (+4) Mandate steigern konnte. Die Christdemokraten blieben mit 0,8 % weit unter der Sperrgrenze von 2 % und verloren ihren einzigen Abgeordneten, der sein Mandat der Partei allerdings auch nur durch den Übertritt von den Konservativen zur Verfügung gestellt hatte. Das 85. und letzte Mandat für die bürgerlichen Parteien steuerte einer der beiden Vertreter der autonomen Färöer bei. Auch wenn die Sozialdemokraten ihr bisher schlechtestes Ergebnis überhaupt einfuhren, konn-

te Parteichefin Helle Thorning-Schmidt am Folgetag mit der Regierungsbildung beauftragt werden, denn der „rote Block“ verfügt nun über 92 der 179 Mandate. Dies ist allerdings weniger der bislang starken Sozialistisk Folkeparti zu verdanken, die sich im Wahlkampf eng an ihren potentiellen sozialdemokratischen Regierungspartner angelehnt hatte. Die heute den deutschen Grünen nahe stehende Partei verlor 3,8 % der Stimmen und damit 7 Mandate und muss sich mit 9,2 % und 16 Abgeordneten begnügen. Die beiden ganz großen Siegerinnen sind die beiden „Außenparteien“ des „roten Blocks“: Nach langen Jahren des Niedergangs erzielte die sozialliberale Radikale Venstre mit 9,5 % (+ 4,4 %) und 17 Mandaten (+8) unter ihrer Vorsitzenden Margrethe Vestager ihr bestes Ergebnis seit langem. Die größte Überraschung war allerdings der Zuwachs der bisher immer an der 2 %-Hürde angesiedelten linksalternativen Partei „Enhedslisten“, die von 2,2 auf 6,7 % hochschnellte und statt 4 künftig 12 Vertreter im Folketing hat. Dies ist nicht zuletzt der Popularität ihrer erst 27 Jahre alten Fraktionssprecherin Johanne Schmidt-Nielsen zu verdanken: Im Großraum Kopenhagen erzielte diese mit Abstand die meisten persönlichen Stimmen aller Kandidaten und wurde hierin dänemarkweit nur noch vom bisherigen Regierungschef Lars Løkke Rasmussen übertroffen; in Dänemark hat man nur eine Stimme, die man entweder der gesamten Parteiliste oder einem auf dieser gelisteten Kandidaten gibt. In einigen dicht besiedelten, vor allem von jungen Leuten bevölkerten Kopenhagener Stadtteilen wie Nørrebro und Vesterbro war Enhedslisten sogar die stärkste Partei überhaupt. Die letzten drei „roten“ Mandate füllen die beiden grönländischen und der zweite färöische Vertreter aus.

In Nordschleswig blieb Venstre trotz 2,6 % Verlust mit 33,9 % die stärkste Partei, gefolgt auch hier von den Sozialdemokraten, die um 1,9 % auf 25,4 % zulegen konnten. Dies reichte allerdings nicht ganz, um erstmals seit vielen Jahren wieder einer deutschen Nordschleswigerin den Weg ins Folketing zu bahnen: Der in Apenrade aufgestellten erst 23-jährigen Anne Sina fehlten etwa 200 Stimmen, um einen der fünf im Großwahlkreis Südjylland (entspricht der Region Syddanmark ohne Fünen und die südlichen Inseln) gewählten Parteigenossen zu überflügeln oder für die Partei ein weiteres Mandat zu erreichen. Dafür ist die künftige Vertreterin der im Landesteil traditionell schwachen sozial-liberalen Radikale Venstre (+ 2,8 auf 5,8 % in Nordschleswig, 6,6 % in ganz Südjylland) eine ehemalige Schülerin der Deutschen Privatschule in Apenrade, nämlich die 26-jährige Lotte Rod. Auch das Ergebnis der Socialistisk Folkeparti lag mit 7,1 % (-2,5 %) unter dem Landesdurchschnitt. Überraschungsgewinner war auch hier Enhedslisten mit einem Zuwachs von 0,7 auf 3,2 %. Zwar blieb der „blaue“ Block in Nordschleswig stärker als der „rote“, doch nur die Liberal Alliance konnte Gewinne verbuchen (von 1,7 auf 4,7 %); regionale Spitzenkandidatin und künftige Vertreterin im Folketing ist die frühere Chefredakteurin der großen Regionalzeitung Jyske Vestkysten Mette Bock. Drittstärkste Partei in Nordschleswig blieb Dansk Folkeparti mit 14,8 % (2007: 16,6 %), die interessanterweise markante Verluste in den grenznahen Wahldistrikten erlebte. Der ganz große Verlierer war jedoch auch in Nordschleswig Det Konservative Folkeparti. Mit 4,1 % (2007: 7,6 %), in den Grenzgemeinden Apenrade und Tøndern mit sogar nur noch je 3,5 % ließ sie lediglich die eher in den Großstädten gewähl-

te Einheitsliste und die nicht im Folketing vertretenen Christdemokraten hinter sich. Von der internationalen Presse wurde der Wahlkampf zunächst wenig beachtet, zumal es vor allem um wirtschaftliche und sozialpolitische Themen ging, die sich nur in Einzelheiten von Fragen in anderen europäischen Ländern unterschieden. Außenpolitik spielte im Gegensatz zu den drei vorangegangenen Wahlen kaum eine Rolle, ebenso wenig – abgesehen vom Grenzland – die Frage nach den Grenzkontrollen, die international für viel Wirbel gesorgt hatte (s.o.). Umso größeres Interesse erregte jedoch das Ergebnis der Wahlen: Die größte Aufmerksamkeit fand die Tatsache, dass mit Helle Thorning-Schmidt erstmals eine Frau an der Spitze der Regierung des Königreichs stehen wird. In der Boulevardpresse oft wegen ihrer eleganten Erscheinung als „Gucci-Helle“ halb verspottet, halb bewundert, stellten die internationalen Medien den „historischen Sieg“ der 44-jährigen heraus, bescheinigten ihr aber auch eine schwere Aufgabe – nicht nur wegen der angestauten Probleme des Landes, sondern auch wegen der notwendigen engen Zusammenarbeit mit mehreren Parteien, gingen die Sozialdemokraten und ihr Wunschpartner Socialistisk Folkeparti doch gemeinsam eher geschwächt aus der Wahl hervor. Erwähnt wurde aber auch, dass künftig nicht nur eine Frau an der Spitze der Regierung stehen wird, sondern dass die beiden ganz großen Siegerparteien dieser Wahl – Radikale Venstre und Enhedslisten – ebenfalls von Frauen angeführt werden. Ein weiteres wichtiges Thema in den Medien nicht nur der Nachbarländer war auch die Tatsache, dass der Vormarsch der Rechtspopulisten einstweilen gestoppt worden ist. In der deutschen regionalen wie überregionalen Presse spiel-

te natürlich die Tatsache eine große Rolle, dass die umstrittenen Grenzkontrollen umgehend zurückgezogen werden – was das Flensburger Tageblatt nicht ohne offensichtliche Erleichterung am 17.9. sogar als Aufmacher vermeldete (s.o.).

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe verhandelte die designierte Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt mit Socialistisk Folkeparti und Radikale Venstre über die Bildung einer neuen Regierung, die allerdings immer noch auf weitere Mehrheitsbeschaffer angewiesen sein wird. Dies kann teilweise die Einheitsliste sein, bei anderen Fragen aber auch die Liberale Allianz oder die Konservative Partei. Letztere hatte beim Bruch der Regierung Ende August das Ende der Blockpolitik verkündet und den Handschlag mit den Sozialliberalen gesucht. Doch gerade ihre Schwäche verhindert, dass es zu breiten bürgerlichen Abstimmungsmehrheiten einschließlich der Sozialliberalen kommen kann, was vor der Wahl oftmals als mögliche Konstellation gesehen wurde, bei der Margrethe Vestager analog zu ihrem Vorgänger Hilmar Baungaard (1968-71) sogar Regierungschefin einer Mitte-Rechts-Koalition mit den beiden bisherigen Regierungsparteien hätte werden sollen. Vestagers Partei spielt aber auch bei der Bildung einer „roten“ Regierung eine entscheidende Rolle, denn eine erfolgreiche Zusammenarbeit wird nicht unwesentlich davon abhängen, wie der Gegensatz zu den drei anderen „roten“ Parteien vor allem in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen überbrückt werden kann.

Sozialdemokraten wollen Preisschock bei Mobiltelefonen vermeiden

Jydske Vestkysten, 24.9.2011

Die immer noch sehr viel teureren Gebühren bei Nutzung mobiler Kommunikationsmedien außerhalb der Staatsgrenzen sollen nach Plänen der künftigen Regierungsparteien gesenkt werden. Konkret soll dies vor allem in Grenzregionen, darunter auch der deutsch-dänischen, durch Ermäßigungen in einem Bereich hinter der Grenze geschehen. Es kommt immer wieder vor, dass im grenznahen Bereich unerwartet ein ausländischer Anbieter eingeschaltet wird, was zu teilweise drastischen Verteuerungen führt.

Ranking der dänischen Kommunen

Ugebrevet A4, 24.9.2011

Die Denkwerkstatt Arbejderbevægelsens Erhvervsråd brachte eine Untersuchung heraus, in welcher alle 99 dänischen Kommunen in Bezug auf ihre Wohnqualität, Wirtschaftskraft, Verkehrsverbindungen, Bildungsangebot u.a. mit einander verglichen wurden. Von den vier nordschleswigschen Kommunen schnitt Hadersleben (47) noch am besten ab, während sich Tønder, Apenrade und Sønderborg mit den Plätzen 70, 72 und 77 begnügen mussten, obwohl Sønderborg beim Bildungsangebot weit oben stand. Am Ende der Skala standen vor allem seeländische Kommunen mit alten Städten als Zentrum (Kalundborg, Næstved und Vordingborg), die offenbar an der relativen Nähe zur alles an sich heranziehenden Hauptstadt leiden, aber auch einige der dicht besiedelten Kopenhagener Vorstadtkommunen (so das von Hochhäusern geprägte Brøndby auf dem vorletzten Platz) und die Kopenhagener Kernstadt selbst (95). Auf dem 99.

und letzten Platz landete das unter seiner Abgelegtheit leidende Lolland. Es bleiben jedoch auch bei dieser Ranking-Untersuchung wie bei so vielen ihrer Art Fragen offen.

EU-Geld für die FUEV und Minderheitensprachförderung

Der Nordschleswiger, 26.9.2011

Mit 400.000 Euro wird die EU das von der FUEV in Gang gesetzte Interreg-Projekt RML2futurec unterstützen. Mit diesem sollen vor allem Maßnahmen zur Bewusstmachung der Bedeutung von Minderheitensprachen entwickelt und die Mehrsprachigkeit generell gefördert werden.

Unis: Mehr Franzosen als Deutsche in Dänemark

Der Nordschleswiger, 27.9.2011

Laut Danmarks Statistik belegten 2009/10 fast 6000 dänische Studierende mindestens ein Auslandssemester, so dass nun immerhin jeder Vierte künftige Hochschulabsolvent auf Auslandserfahrung wird ver-

weisen können. 90 Prozent von ihnen belegen aber nur ein Auslandssemester. Die allermeisten (35 Prozent) zieht es in englischsprachige Länder, nur 7 Prozent hingegen ins benachbarte Deutschland. Von den 9400 Gaststudierenden in Dänemark kamen fast 800 aus Deutschland, beinahe ebenso viele aus den USA und Spanien, noch einige mehr jedoch überraschenderweise aus Frankreich.

In den Zahnrädern der Systeme knirscht es – grenzüberschreitend

Der Nordschleswiger, 27.9.2011

Bei dem gut besuchten Grenzpendlerseminar im Infocenter Grenze bei Bau kamen in diesem Jahr vor allem Unterschiede in den Sozialversicherungssystemen beider Länder zur Sprache. Während dieser Treffen sind seit Jahren immer wieder Benachteiligungen von Grenzpendlern angesprochen worden, denn nach Angaben der Grenzpendlervereine gibt es nach wie vor Probleme, auch wenn die Existenz eines gemeinsamen Arbeitsmarktes von offizieller Seite immer wieder beteuert werde.

ADS – GRENZFRIEDENSBUND e. V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

24937 Flensburg, Marienkirchhof 6 (Norderhaus) - 24901 Flensburg, Postfach 1127
Internet: www.ads-flensburg.de - Email: info@ads-flensburg.de
Telefon 04 61 / 86 93-0 - Telefax 04 61 / 86 93-20



EINLADUNG zum "8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund":

**"Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland
Ihre Bedeutung - Ihre Zukunft"**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in jüngster Zeit ist in deutsch-dänischen Zusammenhängen eine Reihe von politischen Entscheidungen getroffen worden, deren Folgen weit reichen werden.

Ein Mangel an historischem Wissen und an Kenntnissen über die Befindlichkeiten der jeweils anderen Seite, aber auch an politisch sensiblem Gespür ist leider unübersehbar. Zudem ist fehlende Weitsicht über Auswirkungen regionaler Entscheidungen auf die nationale und internationale Politik als schwerwiegender handwerklicher Fehler zu beklagen.

Haben die bewährten Komponenten der deutsch-dänischen Grenzlandarchitektur ausgedient?

Ich freue mich, dass wir Beiträge aus drei verschiedenen Blickwinkeln zum Thema hören werden von den geladenen Experten

Professor Dr. Henrik Becker-Christensen, dänischer Generalkonsul in Flensburg

Hans Heinrich Hansen, Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen

Sebastian Seehauser, Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen

Die Moderation der sich an die Impulsreferate anschließenden Diskussion übernimmt unser Mitglied des Vorstands **Renate Schnack**.

Haben Sie Zeit und Interesse? Dann sind Sie herzlich eingeladen, **am 27. Oktober 2011 um 19.00 Uhr im TSB-Sportheim "Junge Harmonie" in Flensburg, Eckener Straße 24**, (Tel.: 0461 / 56330) an der Veranstaltung teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen


Lothar Hay
Vorsitzender

Wir bitten um Rücksendung der beigefügten Antwortkarte bis zum **20. Oktober 2011**.
Selbstverständlich können Sie sich und evtl. weitere Gäste auch per Telefon, Fax oder Email anmelden.

Tom Buk-Swienty

Dommedag Als 29. Juni 1864

København: Gyldendal 2010, 474 S., ill.

Nach dem großen Erfolg des Werks „Slaget på Dybbøl“ von Tom Buk-Swienty (S. GFH 1/2010, S. 77. f) erschien erwartungsgemäß inzwischen ein Nachfolgeband. „Dommedag Als“ hat den Übergang der preußischen Truppen über den Alsensund am 29. Juni 1864 zum Thema. Wer das erste Buch gelesen hat, wird sich im neuen Werk schnell zurechtfinden. Eingeleitet wird es mit einigen Begriffsklärungen zu wichtigen historischen Ereignissen und kurzen Personenbeschreibungen der bedeutendsten Akteure, an deren Schicksal sich die Berichterstattung in Dommedag Als orientiert. Hinzu kommt eine Zeittafel über den Verlauf des Krieges von 1864. Damit lässt sich der Inhalt auch für Leser ohne wesentliche Vorkenntnisse über jene Zeit leicht erschließen.

Im ersten Kapitel baut Tom Buk-Swienty eine Spannungskurve auf, indem er über die Vorbereitungen der preußischen Truppen für die Sundüberquerung und den Angriff auf die dänischen Stellungen berichtet, und zwar vom 22. Juni bis zur letzten Minute vor dem Sturm um 2 Uhr nachts am 29. Juni. Dies geschieht anhand der Erlebnisse verschiedener Personen. Der Leser macht hier Bekanntschaft mit einfachen dänischen und preußischen Soldaten, dem Ulderuper Pastor N. L. Feilberg, dem bei diesem einquartierten preußischen General August von Goeben und nicht zuletzt

dem preußischen Generalstabschef Helmuth von Moltke.

In den nächsten beiden Kapiteln blickt der Verfasser auf die Zeit zwischen der Schlacht bei Düppel (18. April) bis zum erneuten Ausbruch der Kampfhandlung am 26. Juni zurück und bietet damit sowohl einen perspektivierenden Hintergrundbericht als auch eine Erklärung der Ursachen für den preußischen militärischen Übergang auf die Insel Alsens. Dabei erwähnt Buk-Swienty auch den dänischen Rückzug aus Fredericia, den letzten dänischen Sieg in der Seeschlacht vor Helgoland (Mai) sowie die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen eventuellen Friedensschluss zwischen Dänemark einerseits und Preußen und Österreich andererseits in London. Hier kann man Tom Buk-Swienty Kritik an der dänischen Ablehnung des britischen Vorschlags zur Teilung Schleswigs vernehmen, zumal die preußische Delegation auf Anweisung von Bismarck durchaus Entgegenkommen signalisierte. Die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen wird hier praktisch ausschließlich der dänischen Regierung und ihren Abgesandten zugeschoben, und dies erscheint dann doch als eine recht traditionelle Interpretation der Londoner Friedensverhandlungen. Der Rezensent vermisst beispielsweise eine kritische Untersuchung zu Bismarck, der ja erst in jenem Krieg erstmals groß in der internationalen Politik auftrat. Wäre es nicht denkbar, dass Bismarck die dänische Ablehnung einer Teilung Schleswigs einkalkulierte, um dann umso mehr eine Legitimation für die Einverleibung des ganzen Herzogtums in die Hand zu bekommen? Hier wäre eine nähere Untersuchung sinnvoll.



Übergang auf die Halbinsel Arnkiel nördlich von Sonderburg und die vergeblichen Versuche der dänischen Soldaten schildert, die Stellung zu verteidigen und einen Gegenangriff vorzunehmen. Hier begegnen wir wieder den Soldaten und Offizieren aus dem ersten Kapitel, wodurch der Leser dem Geschehen nahe ist und die Kriegshandlungen als konkrete Ereignisse erlebt. Die beigegebenen Karten hätten allerdings gerne detaillierter sein können, um dem Leser die Möglichkeit zu geben die Truppenbewegungen besser nachzuvollziehen. Die Schilderung der abschließenden Kampfhandlungen bei und östlich von Sonderburg wie auch der Evakuierung der Reste der dänischen Truppen auf Alsen von Kekenis nach Fünen ist ziemlich kurz. Dies ist schon etwas ärgerlich, zumal Tom Buk-Swienty ja gerade den Kampf um Alsen wieder einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Und der Verfasser vermag es, verständlich und – durch die Nähe zu den beteiligten Personen – auch menschlich einfühlsam und nachvollziehbar zu erzählen. Die Schilderung der Kämpfe um Alsen werden mit verschiedenen Beispielen für die Leiden der verwundeten Soldaten und deren oftmals langen und qualvollen Todeskampf verbunden. Hier ist Tom Buk-Swienty gleichzeitig Historiker und Literat, und dies im besten Sinne dieser Verbindung: Wenn er die harsche Wirklichkeit des Krieges in deutlichen Bildern herausstellt, kann es für den Leser an der Brutalität des Krieges keinen Zweifel mehr geben.

Das fünfte und letzte Kapitel gibt uns einen Einblick in die geradezu panische Stimmung in der Bevölkerung und nicht zuletzt unter den Politikern in Kopenhagen nach dem Verlust der Insel Alsen und zeich-

ber 1864 nach. Besonders spannend ist, dass Tom Buk-Swienty als erster Historiker überhaupt Zugang zum geheimen Archiv König Christians IX. bekommen hat. Dort fand er Belege für eine Initiative des dänischen Königs: Dieser hatte Kontakt zum preußischen König Wilhelm I. aufgenommen und bei diesem heimlich angefragt, ob man den Gesamtstaat unter der dänischen Krone nicht in seiner Gesamtheit in den Deutschen Bund aufnehmen könnte. Die Wiederentdeckung dieser Tatsache erregte unmittelbar nach der Veröffentlichung großes Aufsehen. Umso mehr bleibt zu hoffen, dass das königliche Geheimarchiv auch künftig für die historische Forschung geöffnet wird.

Wie schon bei „Slagtebænk Dybbøl“ hat Tom Buk-Swienty auch bei „Dommedag Als“ bei vielen Zitaten den Satzbau in heutige Muster gesetzt und manchmal auch statt der Vergangenheitsform das Präsens gebraucht, um die Zitate besser in die dramatischen Schilderungen der Kampfhandlungen einzupassen. Quellenkritisch betrachtet ist dieses Vorgehen bedenklich, ein Zitat ist schließlich die direkte Wiedergabe der Aussage einer Quelle; eine Veränderung hat interpretierenden Charakter. Doch wenn man sich als Leser dessen bewusst ist und auch die oben genannten Kritikpunkte berücksichtigt, dann kann man „Dommedag Als“ wirklich nur als lesenswertes Werk und eine würdige Fortsetzung des Bestsellers „Slagtebænk Dybbøl“ ansehen. Das große Verdienst dieses Buches ist es, dass die Schlacht um Alsen nun auch einer breiten Öffentlichkeit wieder als die eigentliche Entscheidungsschlacht des Krieges von 1864 ins Bewusstsein gebracht worden ist – steht ihr Bekanntheitsgrad doch bisher weit hinter

„Dommedag Als“ auf jeden Fall ein empfehlenswertes Buch. Schön wäre es, wenn das Buch in einer deutschen Übersetzung auch einem breiten deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht werden würde. Der Vorgängerband ist seit kurzem unter dem Titel „Schlachtbank Düppel“ (Osman-Verlag) auch auf Deutsch erhältlich.

Lars Holmgaard Bak

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

Jugend im Grenzland

Vagn Leick

Drengear i Grænselandet

Historisk Samfund for Sønderjylland,
Sønderjyske Levnedsløb nr. 34,
Aabenraa 2010, 120 S.

Vagn Leicks (geb. 1939) lesenswerte Erinnerungen an seine Jugendzeit im kleinen dänischen Grenzort Lüdersholm, südöstlich von Tøndern, bieten eher eine Familienchronik der ganzen Familie Leick. Eine zentrale Rolle spielen hierbei die Aufzeichnungen des Vaters, Willy Leick, seit 1920 erster Lehrer mit deutscher Lehrerbildung in der dänischen Dorfschule von Lüdersholm. Willy Leick schildert seine erschütternden Westfrontenerlebnisse als blutjunger deutscher Soldat mit dänischer Gesinnung im Ersten Weltkrieg, skizziert die nationale Entwicklung seit 1920 im zunächst überwiegend deutsch gesinnten Lüdersholm, das dann aber nach und nach nicht zuletzt durch den Zuzug dänischer Grenzgendarmfamilien ein dänisches Übergewicht bekam, und hält die

fest. Eckpfeiler der Erziehung seiner Väter und Söhne, die früh ihre Mutter verloren, und seiner Schüler waren Rechtschaffenheit, eine freundliche Disziplin, spielerisches Lernen auch in der freien Natur, Heimatkunde und vor allem Mitmenschlichkeit, die sich auch die nationale Gesinnung unterzuordnen hatte.

Bei der Darstellung der Zeit der dänischen Befreiung 1945 profitiert Vagn Leick zudem von den bewegenden Aufzeichnungen seines älteren Bruders Adser. Die Entwarnung deutscher Besatzungssoldaten und die Überflüge alliierter Flugzeuge spielen hierbei eine Hauptrolle. Vagn Leicks eigene Aufzeichnungen und Erinnerungen an seiner Jugendzeit sind geprägt von der klaren und oft auch humorvollen Sprache des zukünftigen Naturwissenschaftlers und von seiner tiefen Verbundenheit mit seiner bäuerlichen Heimat, den dortigen Menschen und ihrer einzigartigen Heide-, Wiesen- und Auenlandschaft. Er versteht es geschickt, seine Jugendjahre durch Bilder und Spiele aus Lüdersholm und später aus Tøndern, wo ihn der Nachkriegsjazz als aktiver Musiker und Schüler begeisterte, auflebend zu lassen. Obgleich der unterschiedliche nationale Rahmen ab 1920 durch Schulen und Versammlungshäuser klar markiert ist, pflegt der junge Vagn freundschaftliche Kontakte auch zu heimdeutschen Kindern. Vagn Leick versteht sich nicht als Historiker, sondern als Mensch, der mit allen Sinnen seine Welt erfasst und erlebt – die er dokumentieren nachhaltig auch die privaten (Farb)fotos seines Vaters.

Freimütig äußerte sich der junge Vagn Leick als siebzehnjähriger Schüler 1956 in einem Schulaufsatz über nationale Grenzlandprobleme. Er verstehe u. a. nicht, warum die Heimdeutschen damals erst sp



nemark hinderlich sei. Dann ärgerte ihn die nationale Trennung im Sport und die blockierende Bodenpolitik der deutschen Nordschleswiger. Ferner konnte er keinen Wert in den parlamentarischen Vertretungen der Minderheiten im dänischen Folketing und im schleswig-holsteinischen Landtag erkennen, da sie doch nur politisch hoffnungslose Randerscheinungen seien.

1958 verließ Vagn Leick seine Grenzlandheimat, um in Kopenhagen, wo er seitdem

Menschlichkeit dem Nationalen übergeordnet sei. Mit Bedauern registrierte er bei späteren Besuchen, dass die frühere Lüdersholmer Dorfgemeinschaft durch die neuen Zeiten ihren Zusammenhalt verloren habe und dass auch die Lüdersholmer Landschaft durch Entwässerungsmaßnahmen und landwirtschaftliche Mechanisierung ihren ursprünglichen Charakter eingebüßt habe.

Peter Hopp

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Lars Holmgaard Bak, cand.mag.
Landsarkivet for Sønderjylland
Haderslevvej 45
DK-6200 Aabenraa

Hans Heinrich Hansen
Föderation Europäischer
Volksgruppen
Schiffbrücke 41
24939 Flensburg

Peter Hopp
Nietzschestraße 13
24116 Kiel

Dr. Willi Kramer
Archäologisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Brockdorff-Rantzau-Straße 70
24837 Schleswig

Joachim Pohl
Flensburger Tageblatt
Stadttredaktion
Nikolaistraße 7
24937 Flensburg

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Tækkerløkke 26
DK-6200 Aabenraa

Heinrich Schultz
Krumm 4
25881 Tating

Eiko Wenzel
Stadt Flensburg
Untere Denkmalschutzbehörde
Am Pferdewasser 14
24937 Flensburg

Willi Kramer, Die Öffnung des Panzerabwehrgrabens bei Ladelund. Was hinter den Dingen steht Abb. 1, 3-4: Willi Kramer; Abb. 2: Ulrich Jeß

Heinrich Schultz, Vom Gegeneinander zum Füreinander. Ein persönlicher Rückblick auf die Grenzregion Abb. 1: Grenzfriedenshefte 1/2005; Abb. 2: Der Nordschleswiger; Abb. 3: Grenzfriedenshefte 1/2003; Abb. 4: Südschleswigscher Pressedienst

Joachim Pohl, „Flügelschlag der Geschichte“. Die Einweihung des Idstedt-Löwen an dem Alten Friedhof in Flensburg am 10. September 2011 Abb. 1-3: Eiko Wenzel

Gerret Liebing Schlaber, Selbstverständliche Zusammenarbeit und unerwartete Rückschläge. Zwischenbilanzen, Beobachtungen und Gedanken eines Grenzgängers zur aktuellen Lage der Region Abb. 1-4: Fotos: Gerret Liebing Schlaber; Abb. 5: Region Sönderjylland-Schleswig. Jahresbericht 2010

Hans Heinrich Hansen, „Sind Gleichbehandlung und Gleichberechtigung Luxus?“ Begrüßungsrede des Präsidenten der Föderation Europäischer Volksgruppen beim diesjährigen Jahreskongress Abb. 1 u. 2: Föderation Europäischer Volksgruppen (FUEV)



Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853